

Modell für eine Gesellschaft von „glücklichen“ Menschen

Einführung - Grundgedanken

Ist es ein überzogenes Ziel, gar eine Utopie, sich eine Gesellschaft von glücklichen Menschen vorzustellen? Wenn man sich die Welt in ihrem derzeitigen Zustand ansieht, sind wir davon weit entfernt. Aber genau daraus erwächst das Bedürfnis nach tiefgreifender Veränderung zum Positiven.

In dieser Publikation dreht sich deshalb alles um die **Kernfrage**:

Was trägt dazu bei, dass Menschen glücklich und zufrieden sind?

Seien Sie herzlich willkommen, sich mit mir und anderen Gedanken zu machen, was es denn dazu braucht für eine Gesellschaft von glücklichen Menschen – und wie man diese Erkenntnisse in unserer realen Welt umsetzen kann. Denn eines soll diese Schrift keinesfalls sein: eine rein akademische oder philosophische Abhandlung. Nein, nur bei einer Theorie will ich es nicht belassen. Es soll schon handfest und konkret werden. Ich will mich auch nicht mit einer Analyse von Ursachen aufhalten, warum unsere Welt so ist, wie sie ist. (Das machen genügend andere Autoren*.) Ich werde vielmehr versuchen, Lösungsansätze aufzuzeigen, welche Grundlagen es braucht und was konkret zu tun ist, damit Menschen zufrieden und glücklich sein können.

Auch wenn am Anfang die entscheidende Frage steht, auf die es vielleicht gar keine so klare Antwort gibt: Was verstehen wir denn unter Glück? Wie fühlt sich das an? Jeder kennt Momente des Glücks, durchströmt von etwas kaum Beschreibbarem (nur Dichter* können das)! Verliebt zu sein, die Geburt eines Kindes, eine schwierige Situation gemeistert zu haben. Vielleicht eine ekstatische Erfahrung spiritueller Art oder beim Sex? Eine Grenzerfahrung? Das alles ist grandios, bezieht sich aber „nur“ auf Momente. Worum es aber hier geht, ist ein Lebensgrundgefühl: glücklich und zufrieden, mit sich und seinem Leben im Reinen zu sein.

Damit ist auch klar, es geht im Kern um den einzelnen Menschen. Denn jeder empfindet auf seine Weise, hat andere Ansprüche, bewertet äußere Umstände verschieden, hat zu den Dingen des Lebens eine ganz persönliche innere Haltung, kurz: Für jeden Menschen ist Glück etwas ganz Individuelles. Und jetzt könnte man es sich einfach machen à la Ratgeber-Literatur: Du bist allein zuständig für dein Glück. Verinnerliche die folgenden 10 goldenen Regeln zu „Dein Weg ins Glück!“ und alles ist gut.

Doch so einfach ist die Geschichte nicht. Denn jeder Mensch ist nicht so wie er ist, sondern er entwickelt sich zu dem Menschen, der er dann als Erwachsener ist. Er wird in diese Welt hineingeboren und neben den genetischen Mitbringselekt erfolgt die Prägung durch frühkindliche und laufende Erfahrungen: durch Eltern, Erzieher- und Lehrer*innen, in Schule, Freundeskreis, Beruf usw. Besonders wichtig sind – wie wir wissen - die ersten Jahre.

Und damit kommt die Gesellschaft ins Spiel. Und die Wechselwirkungen zwischen dem einzelnen Individuum und der Gesellschaft. Einerseits ist ein Mensch eben ein Wesen, das auf vielfältige Weise geprägt wird, andererseits gestaltet er ab einem bestimmten Zeitpunkt sein eigenes Leben und damit

auch seine Umwelt, prägt möglicherweise andere Menschen und nimmt Einfluss auf die Gesellschaft. Das kann sich in jede Richtung positiv oder negativ auswirken. Es kommt eben auf die Inhalte an.

Schon sind wir bei den entscheidenden Fragen angekommen:

- Welche Werte wollen wir in unserer Gesellschaft hochhalten und leben?
- Welchen Stellenwert soll der einzelne Mensch innerhalb der Gesellschaft haben?
- Welche Bedürfnisse des einzelnen Menschen müssen unbedingt erfüllt sein?

Und von den Antworten wird es abhängen, ob dadurch eine Tür aufgeht in ein glückliches, zufriedenes Leben.

In der Regel bilden sich die Werte einer Gesellschaft im Laufe vieler Generationen heraus. Das von mir als wünschenswert erachtete Wertesystem baut auf dem heute vorherrschenden Modell einer aufgeklärten westlichen Demokratie auf. Die Werte sind aber nicht starr festgeschrieben, sondern offen für weitere Entwicklungen.

Wesentlich erscheinen mir folgende
grundlegende Werte:

Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen als Basis für das Leben an sich, heute und auch für künftige Generationen.

Humanität und Menschenwürde im Umgang von Menschen untereinander; jeder Mensch ist ein wertvolles Individuum.

Eigenverantwortung für ein und in einem Leben in **Freiheit und Selbstbestimmtheit**.

Gemeinwohl(-verträglichkeit) vor Eigennutz, was heißt: Die aus der Freiheit des Einzelnen resultierenden Handlungen dürfen dem Gemeinwohl (zumindest) nicht schaden, sondern sollten im besten Fall dem Gemeinwohl nützen.

Solidarität, da Eigenverantwortung nur übernommen werden kann mit der Gewissheit, dass einen die Gemeinschaft auffängt, wenn es nötig ist. Schließlich

Gerechtigkeit als Maxime für alle Regelungen, die für den Umgang von Menschen innerhalb einer Gesellschaft getroffen werden.

Stimmen Sie diesen Werten zu?

Gibt es für sie noch weitere grundlegende Werte?

Welche?

Ich bin überzeugt: Mehr als diese paar grundlegenden Werte braucht es nicht! Auch die von der Völkergemeinschaft UN formulierten und verabschiedeten Menschenrechts-Charta, Sozial-Charta und die Agenda 2030 lassen sich m.E. auf diese Grundwerte zurückführen. Aber ganz offensichtlich scheren sich um diese wohl formulierten Programme bzw. deren Umsetzung in reale Lebensbedingungen in den einzelnen Gesellschaften viele Regierungen nicht.

Schritt 1 ist also eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Grundwerte, nach denen wir unser gemeinschaftliches und individuelles Leben ausrichten wollen, verbunden mit den Antworten auf die Frage, welche Bedürfnisse des Einzelnen unabdingbar erfüllt sein müssen. Kann es gelingen, hierzu einen Konsens herzustellen, der von einer überwältigenden Mehrheit getragen wird? Ich denke: ganz klar ja. Voraussetzung ist dabei, dass sich an dieser Diskussion wirklich jeder Interessierte beteiligen kann, dass die Diskussion zwar von Profis vorbereitet und moderiert, aber nicht beeinflusst wird und dass die Begriffe mit praktischen Beispielen aus dem täglichen Leben verständlich und erlebbar gemacht werden. Dabei sollten neue Formen der Kommunikation, Beteiligung und Abstimmung eingesetzt werden (siehe hierzu eigenes Kapitel).

Eine Diskussionsgrundlage könnte dieses hier vorgelegte Modell sein. In diesem Modell versuche ich sowohl die Grundlagen als auch die Folgen und Auswirkungen auf die einzelnen Felder des gesellschaftlichen Zusammenlebens und damit ein Gesamtsystem mit all seinen Wechselwirkungen darzustellen.

Zum Einstieg ein paar Beispiele um klar zu machen, warum es wichtig ist, bei der Diskussion um Einzel- oder Detailprobleme nie den Kompass für die Grundwerte und die Gesamtzusammenhänge zu verlieren:

Beispiel 1 - Wohnungsnot und exorbitante Mieten in Ballungsgebieten:

Was soll eine Mietpreisbremse nützen, wenn allein die Grundstückspreise (wegen der Knappheit und Nichtvermehrbarkeit) einen Mietanteil von rd. 10 €/m²/Monat verursachen? Wenn (wegen Energieeinsparung wichtige!) Sanierungskosten komplett auf die Mieter umgelegt werden können? Wenn außerdem wegen überzogener Bauvorschriften aufgrund der Dichtigkeit der Gebäudehülle künstliche Lüftungen eingebaut werden müssen (!), weil man Menschen nicht zutraut, dass sie durch Öffnen der Fenster ausreichend lüften, um Feuchtigkeit und Schimmel zu vermeiden? Wenn Löhne und Gehälter von wichtigen sozialen Berufen wie für die Betreuung von Kindern, Alten, Kranken oder Lehrkräften oder Polizisten oder Angestellten der Kommunen, aber auch von Arbeitskräften im Handel oder in der Gastronomie usw. nur so hoch sind, dass die Hälfte davon oder mehr für das Wohnen aufgewendet werden müssen? Wo bleiben dann die Menschen, die nur von einer gesellschaftlich zugestandenen Grundsicherung leben müssen? Wie hoch dürfen dann noch Kosten für Kinderbetreuung oder Fahrtkosten für den Weg zur Arbeit sein? Usw. usw.

Ohne das Thema an dieser Stelle noch weiter zu vertiefen, wird auf einen Blick klar, dass hierbei alle oben genannten Grundwerte eine Rolle spielen. Also ist weit vor einer gesetzlichen Regelung zu Mieterhöhungen zu klären, welche grundlegenden Ziele und Werte auf dem Spiel stehen: Wie steht es um die Gemeinwohlverträglichkeit eines sog. freien, nach kapitalistischen Prinzipien funktionierenden Grundstücks- und Wohnungsmarkt? Wie gerecht ist ein Steuersystem, das Wertsteigerungen von Grundstücken nicht adäquat besteuert? Wie gerecht ist ein Lohn, der gerade mal so zum Leben ausreicht, aber für Urlaub, Theater oder Musikunterricht für Kinder nicht mehr? Was ist davon zu halten, wenn dies dem Vermieter völlig egal sein kann, weil er problemlos statt an eine Krankenschwester an einen Spieleprogrammierer mit dem 3- oder 5-fachen Einkommen vermieten kann? Wie wirkt sich dies auf die Würde des offenbar nicht so wertgeschätzten Menschen, z.B. die Krankenschwester aus? Wie steht es um die Eigenverantwortung des Einzelnen, wenn ihm schon nicht mehr zugetraut wird, seine Wohnung ausreichend lüften zu können? Warum gibt es nicht Bauvorschriften, die Dämmmaterialien vorschreiben, die ein „Atmen“ und einen Feuchtigkeitsaustausch der Gebäudehülle ermöglichen? Usw. usw.

Macht diese Wohnungssituation in Ballungsgebieten Menschen glücklich? Weil es sich in der Großstadt einfach so gut lebt? Mit den vielen kulturellen und sonstigen sozialen Kontaktmöglichkeiten? Weil es nur hier die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten gibt? Oder bereitet sie eher Sorgen und führt zu latenter Unsicherheit und Unzufriedenheit? Müsste man dieses Problem nicht an der Wurzel anpacken, statt mit einer Mietpreisbremse, wenn schon alles aus den Fugen geraten ist?

Beispiel 2 – Gesundheit, Krankheit, Krankenversicherung

Für jeden Menschen ist Gesundheit die wesentliche Voraussetzung für Glück und Zufriedenheit. Ohne Gesundheit ist alles nichts. Insofern hat jeder Mensch deshalb neben seiner Selbstverpflichtung, möglichst gesund zu leben, ein Bedürfnis und auch ein Recht auf Gesundheit und bestmögliche Behandlung – ohne Ansehen der Person; denn jeder Mensch ist in seinem Mensch-Sein gleich viel wert.

Grundsätzlich hat also eine Gesellschaft dafür zu sorgen, dass jeder Einzelne Lebens- und Wohnverhältnisse vorfindet oder bekommt, die ihn nicht krank machen. Kurz und im Wesentlichen: Gesunde Luft, sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel, saubere hygienische Verhältnisse, kein übermäßiger

Lärm; keine krank machenden Arbeitsbedingungen; aber auch Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und soziale Kontakte. Darüber hinaus sollte jeder lernen (durch Vorbilder, in Kita und Schule, durch Medien), was alles zu einem gesunden Leben beiträgt.

In westlichen Industrieländern mögen diese Voraussetzungen zu einem großen Teil erfüllt sein. Aber auch hier darf man Zweifel haben, ob das mit dem gesunden Leben so richtig verstanden worden ist? Und wie sieht es weltweit aus? Man kennt schreckliche Bilder von Wohn- und Arbeitssituationen, die man sich für sich selber nicht wünscht. Und „Schule“ und „Bildung“ sind für viel zu viele Kinder weltweit Fremdworte.

Krank zu werden ist ein nicht kalkulierbares Lebensrisiko, das bei wirklich ernsthaften Erkrankungen zu Kosten führen kann, die ein Einzelner nicht zu tragen in der Lage ist. Glücklicherweise erkrankt nicht jeder. Das Risiko aber hat jeder. Ein typischer Fall für ein Solidarsystem, wie es jede Art von Versicherung darstellt, und das umso besser funktioniert und für den Einzelnen umso günstiger ist, je breiter es aufgestellt ist.

Entspricht das derzeit in Deutschland praktizierte System der Unterscheidung und Ungleichbehandlung zwischen Privat- und Kassenpatienten, zwischen Angestellten, Beamten* und Selbständigen den Grundsätzen der Menschenwürde? Ist jeder Mensch wirklich gleich viel wert? Bekommt wirklich jeder die gleich gute Behandlung? Wie schaut es in anderen Ländern aus? Gibt es überhaupt ein Solidarsystem „Krankenkasse“? Oder ist Armut sogar ein Lebensrisiko? Die Sicherheit, dass einem im Fall der Fälle geholfen wird, und das zu vertretbaren eigenen Kosten, ist eine wichtige Voraussetzung für Glück und Zufriedenheit.

Beispiel 3 – Verpackungen aus Plastik – Verbot oder Abgabe

Warum wird das Problem der Plastikabfälle, insbesondere aus Verpackungen, erst seit relativ kurzer Zeit öffentlich diskutiert, obwohl Umwelt- und Tierschützer seit Jahren auf die offensichtlichen Folgen aufmerksam machen? Und obwohl beispielsweise in Deutschland seit 1992 das Kreislaufwirtschaftsgesetz gilt, nach dem u.a. Plastikverpackungen dem Recycling zuzuführen sind? Ist das Gesetz schlampig formuliert oder gibt es Schlupflöcher? Warum wurde nicht wirksam nachgebessert? Wie steht es um die Verantwortung von Lebensmittelindustrie, Handel und Verbraucher*n? Handelt es sich dabei „nur“ um ein deutsches Problem? Oder ein europäisches? Oder ein Weltthema? Ist es möglicherweise ein grundlegendes Problem einer auf Profit ausgelegten Wirtschaft, bei der das Gemeinwohl keine systemimmanente Rolle spielt? Ist es mehr ein Thema von Hygiene oder eher ein Thema von Bequemlichkeit? Fehlt es an Aufklärung? Oder an unreflektiertem Verhalten zum eigenen Nutzen des Einzelnen und einer Vergesellschaftung des Schadens, also an mangelndem Verantwortungsbewusstsein? Wird eine Abgabe, also eine Verteuerung ausreichen, um eine Verhaltensänderung der Verbraucher* herbeizuführen? Helfen noch klarere Vorschriften zur Sammlung und zum Recycling? Oder hilft nur ein Verbot?

Auch für dieses vermeintlich eher nachrangige Thema gilt: Wenn es keinen Kompass bzw. Leitplanken in Form von grundlegenden Werten gibt, gibt es keine wirksame Lösung. Vereinfacht und verkürzt folgende Ansätze: Die Umwelt muss geschützt werden, d.h. es darf keine unbehandelten Plastikabfälle geben, die in der freien Natur vagabundieren. Verpackungen sind aus gesundheitlichen Gründen wichtig. Aber: Gibt es Alternativen zu Plastik? In vielen Fällen: Ja! Muss eine Ware mehrfach verpackt sein, z.B. aus Werbegründen? Eindeutig: Nein! Kann der Einsatz von Plastikverpackungen auf ein Minimum reduziert werden ohne dass es zu Funktionseinschränkungen kommt? Eindeutig: Ja! Wird die Industrie sich freiwillig einschränken oder umstellen? Erfahrungsgemäß: Eher nein! Also braucht es Regelungen für den Einsatz! Können Menschen sensibilisiert und dazu „erzogen“ werden, mit Plastikverpackungen verantwortungsbewusst und gemeinwohlverträglich umzugehen? Überwiegend: Ja; alle: Nein! Es bedarf einer früh und auf allen Ebenen einsetzenden Erziehung zu verantwortungsvollem Handeln und einer Grundeinstellung zum Gemeinwohl (siehe das Kapitel über Bildung und Erziehung).

Was hat dieses Beispiel mit der Frage nach dem Glück zu tun? Auf den ersten Blick wenig. Aber welche unmittelbaren Folgen haben stark verschmutzte Flüsse und Meere für die die Anwohner der Ufer und Küsten? Welche Folgen hat ein starker Rückgang von Fischmengen für die Ernährung der Weltbevölkerung? Welche Folgen für die lokalen und regionalen Fischer? Welche Folgen haben einerseits die Nicht-Verrottung bzw. Langlebigkeit und andererseits die Verbrennung von Plastikabfällen? Bei diesem Thema konzentrieren sich die Fragen sehr auf die Erhaltung der Lebensgrundlagen, die für die Menschheit insgesamt große Bedeutung hat, es zeigt aber auch, wie ein kleines Thema große Auswirkungen haben kann.

Diese Beispiele machen deutlich, warum es so wichtig ist, sich als allererstes über die grundlegenden Werte zu einigen. Ganz einfach: Weil wir dann an diesen Werten unser ganzes Handeln ausrichten können, an diesen Leitplanken unsere gesellschaftlichen Regeln des Zusammenlebens orientieren und entwickeln können. Dies betrifft alle Lebensbereiche und alle Formen des Zusammenlebens. Wir sind dann auch in der Lage, bei jeglichen Entscheidungen zu überprüfen, welche der Alternativen besser mit den Grundwerten im Einklang ist oder nicht. – und ob sie der Zielsetzung entsprechen, dazu beizutragen, dass Menschen glücklich sein können oder nicht.

Um sich also in der Vielfalt der gesellschaftlichen Fragen sicher bewegen zu können, habe ich versucht ein Gesamtsystem bzw. ein umfassendes Gesellschaftsmodell darzustellen.

Diese Publikation ist für all diejenigen gedacht, die lieber oder zuerst einen zusammenhängenden Text lesen und sich verbal mit den Argumenten und Erläuterungen zu den einzelnen Themenbereichen beschäftigen wollen.

Das Modell

Für das Modell selbst habe ich eine internet-basierte, grafische Form gewählt. Das Modell an sich steht ausschließlich als „imap“ unter www.glueckliche-gesellschaft.de zur Verfügung. Hierzu benötigt man das „imapping tool“, kostenlos runterzuladen von <https://www.imapping.info/download>. Dieses großartige Instrument wurde von Herrn Dr. Heiko Haller entwickelt.

Dieses Programm habe ich gewählt, weil es in einzigartiger Weise ermöglicht, ein Modell darzustellen, das einerseits (nahezu) „unendlich“ und andererseits in sich vollständig und geschlossen ist. Das heißt, das Modell kann beliebig viele Bestandteile umfassen, die permanent ergänzt, fortgeschrieben, erweitert werden können und gleichzeitig ist es möglich, Beziehungen zwischen jedem einzelnen Bestandteil und einem anderen darzustellen (z.B. Wirkt sich A positiv oder negativ auf B aus? Was ist die Voraussetzung für ein gewünschtes Ergebnis Z? etc.), also Zusammenhänge, Hierarchien, Widersprüche etc. auf einfache Weise deutlich zu machen. Darüber hinaus ist es möglich, Verknüpfungen zu externen Dokumenten aufzunehmen, z.B. zu wissenschaftlichen Untersuchungen, Zeitungsartikeln, Gesetzen etc. Schließlich beinhaltet das Programm eine intuitive Suchfunktion, nicht nur nach Schlagworten, sondern nach Zusammenhängen. Zusammengefasst: das ideale Instrument für komplexe Themen.

Um zur Diskussion anzuregen, arbeite ich mit Thesen. Diese Thesen stellen zunächst einfach meine persönliche Meinung dar, die zwar in der Regel auf einer durchaus langjährigen Beschäftigung und dem Versuch der Durchdringung eines Themas beruht, aber dennoch in den meisten Fällen nicht wissenschaftlich fundiert ist. Es ergeht deshalb ausdrücklich die Einladung an alle Interessierten, diese meine Meinung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, die es zu jedem Thema in Fülle gibt, zu unter-

füttern – und auch zu konfrontieren. Die Möglichkeiten der Mitwirkung werden am Ende dieser Publikation beschrieben. Ich hoffe sehr, dass sich möglichst viele an der Diskussion und an der Weiterentwicklung des Modells beteiligen. Eine Gesellschaft mit glücklichen Menschen wäre es wert.

Danach beginnt aber erst die Arbeit: die Umsetzung. Wie können wir genügend Menschen dazu bringen, sich mit diesen Gedanken auseinander zu setzen? Wie kann es gelingen, damit die politische Agenda zu besetzen? Wenn ausreichend viele von der Richtigkeit überzeugt sind, wie viel Zeit braucht es, die Prioritäten zu bestimmen und anzufangen? Werden wir am Ende Gesellschaften mit glücklichen Menschen sehen? Und Teil davon sein?

Egal: Der Weg ist das Ziel. Alles beginnt mit dem ersten Schritt. Gehen Sie mit!

Gerhard Altschäffl
Dezember 2019

PS

Diese Publikation wurde vor „Corona“ erstellt. Die Corona-Pandemie hat uns allen deutlich gemacht, welche Werte wichtig sind fürs Leben. Vergleichen Sie Ihre Erfahrungen in der Corona-Krise mit den Aussagen in dieser Publikation.

Oktober 2020

Modell für eine Gesellschaft von „glücklichen“ Menschen

Abschnitt 1 - Grundlegendes

Ausgangspunkt Leid – Ziel Glück	11
Bedürfnisse	12
Der einzelne Mensch	14
Innere Haltung	15
Die Gesellschaft	17
Grundlegende Werte	17
Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen	19
Humanität und Menschenwürde	20
Gemeinwohl vor Eigennutz	21
Freiheit, Autonomie, Eigenverantwortung	22
Solidarität	23
Gerechtigkeit	23
Regel-, Chancen-, Generationen-, Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit	
Warum sind die Grundwerte so wichtig?	27

Abschnitt 2 – Die gesellschaftlichen Lebensbereiche

Machen Kinder glücklich?	29
Bildung und Erziehung	30
Ziele	30
Inhalte	32
Persönlichkeitsentwicklung	32
Didaktik und Methodik	33
Chancengleichheit	35
Leistung	35
Rechtssystem	37
Sozialsysteme	38
Exkurs: Asyl – Exkurs: Migrationspolitik	
Exkurs: Krankenversicherung – Exkurs: Rentensystem	
Gemeinschaftsaufgaben	41
Staatlich organisiert – privat organisiert	
Politisches System	43
Formen der Mitwirkung	
Prinzipien für Verantwortung und Zuständigkeit	
Mandate auf Zeit	

Gesundheitssystem	47
Endphase des Lebens	
Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen	51
Gemeingüter	52
Ressourcenmanagement	54
Flächennutzung	56
Klima	59
CO ₂ -Senken	
CO ₂ -Emissionen Energieerzeugung: Strom, Wärme	
CO ₂ -Emissionen Verbrauch: Verkehr, Industrie/Gewerbe	
CO ₂ -Emissionen Landwirtschaft	
Ernährung	64
Wirtschaftssystem	67
Aufgabe und Grundsätze	67
Marktwirtschaft – das beste System?	68
Soziale Marktwirtschaft	71
Gemeinwohlwirtschaft und ethischer Welthandel	73
Finanzwirtschaft	74
Kapitalismus	75
Exkurs: Börse	
Wachstum	77
Exkurs: Nutzen statt besitzen	
Exkurs: Konsumismus	
Was bleibt an Freiheitsgraden?	81
Steuersystem	83
Ökosteuern	84
Verbrauchssteuern	85
Finanztransaktionssteuer	86
Einkommenssteuern	86
Vermögenssteuer	88
Erbschaftssteuer	88
Unternehmenssteuern	88
Organisation	89
Digitalisierung	92
Chancen	93
Risiken	94
Medien: Information, Manipulation, Unabhängigkeit, Meinungsfreiheit	97
Öffentlich rechtliche Medien	97
Private Medien	99
Internet und digitale Plattformen	99
Schlusswort: Freiheit, Selbstbestimmtheit, Gemeinschaft, Glück	102
Anhang:	103
Literaturverzeichnis und Dank	
Funktionsweise des i-mapping-Modells und Mitwirkungsmöglichkeiten	

Modell
für eine Gesellschaft von
„glücklichen“ Menschen

Abschnitt 1: Grundlegendes

Ausgangspunkt Leid – Ziel Glück

Bedürfnisse

Der einzelne Mensch

Die Gesellschaft

Grundlegende Werte – der gesellschaftliche Wertekanon

Ausgangspunkt: Leid

Ausgangspunkt aller Überlegungen ist der derzeitige Zustand der Welt und der Gesellschaften: Viele Kriege (aus unterschiedlichsten Gründen und Motiven), Menschenrechtsverletzungen in vielen Gesellschaften, Überforderung der Natur durch fast alle menschlichen Handlungen, Mangelernährung und Gesundheitsgefährdungen für viele Menschen, Armut, Ungleichbehandlung, Ausgrenzung und Rassismus, Intoleranz u.v.m – alles in allem Unglück und Unzufriedenheit in hohem Maß für viele, viele Menschen. Dies bringt nicht nur Leid für die unmittelbar betroffenen Menschen mit sich. Solche Zustände führen zu Fluchtbewegungen, die aber in den meisten Fällen außer dem unmittelbaren Entkommen aus Todesgefahr auch nicht in ein glückliches Leben führen. Unzufriedenheit mit seinem Leben führt aber auch in den westlichen Wohlstandsgesellschaften zu einer Abkehr von stabilen politischen Verhältnissen und stärkt extreme Parteien. Viele Wahlen in den letzten Jahren und das Verhalten von autoritären oder populistischen Regierungen haben aber gezeigt, dass Extremismus, Abschottung, Nationalismus kein Ausweg ist.

Die Lösung liegt in der Schaffung einer Lebensgrundlage, in der Menschen glücklich und zufrieden sein können. Das Gegenteil von Leid ist das Ziel.

Ziel: Glück

Meine Grundüberlegung lautet:

Glückliche, zufriedene Menschen schaffen eine friedliche(re) Welt, in der die Menschen einander achten und die Erde/Natur als Lebensgrundlage für künftige Generationen erhalten. Dabei einigt sich die Gesellschaft auf Grundwerte und gibt sich Regeln, innerhalb derer jeder Einzelne in größtmöglicher Freiheit sein individuelles Potenzial entfalten und auf seine ganz eigenen Weise glücklich leben kann.

In der imap und nachfolgend in dieser Publikation stelle ich die einzelnen Aspekte noch detaillierter dar, die das Empfinden und das Verhalten von glücklichen Menschen nach meiner Erfahrung repräsentieren. Diese Verhaltensweisen wirken wieder auf die Gesellschaft zurück. Insofern ist ein sich selbst tragender Prozess das Ziel. Aber Frage aller Fragen ist: Wie kommen wir dahin?

Kernfragen:

Was trägt dazu bei, dass Menschen glücklich und zufrieden sind?

Was kann jeder einzelne dazu tun?

Was kann, was müsste die Gesellschaft dazu tun?

Wie müsste sich das in konkreter Politik ausdrücken?

Das Modell versucht alle für diese Fragen relevanten Lebens-/Themenbereiche darzustellen. Jeder Bereich, jedes Einzelthema wird unter derselben Fragestellung betrachtet: Welche Bedingungen sollten gegeben sein, dass sie potenziell zur Zufriedenheit von Menschen beitragen – und welche Bedingungen sind tendenziell kontraproduktiv.

Zunächst einmal: Was verstehen wir denn unter Glück? Wie fühlt sich das an? Jeder kennt Momente des Glücks. Verliebt zu sein, die Geburt eines Kindes, eine schwierige Situation gemeistert zu haben. Vielleicht eine ekstatische Erfahrung spiritueller Art oder beim Sex? Eine Grenzerfahrung? Das alles ist grandios, bezieht sich aber „nur“ auf Momente. Was hier gemeint ist, ist ein

Lebensgrundgefühl, eine tiefe Zufriedenheit mit sich und seinem Leben.

Bedürfnisse

Jeder Mensch hat Bedürfnisse. Hierzu gibt es eine Fülle wissenschaftlicher Untersuchungen. Eine der bekanntesten ist die Bedürfnispyramide nach A. Maslow. Für mich stellt sich aber dabei durchaus die Frage, ob es eine Bedürfnishierarchie in dieser Form gibt bzw. eine hierarchische Betrachtung zielführend für das Thema Glück ist. Ich wähle deshalb eine einfachere Darstellung und konkretisiere die nach meiner Ansicht wichtigsten Bedürfnisse, die auf dem Weg zur Zufriedenheit zwingend erfüllt sein müssen, die man also als Grundbedürfnisse im erweiterten Sinne bezeichnen könnte.

Was **materielle, physiologische Bedürfnisse** betreffen, so sind eine saubere Luft, sauberes Trinkwasser sowie ausreichende und gesunde Grundnahrungsmittel unabdingbar. Und jeder Mensch braucht eine menschenwürdige Wohnsituation, die nicht gesundheitsgefährdend ist. Die Größe ist sicher relativ, aber ein Intimbereich, eine Privatsphäre sind wichtig. Das wäre schon mal eine gute Basis. An dieser Stelle wird schon die erste Diskussion einsetzen: Was heißt sauber? Gesund? Ausreichend? Menschenwürdig? Wer definiert diese Begriffe? Und wer sorgt für die Einhaltung? Und wie steht es um die Ansprüche des Einzelnen? Erfahrungsgemäß gibt es ganz unterschiedliche Ansprüche an Größe und „Luxus“, von Gesellschaft zu Gesellschaft, aufgrund von Herkunft, aufgrund eigener Ansprüche etc. Eine erste Anmerkung dazu: Je höher die eigenen Erwartungen sind, desto schwerer stellt sich ein Gefühl der Zufriedenheit ein. Hierzu an anderer Stelle mehr. Zunächst soll nur betrachtet werden, was die Grundvoraussetzungen sind, die unbedingt erfüllt sein müssen.

Ein schwierigeres Thema ist das **Einkommen**. Wieviel braucht ein Mensch? Zum Einstieg nur so viel dazu: Das verfügbare Einkommen sollte in jedem Fall alle Ausgaben abdecken für ausreichend Nahrung, für Wohnen, für Kleidung und Hygiene sowie für eine Mindest-Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Armut und Hunger bzw. ein täglicher Kampf um die Existenz ist sicher keine Basis für Glück und Zufriedenheit. Sich mit seiner Hände bzw. seines Kopfes Arbeit ein Einkommen zu verdienen, das man als gerecht empfindet und das reicht, um ein autonomes Leben zu führen, vermutlich schon. Ob ein sog. bedingungsloses Grundeinkommen, das seit einiger Zeit von ernst zu nehmenden Menschen als Forderung erhoben wird, die richtige Form sein kann, bedarf einer intensiven Diskussion. Ist es andererseits vorstellbar, dass es ein Recht auf Arbeit geben kann? Denn es geht ja nicht nur um das Einkommen, das damit erzielt wird, sondern auch um das Gefühl, gebraucht zu werden bzw. etwas Sinnvolles zu tun.

Gleich wichtig – und m.E. nicht nachrangig nach der Erfüllung der materiellen/physiologischen Bedürfnisse - ist die Befriedigung **immaterieller Bedürfnisse**. Hierbei geht es nicht um quantitative Begriffe, sondern um qualitative, um Empfindungen. Diese sind von Mensch zu Mensch sehr unterschiedlich. Insofern ist es unmöglich zu sagen, in welchem Maß oder in welcher Weise diese Bedürfnisse erfüllt sein sollten, damit ein Mensch sich zufrieden und glücklich fühlt. Aber klar sollte sein, worum es geht: um Gesundheit und (gefühlte) Sicherheit, um Freiheit und Autonomie, um Anerkennung und Wertschätzung als Mensch und seiner individuellen Fähigkeiten, um sinnvolle Arbeit, um

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, um das Empfinden von hinreichender Gerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft, letztlich aber auch darum, Liebe zu erfahren, zu lieben und geliebt zu werden.

Bei Betrachtung der Bedürfnisse sollte man auf jeden Fall eine Erkenntnis aus vielen Forschungen nicht außer Acht lassen: Materieller Reichtum bzw. das Streben danach – also die Übererfüllung materieller Grundbedürfnisse - macht nicht glücklich, sondern tendenziell unglücklich und unzufrieden. Neben der Abdeckung der physiologischen Grundbedürfnisse und dem Zustand von (relativer) Gesundheit, sind es vor allem die sozialen Aspekte des Lebens, die einen unzufrieden oder zufrieden machen. Der Mensch ist ein soziales Wesen.

Der einzelne Mensch

Der einzelne Mensch steht im Mittelpunkt der Betrachtung, und zwar mit allen Aspekten seines Seins. Einerseits ist ein Mensch ein Wesen, das auf vielfältige Weise geprägt wird, andererseits gestaltet er ab einem bestimmten Zeitpunkt sein eigenes Leben und damit auch seine Umwelt, prägt möglicherweise andere Menschen und nimmt Einfluss auf die Gesellschaft. D.h. es gibt immer eine Wechselwirkung zwischen dem einzelnen Menschen und seiner Umwelt. Dies gilt für jede Situation und in jeder „Funktion“: Im privaten Bereich als Partner* oder Familienmitglied, als Freund* oder Mitglied eines Vereins; im Arbeitsleben als jemand, der seine wertvolle Arbeitskraft zur Verfügung stellt oder als jemand, der dringend eine Beschäftigung sucht, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, als Vorgesetzte/r oder als „Untergebene/r“, als Unternehmer* oder als Betriebsrat*; im allgemeinen gesellschaftlichen Bereich als Kunde* oder Anbieter*, als Informationsempfänger (Leser*, Schüler*) oder als jemand, der Informationen erstellt, verarbeitet, veröffentlicht (Redakteur*, Blogger*, Lehrer*) oder in den sozialen Medien als beides, als Künstler* oder Kunstkonsument*; im politischen Bereich als Wähler* oder Gewählte/r, als Mitglied einer Partei, einer Nichtregierungsorganisation oder als politisch Uninteressierte/r.

Wie man sieht, so vielfältig wie das Leben ist, so vielfältig sind die Felder, in denen jeder Mensch interagiert. Und in allen Fällen und Situationen hängt die Wechselwirkung auch davon ab, ob der/die Einzelne aktiv daran teilnimmt oder passiver Teil des Geschehens ist. Aber egal wie: Es gibt immer eine Wechselwirkung. Jeder ist immer Empfänger* und Sender*. Und jede Situation wirkt auf die/den Einzelne/n ein, berührt sie/ihn in ganz gewisser Weise und führt zu Reaktionen, bewusst oder unbewusst.

Wie ein Mensch mit seiner Umwelt interagiert, ist das Ergebnis eines vielfältigen Erfahrungsprozesses, ganz abgesehen davon, dass jede/r von seinen Eltern ganz individuelle Anlagen mitgegeben bekommt. Besonders prägend sind natürlich die ersten Jahre, wobei eine große Rolle spielt, welche eigenen Erfahrungen, welches Weltbild die unmittelbaren Bezugspersonen, in der Regel die Eltern, selbst mitbringen und diese möglicherweise auf das Kind übertragen. Dieser frühkindlichen „Erziehung“, besser diesen frühkindlichen Erfahrungen, kommt also allergrößte Bedeutung zu. Hier wird die Grundlage gelegt, ob sich jemand später als erwachsener Mensch sicher, angenommen, aufgehoben, anerkannt fühlt. Erlebt ein Kind, dass es geliebt wird? Wunderbar. Kann es Vertrauen in Mitmenschen und seine Umgebung aufbauen? Eine gute Grundlage. Insofern sollte eine Gesellschaft alles dafür tun, ein Klima zu schaffen, in dem Kinder willkommen sind und geschützt aufwachsen können – und Eltern dabei unterstützt werden, Ihrer großen Verantwortung gerecht zu werden.

In der weiteren Entwicklung spielt neben der innerfamiliären Bildung die gesellschaftlich organisierte Bildung eine große Rolle. Dabei kommt es aus meiner Sicht grundsätzlich darauf an, dass nicht nur die Wissensvermittlung als Ziel gesehen wird, sondern die Entwicklung des jungen Menschen als soziales Wesen und als Mitglied der Gesellschaft. Ein ganzheitlicher Bildungsansatz ist also das Gebot. Dazu kommt als zweiter wesentlicher Grundsatz: „Nicht für die Schule lernen wir, sondern für das Leben.“ Ein alter Satz, der aber oft missinterpretiert wird. Im Mittelpunkt muss stehen, Neugier und Interesse zu wecken bzw. ganz hoch zu halten, das Lernen und Experimentieren zu lernen, Zusammenhänge verstehen lernen und Kritikfähigkeit und Zweifel als wichtige Komponenten erfahren. Kurz: Im Mittelpunkt muss die Erziehung zur Selbstständigkeit stehen.

Warum ist dies so wichtig?

Neben den Dingen und Erscheinungsformen im Äußeren, spielt für das Gefühl der Zufriedenheit die

innere Haltung

wahrscheinlich eine noch viel wichtigere Rolle. Welche Dinge sind mir wichtig? Welche Erwartungen habe ich? Kenne ich Selbstliebe, verfüge ich über einen gesunden Selbstwert? Kenne ich Gefühle von Dankbarkeit und Demut? Neige ich zu Friedfertigkeit, statt zu Aggression? Glaube ich, alles was ich gern hätte, erkämpfen zu müssen? Grunderkenntnis der Psychologie ist, dass das, was und wie ich etwas im Außen wahrnehme, ein Bild meines Inneren ist. Also individuell geprägt, sich möglicherweise erheblich unterscheidend von dem, was ein anderer in der gleichen Situation wahrnimmt. Und keinesfalls die einzige, alleinige Wahrheit. Das Innere – und zwar sowohl der bewusste Teil als auch der unbewusste - ist also eine mächtige Institution. Einige psychologische Theorien gehen davon aus – und eigene Erfahrungen bestätigen diese – dass das Innere sogar so mächtig ist, das zu kreieren, was mir im Außen begegnet. Insofern ist **die innere Haltung ein wesentlicher Faktor für Glück und Zufriedenheit.**

Um zu einer inneren Haltung zu kommen, die zu Zufriedenheit führt oder diese zumindest begünstigt, geht in der Regel ein längerer Prozess voraus, beginnend bei positiven Kindheitserfahrungen und dem Erlernen von Empathie. Für mich waren Erkenntnisse und Erfahrungen im Zuge von Selbsterfahrungsseminaren nach den Ansätzen der humanistischen Psychologie essentiell. Für manche ist das "eingebettet sein" in eine positiv geprägte Weltanschauung, auch religiöser Art, hilfreich. Einerseits wird also die innere Haltung davon geprägt, wie sich gemachte Erfahrungen in einem Menschen zu einem Bild von der Welt formen. Und wie ich dieser Welt entgegentrete. Andererseits beeinflusst aber auch ganz wesentlich die Fähigkeit und der Wille, sich, sein Denken, sein Fühlen und sein Handeln zu reflektieren, dieses Bild. Diese Fähigkeit zur Reflexion macht den Menschen aus. Und diese Fähigkeit ist erlernbar.

Ich stelle diesen Zusammenhang mal an einem Beispiel mit einfachen, reduzierten Annahmen dar: Zum einen haben wir einen Menschen vor uns, der eine liebevolle, behütete Kindheit erlebt hat, der in der Schule gefördert und gefordert wurde, zugewandte Lehrer*innen hatte, in einen Freundeskreis eingebunden ist, erste Erfahrungen im Berufsleben dergestalt gemacht hat, dass seine Fähigkeiten und Leistungen anerkannt wurden, also jemand ist, der in seinem bisherigen Leben überwiegend positive Erfahrungen gemacht hat. Stellen wir uns nun einen anderen Menschen vor, bei dem die Entwicklung bedauerlicherweise etwas schief gelaufen ist: Alleinerziehende, durch Beruf und Kind überforderte Mutter; prekäre Lebensumstände, Entwicklung zum Außenseiter, der lernt, sich gegen Mobbing durch kleine Gemeinheiten zu wehren, Mitglied einer Jugendgang, schwieriger Schüler usw. Auch wenn bzw. gerade weil die Darstellung klischeehaft ist, um als Beispiel zu dienen, wird deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit sehr groß ist, dass das Bild von der Welt in ersterem Menschen positiv geprägt ist und dieser Mensch mit einer positiven, offenen Einstellung anderen Menschen gegenübertritt und dass der Andere seine Umwelt eher negativ und schwierig oder gar feindselig wahrnimmt und nichts Gutes erwartet. Die innere Haltung wird also von den Erfahrungen fundamental geprägt. Das Besondere daran ist, dass alle Erfahrung dafür spricht, dass jeder der Beiden seine innere Haltung im Alltag wiedergespiegelt und bestätigt bekommt, sich diese Entwicklung also fortsetzt. Für den Menschen mit den negativen Erfahrungen ist dies fatal – und für die Gesellschaft auch.

Was ist also zu tun? Das Wichtigste wäre, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass möglichst jeder Mensch positive Erfahrungen machen kann und negative Erlebnisse zeitnah bearbeitet und auf-

gelöst werden (siehe hierzu das Kapitel „Bildung und Erziehung“). Das zweite ist, dass es einfach zugängliche Angebote gibt, negative oder gar traumatische Erfahrungen therapeutisch aufzuarbeiten und die Fähigkeit zur Reflexion zu erlernen (siehe Kapitel „Gesundheit“).

Die Gesellschaft

Der einzelne Mensch lebt in der Regel nicht für sich allein, sondern ist Teil einer Gesellschaft. Er kommuniziert – wie bereits vorher erwähnt - mit anderen in vielfältiger Weise, tritt in den verschiedensten Funktionen in Erscheinung, bringt sich mehr oder weniger ein, ist aktiver oder passiver Akteur. Eine Gesellschaft ist einerseits eine bestimmte Menge von Menschen, die sich durch mindestens ein gemeinsames Merkmal definiert, z.B. die Zugehörigkeit zu einem Staat, und andererseits das Ergebnis des Zusammenwirkens von Individuen in einer Gemeinschaft.

Damit das Zusammenleben in einer Gesellschaft funktioniert, bedarf es guter und eindeutig formulierter Regelungen (Gesetze, Verordnungen etc.), die von allen, zumindest von einer sehr großen Mehrheit, akzeptiert und getragen werden. Dass dies gelingt, ist eine der schwierigsten Aufgaben einer Gesellschaft; denn das Leben ist vielfältig und die Ansprüche und die Meinungen der Menschen sind es auch.

Insofern bedarf es eines Kompasses, an dem man sich bei der Gestaltung der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche orientieren kann. Es bedarf eines **Wertesystems und daraus abgeleiteter Handlungsgrundsätze**.

In der Regel bilden sich die Werte im Laufe vieler Generationen heraus. Das von mir dargestellte und als wünschenswert erachtete Wertesystem baut auf dem heute vorherrschenden Modell einer aufgeklärten westlichen Demokratie auf. Die Werte sind aber nicht starr festgeschrieben, sondern offen für weitere Entwicklungen

Wesentlich erscheinen mir folgende

grundlegende Werte:

Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen als Basis für das Leben an sich, heute und auch für künftige Generationen.

Humanität und Menschenwürde im Umgang von Menschen untereinander; jeder Mensch ist ein wertvolles Individuum.

Eigenverantwortung für ein und in einem Leben in **Freiheit** und **Selbstbestimmtheit**.

Gemeinwohl(-verträglichkeit) vor Eigennutz, was heißt: Die aus der Freiheit des Einzelnen resultierenden Handlungen dürfen dem Gemeinwohl (zumindest) nicht schaden, sondern sollten im besten Fall dem Gemeinwohl nützen.

Solidarität, da Eigenverantwortung nur übernommen werden kann mit der Gewissheit, dass einen die Gemeinschaft auffängt, wenn es nötig ist. Schließlich

Gerechtigkeit als Maxime für alle Regelungen, die für den Umgang von Menschen innerhalb einer Gesellschaft getroffen werden.

Stimmen Sie diesen Werten zu?

Gibt es für sie noch weitere grundlegende Werte?

Welche?

Ich bin überzeugt: Mehr als diese paar grundlegenden Werte braucht es nicht! Diese Werte sollten sich in allen Regeln, die sich eine Gesellschaft gibt, abbilden, z.B. in der Menschenrechtserklärung der UN, im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in den gelebten Umgangsformen einer Familie etc. Egal wie tief Regelungen herunter gebrochen werden, jede Festlegung ist darauf auszurichten bzw. daraufhin zu prüfen, ob diese grundlegenden Werte eingehalten werden.

Dies gilt gleichermaßen für jeden einzelnen Menschen und jede seiner Handlungen.

Wie eingangs dieses Abschnittes erwähnt, ist das Wertesystem Ergebnis eines viele Generationen übergreifenden Entwicklungsprozesses. Dieser Prozess ist vermutlich nie abgeschlossen. Insofern muss auch sichergestellt werden, dass alle Teile einer Gesellschaft sich an dem Prozess beteiligen können. Stichworte: demokratisches Gesellschaftssystem, Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen. Detailliert wird dieses Thema im Abschnitt „Politisches System“ ausgeführt.

Im Folgenden gehe ich auf die einzelnen Werte genauer ein und beschreibe, was ich darunter verstehe bzw. was sie beinhalten müssen, um die Basis für eine Gemeinschaft zu bilden, die ein zufriedenes und glückliches Leben für jedes einzelne Mitglied dieser Gemeinschaft ermöglicht.

Beginnen wir mit einem der grundlegenden Themen des gesellschaftlichen Wertesystems:

Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Eine Binsenweisheit lautet: Die Erde kann gut ohne den Menschen auskommen, der Mensch aber nicht ohne die Erde als Lebensgrundlage. Die Erde als Gesamtsystem besitzt auch eine hohe Regenerationsfähigkeit, die aber ihre Grenzen hat: z.B. wenn eine Art ausgestorben ist, ist das unwiederbringlich. Und das System Erde „agiert“ in langfristigen Anpassungsprozessen, während der einzelne Mensch wegen seiner im Vergleich zur Erde extrem kurzen Lebenszeit in der Regel auch nur extrem kurzfristig und meist auch kurzfristig handelt. (Leider haben gewählte Politiker*, also die jeweils aktuell Verantwortlichen meist einen noch kürzeren Betrachtungshorizont, nämlich die Legislaturperiode und ihre Chancen zur Wiederwahl.) Notwendig ist aber nachhaltiges Handeln in allen Bereichen. Denn grundsätzlich sollte man schon davon ausgehen, dass es Menschen nicht nur in 100 Jahren, sondern auch noch in 5.000 oder 10.000 oder 100.000 Jahren gibt bzw. geben sollte und diese eine bewohnbare und nutzbare Erde vorfinden sollten bzw. brauchen. Diese Diskrepanz zwischen gegenwärtigen Bedürfnissen und Erfüllungszeiträumen und eigentlich unvorstellbaren Zeithorizonten kann der Mensch aber durch seine Intelligenz wettmachen. Intelligent handeln heißt, folgende **Grundsätze** umsetzen:

Nachhaltiges Handeln auf allen Ebenen bedeutet

- für die nachfolgenden Generationen mindestens gleich gute Lebensbedingungen zu hinterlassen, wobei das oberste Ziel lautet:
- **Schonung der natürlichen Ressourcen**, heißt: geringstmöglicher Verbrauch und weitest gehende Kreislaufwirtschaft und dass
- ein vertretbarer Verbrauch von Ressourcen nur solange zulässig sein sollte, wenn dieser unerlässlich ist und Recyclete oder Alternativen noch nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen.
- Dies gilt für jede Art von Ressource.
- Und unter Berücksichtigung des anderen Grundwerts „Gemeinwohlverträglichkeit“: Keine private Nutzung oder gar Nutzenmaximierung zulasten der Allgemeinheit.

Zum Thema „Ressourcennutzung“ ist es ganz wichtig, den Begriff von und den Umgang mit Gemeingütern zu klären. Meine Definition lautet:

Gemeingüter sind naturgegeben, nicht reproduzierbar und nicht vermehrbar, aber überwiegend lebensnotwendig.

Aus diesen grundlegenden Tatsachen ergeben sich zwangsläufig folgende Forderungen bezüglich des Umgangs mit diesen Gütern:

- Kein Privatbesitz. Wie der Begriff „Gemeingut“ schon aussagt, müssen solche Güter im Gemeinschaftseigentum einer Gesellschaft oder gar der Menschheit sein bzw. in deren Verantwortung.
- Das bedeutet, dass die Gemeinschaft über die Nutzung zu entscheiden hat,
- wobei die o.a. Prinzipien der Nachhaltigkeit oberste Priorität haben müssen.

Darüber hinaus bedürfen einer Regelung durch die Gesellschaft auch Güter, die zwar reproduzierbar und vermehrbar sind, aber im Prinzip naturgegeben und für die Menschheit als Ganzes von großer Bedeutung sind: das Ökosystem Meer mit allen Lebewesen und das Ökosystem Pflanzen, ebenfalls mit allen Lebewesen. Der Überbegriff hierfür lautet: Erhalt der **Biodiversität**. Dies ist auch deshalb so

wichtig, weil wir Menschen nicht vollumfänglich verstehen, welche Folgewirkungen menschliche Eingriffe in die naturgegebenen Prozesse haben.

Neben dem Oberbegriff „Schonung der Ressourcen“ dominiert ein zweites Thema die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, nämlich das Thema „Klima“.

Wenn es nicht gelingen sollte, die Erwärmung der Atmosphäre auf 1,5° bis 2° bis zum Jahr 2050 zu begrenzen, hätte dies schon in sehr überschaubarer Zeit, nämlich bis Ende des Jahrhunderts, unübersehbare Konsequenzen für das Leben auf diesem Planeten. Wenn der Abschmelzprozess der Eismassen von Arktis und Antarktis unumkehrbar fortgeschritten wäre, hätte dies in wenigen Jahrhunderten eine Erhöhung des Meeresspiegels nicht nur um einen Meter, sondern vermutlich um bis zu 30 (!) Meter zur Folge. D.h. Gerade die mit Großstädten bebauten Küstenregionen würden unbewohnbar. Gleichzeitig würden viele Gebiete zu Wüsten. Was eine Erwärmung der Atmosphäre von 4° und mehr auf Wetterereignisse für Wirkungen haben würde, ist kaum vorhersehbar. Alles zusammen bedeutet, dass große Teile der Erde nicht mehr bewohnbar werden würden und auch nicht für die Produktion von Lebensmitteln zur Verfügung stehen könnten. Dies hätte dramatische Folgen für die Menschheit und die Biodiversität der Erde. Aber wie eingangs erwähnt: Die Erde kann gut ohne den Menschen auskommen

Dass also als wichtigster Wert in unserem Wertesystem die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gelten und umgesetzt werden muss, ist unmittelbar einleuchtend. Gute Lebensbedingungen sind eine zwingende Voraussetzung für ein zufriedenes, glückliches Leben. Schlechte Lebensbedingungen und Angst vor der Zukunft sind der Nährboden für Unzufriedenheit, Leid und Aggression.

In einem eigenen Kapitel gehe ich im Detail auf die einzelnen Bereiche dieses großen Themas ein.

Nach dem Thema „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ wenden wir uns dem zweiten Eckpfeiler des gesellschaftlichen Wertekanons zu:

Humanität und Menschenwürde

Im Prinzip gibt es weder national noch international hierüber Meinungsverschiedenheiten. In der Menschenrechtserklärung der UN vom 10. Dezember 1948 sind alle wesentlichen Regeln zur Anerkennung des Mensch-Seins und des Lebens als Mensch in 30 Artikeln definiert. Dazu kamen im Laufe der Zeit noch eine ganze Reihe von Einzelregelungen in Form von sog. Menschenrechtskonventionen zu Themen wie Frauen, Kindern, Behinderten, Folter etc. Besondere Bedeutung haben diesbezüglich die im Dezember 1966 verabschiedeten Menschenrechtskodexe, der sog. UN-Sozialpakt und der sog. UN-Zivilpakt. Diese Grundrechte, auf die man sich weltweit übergreifend geeinigt hat, gelten damit auch weltweit. Bezüglich der Überprüfung auf Einhaltung existieren internationale Gerichtshöfe. Auf nationaler Ebene finden diese internationalen Regelungen Eingang in die nationalen Verfassungen und Gesetze. Die Grundlagen und die Detailregelungen sind also gegeben.

Woran es aber ganz offenbar fehlt, ist die Verfolgung und Sanktionierung von Regelbrechungen, insbesondere in autoritär geführten Gesellschaften.

In den demokratischen Gesellschaften ist es aber die Gleichgültigkeit von vielen, wenn nicht sogar von den meisten Menschen gegenüber Regelbrechungen, soweit sie nicht unmittelbar selbst betroffen sind. Dies gilt beispielsweise für Verbraucher*, die Waren rein nach dem Preis kaufen, Waren, die nur deshalb besonders billig sind, weil elementare Regeln für die produzierenden Menschen nicht oder nur unzureichend eingehalten werden. Beispiel: Produktion von Bekleidung unter menschenunwürdigen und höchst gefährlichen äußeren Verhältnissen zu ausbeuterischen Bedingungen in z.B. Bangladesh (oder anderswo). Diesen Regelbrechungen könnten wir mit klarem, eindeutigem Handeln begegnen. Wir müssen es nur tun.

Neben diesen grundsätzlichen, vor allem formalen Rechtspositionen, die die UN-Menschenrechte darstellen, gibt es aber noch eine Reihe ganz persönlich menschlicher, eben humanitärer, Werte, die für die persönliche Entwicklung und für das Zusammenleben von großer Bedeutung sind. Stichworte dazu:

- Jeder Mensch ist wertvoll und hat Qualitäten.
- Akzeptiere und liebe dich wie du bist. Du bist einzigartig.
- Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu.
- Meinungsverschiedenheiten und Konflikte werden friedlich gelöst.
- Ev. sogar: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.

Außerdem muss sich eine Gesellschaft daran messen lassen, wie sie mit ihren „unproduktiven Mitgliedern“ umgeht, mit Kindern, mit Alten, mit Behinderten. Und nicht zuletzt fällt in diese Wertekategorie auch die Frage, wie steht es um den Umgang mit Tieren, insbesondere den sogenannten Nutztieren.

Es ist eine elementare Voraussetzung für ein zufriedenes, glückliches Leben, dass jeder einzelne Mensch spüren kann, dass er Würde besitzt und als Individuum geachtet wird und dass seine sozialen Bedürfnisse nach Anerkennung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erfüllt werden.

Eine weitere Maxime im Wertesystem einer Gesellschaft müsste lauten:

Gemeinwohl vor Eigennutz

Das heißt aus meiner Sicht nicht: Das Wohl der Anderen ist wichtiger als das Wohl des Einzelnen. So viel Altruismus mag Wenigen vorbehalten sein, für eine ganze Gesellschaft kann das nicht der Maßstab sein. Aber es bedeutet ganz klar:

Die aus der Freiheit des Einzelnen resultierenden Handlungen dürfen zumindest dem Gemeinwohl nicht schaden. Im besseren Fall nutzt das Handeln des Einzelnen auch dem Gemeinwohl. Das ist deshalb so wichtig, weil sich ein Einzelner nur in einer Gemeinschaft wohlfühlen kann, die einem einen sicheren Rahmen gibt. Wie wichtig ein gesellschaftlicher Zusammenhalt ist, zeigt sich vor allem in schwierigen Zeiten, in Krisen. Deshalb muss in allen Regelungen das Gemeinwohl im Vordergrund stehen.

In den meisten Fällen geht es dabei um wirtschaftliche Betätigungen. Siehe hierzu das gesamte Themenfeld „Wirtschaft“, wobei an vorderster Stelle die Fragen stehen: Wofür ist Wirtschaft gut? Was

ist ihr Ziel? Geht es darum, das Leben der Menschen besser zu machen oder die Eigentümer von Unternehmen möglichst reich zu machen? Dabei ist auch die Systemfrage „(ungezügelter) Kapitalismus versus (Gemeinwohl-) Ökonomie“ zu stellen.

Es geht aber auch um andere, ganz grundlegenden Werte. Beispiele:

- Meinungsfreiheit: Ist ein hohes Gut; hat aber einige wichtige Grenzen. Zum einen müssen bestimmte gesellschaftliche und kommunikative Regeln und Formen eingehalten werden: keine Aufrufe zu oder Verharmlosung von Hass und Gewalt; keine diskriminierenden Äußerungen über andere Personen; etc. Zum anderen stellt die bewusste Lüge und Verbreitung von Falschnachrichten eine große Gefahr für die Gesellschaft dar. Beide Phänomene sind gerade im Zusammenhang mit den modernen Massenkommunikationsmitteln von größter Bedeutung. Es bedarf also einer gesellschaftlichen Regelung, welche Grenzen der Meinungsfreiheit bei einer potentiellen Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens zu setzen sind.
- Bewegungsfreiheit und Umwelt: Die Auswirkungen von Verkehr auf die Umwelt sind gravierend (ausgenommen Fußgänger* und Radfahrer*). Dem steht das Recht auf freie Bewegung wo, wohin und wann immer, entgegen. Jede Nutzung eines Verkehrsmittels durch einen Einzelnen wirkt sich unmittelbar auf das Gesamte und damit auf die Gemeinschaft aus. Es bedarf also eines gesellschaftlichen Konsenses, was tolerierbar ist und ob dieser gfls. zu Einschränkungen der persönlichen Freiheit führen kann.
- Mensch und Umwelt: Nicht nur Verkehr hat Auswirkungen auf die Umwelt, sondern jegliches Verhalten von Menschen: Welche und wie viele Produkte kauft/verbraucht ein Mensch? Wie wurden diese produziert? Wie wohnt ein Mensch? Wie viel und welche Energie verbraucht er? Wie agiert er in verantwortlicher beruflicher Position? Welche Art von Beispiel lebt er seinen Kindern vor? Insofern wird es in vielen Lebensbereichen Regelungen geben müssen, die die persönliche Freiheit zugunsten des Gemeinwohls einschränken.

Damit kommen wir zu einem wichtigen Grundwert, der die Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft betrifft. Ich plädiere für eine Gesellschaft von freien Menschen, in der jeder frei über sein Leben in all seinen Facetten entscheiden kann. Natürlich unter Einhaltung der übergeordneten gesellschaftlichen Regeln. Dieses Prinzip lautet:

Freiheit, Autonomie, Eigenverantwortung

Zu den Grundbedürfnissen zählt – wie eingangs dargestellt – ein Leben in Freiheit und Autonomie. Das heißt, jeder möchte ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben führen. Die andere Seite dieser Medaille ist deshalb die Übernahme der Verantwortung für sein Leben. Eigenverantwortung stellt für mich einen zentralen Bestandteil des Wertesystems dar, das einer Gesellschaft zugrunde liegen sollte. Jeder Mensch ist ein individuelles Wesen und autonom in seinen Handlungen und Unterlassungen. Jeder trifft tagtäglich eine Vielzahl von Entscheidungen. Insofern ist er im Wesentlichen auch für die Konsequenzen daraus allein verantwortlich.

Die Fähigkeit, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen ist aber nicht angeboren, sondern muss erlernt und geübt werden. Es ist deshalb Aufgabe der Gesellschaft (und zu allererst der Eltern), durch Vorbild, Erziehung und Bildung die Grundlagen in jedem Menschen zu legen, dass dieses elementare Lebensprinzip kognitiv und emotional verankert wird – und damit Teil der inneren Haltung eines Menschen wird. Eine weitere Voraussetzung für ein eigenverantwortliches Leben ist natürlich, dass Grundbedürfnisse materieller und immaterieller Art erfüllt sind.

Dieser Anspruch an Eigenverantwortlichkeit gilt natürlich nur grundsätzlich. Zum einen gibt es in einer Gesellschaft immer Abhängigkeiten bzw. zwingend Regelwerke, in die jeder Einzelne eingebunden ist.

Zum andern ist gleichzeitig zu bedenken, dass es eine Reihe von Fällen psychischer oder körperlicher Einschränkungen geben kann, in denen der Einzelne seiner Verantwortung nicht (mehr) nachkommen kann. Deshalb ist Eigenverantwortung zwingend verbunden mit

Solidarität

der Gesellschaft gegenüber Einzelnen, als Wert für die Gesellschaft als Ganzes und als ethische Grundlage des Umgangs untereinander. Erstens gibt es Menschen, deren Potenzial mehr oder weniger eingeschränkt ist, zweitens ist nicht jeder in der Lage, sein Potenzial voll zur Entfaltung zu bringen und drittens gibt es Ereignisse im Leben, die einen Einzelnen einschränken oder unfähig machen, ausreichend für sich selbst zu sorgen. Hier greift das Prinzip der Solidarität, hier muss die Gesellschaft für den einzelnen Hilfebedürftigen sorgen (s.o.: Erfüllung der Grundbedürfnisse). Zum anderen gibt es unvorhersehbare Risiken, die – wenn sie eintreten - einen Einzelnen überfordern, als Solidargemeinschaft aber getragen werden können. Beispiel: Krankheit. Hier greift z.B. das Versicherungsprinzip. Schließlich gibt es eine Vielzahl von Gemeinschaftsaufgaben, die ein gesellschaftliches Zusammenleben erst ermöglichen und die nur oder besser als Gemeinschaft gelöst werden können.

Dies führt uns zum letzten großen Begriff innerhalb des Wertesystems einer Gesellschaft, der

Gerechtigkeit

Meines Erachtens ist dies einer der wichtigsten gesellschaftlichen und auch persönlichen Erfahrungsbereiche. Warum? Ein Mensch ist so angelegt, dass er sich gerne und in vielfältiger Hinsicht mit anderen vergleicht. Dabei schaut er nicht nur auf das Ergebnis, sondern auch wie es zustande gekommen ist. Ob es dabei fair zugegangen ist. Wie gerade in den letzten Jahren zu beobachten ist, führt das Gefühl, dass es in einer Gesellschaft ungerecht zugeht bzw. dass man selbst unter möglicherweise ungerechten politischen Handlungsweisen zu leiden hat, zu hoch emotionalen Ausbrüchen, Schuldzuweisungen und heftigen Wahlreaktionen; zu Abgrenzung und Ausgrenzung, zu nationalistischem Handeln und gar zu Hass, Rassismus und Faschismus. Also zum Gegenteil von Zufriedenheit und individuellem Glück.

Bereits seit den „alten Griechen“ geben die meisten Philosophen der Gerechtigkeit einen hohen Stellenwert sowohl in Bezug auf das Zusammenleben innerhalb einer Gesellschaft als auch für die Zufriedenheit des Individuums. Wobei es natürlich ein weites Feld der Begriffsdefinitionen und Interpretationen für Gerechtigkeit und Fairness (Rawls), einem vergleichbaren Begriff, gibt. Warum? Weil das Thema in vielen, ganz unterschiedlichen Bereichen betrachtet und behandelt werden muss. Und weil sowohl die Idee von Gerechtigkeit als auch das Empfinden von Gerechtigkeit etwas sehr Individuelles, Subjektives ist. Und über Empfinden/Gefühle lässt sich wunderbar streiten bzw. eben nicht. Sie sind, wie sie sind – und Gefühle vernebeln oft den Blick auf die „objektiven“ Gegebenheiten. Einen interessanten Ansatz dafür bietet – in aller Kürze – ein Essay von Marc Beise in der SZ vom 1.4.2013. Trotz der Schwierigkeiten ist es aber zwingend notwendig, für die wichtigsten Bereiche des menschlichen Zusammenlebens ein paar Grundthesen zu formulieren.

Die öffentliche Diskussion dominiert oft der Begriff

- Soziale Gerechtigkeit.

Dieser Begriff ist aber meines Erachtens nicht gut geeignet. Denn entweder ist es ein Überbegriff, der alle Beziehungen aller Beteiligten in einer Gesellschaft meint, also dass es innerhalb eines Systems zwischen allen Beteiligten gerecht zugehen sollte. Dann wäre zu definieren, was diese Beziehungen alles im Einzelnen umfassen bzw. welche Formen der Beziehungen gemeint sind. Denn nicht jede Art von Beziehung hat mit Gerechtigkeit zu tun, z.B. eine Liebesbeziehung. Oder er meint – verengt – nur Verteilungsgesichtspunkte. Ich neige zu ersterer Definition, also „soziale Gerechtigkeit“ als Überbegriff, fülle diesen aber mit folgenden konkreten Ausprägungen:

Unumstritten und relativ am einfachsten zu erreichen, ist die

- **Regelgerechtigkeit,**
d.h. ein Rechtssystem zu entwickeln bzw. fortzuschreiben, in dem jeder Einzelne ohne Ansehen der Person gleich gestellt und gleich behandelt wird. Und um dieses in der Folge sicherzustellen gehört dazu auch eine unabhängige Justiz. Dieses Rechtssystem muss alle Lebensbereiche umfassen. Es beginnt mit den Grundrechten und reicht bis in die Verästelungen von Steuerrecht oder Baurecht.

Weitgehender Konsens dürfte auch über die Notwendigkeit einer

- **Chancengerechtigkeit**
bestehen. Diese beinhaltet zunächst im Wesentlichen die im nächsten Kapitel beschriebene Chancengleichheit in Bezug auf Persönlichkeitsentwicklung und Bildung. Dazu gehören dann aber auch freie Entfaltungsmöglichkeiten (natürlich im Rahmen der Regeln) und – ganz wichtig – gesellschaftliche Mitwirkungsrechte (z.B. bei Gestaltung der Regeln). Was die Entfaltungsmöglichkeiten betrifft beinhalten diese z.B. die Niederlassungsfreiheit, sowohl beruflich als auch privat oder den Umstand, dass niemand aufgrund von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Alter etc. diskriminiert werden sollte. Beispiele zum Thema Mitwirkungsrechte sind die Zulässigkeit und Einflussmöglichkeiten von Gewerkschaften oder andererseits eine Begrenzung und Transparenz von Lobbyismus. Oder die Möglichkeit sich als Person in politische oder gesellschaftliche Gremien wählen zu lassen ohne einer Partei oder einer bestimmten Organisation anzugehören.

Aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Bereich – und wenn sie gelingt, ein Kitt für Gesellschaften – ist die

- **Generationengerechtigkeit.**
Hierunter fällt als wichtigster Begriff: Nachhaltigkeit. Jede Generation hat die Pflicht, der nachfolgenden Generation mindestens gleiche, möglichst bessere, keinesfalls schlechtere Lebensbedingungen zu hinterlassen. Dies gilt im Großen zum Thema Umwelt, aber auch im Kleinen, in der Familie. Umgekehrt muss ab/in einer bestimmten Lebensphase die Folgegeneration die (Mit-)verantwortung für die Vorgängergeneration übernehmen. Es muss also ein Ausgleich von Leistungen über Phasenverschiebung organisiert werden. Dabei dürfen in der Gesamtbetrachtung weder die „Jungen“ noch die „Alten“ bevorteilt werden, sondern als Kern die Leistungsfähigkeit und Verantwortung in bestimmten Lebensphasen zugrunde gelegt werden. Das klassische Beispiel dazu: Naturgemäß sind Eltern von Kleinkindern in vollem Umfang für das Wohlergehen ihrer Schutzbefohlenen verantwortlich, weil nur sie dafür sorgen können. Im Alter dreht sich das um. Hochbetagte sind nur mehr eingeschränkt oder gar nicht mehr alleinverantwortlich handlungsfähig. Hier übernehmen dann die zu Erwachsenen herangereiften Kinder die Verantwortung für die Eltern. Im Sozialsystem bildet sich diese Phasenverschiebung in finanzieller Weise ab.

Stimmen Sie diesen Thesen zu?
Welche prinzipiellen Formen von Gerechtigkeit sind Ihnen noch wichtig?

Dies führt uns zu den nächsten wichtigen Ausprägungen von Gerechtigkeit:

- Bedarfsgerechtigkeit und
- Leistungsgerechtigkeit als Aspekte der
- Verteilungsgerechtigkeit

Diese Begriffe spielen insbesondere im Bereich von Wirtschaft und Sozialstaat eine große Rolle und bedürfen einer tiefgehenden gesellschaftlichen Diskussion.

Wie hoffentlich aus den bisherigen Ausführungen deutlich geworden ist, vertrete ich ein Menschen- und Gesellschaftsbild, das der freien Entfaltung des Einzelnen, verbunden mit einem Höchstmaß an Eigenverantwortung Raum gibt. Dabei sind die Grenzen für das Wohl des Einzelnen klar gesetzt: Das Gemeinwohl darf bei der freien Entwicklung des Einzelnen keinesfalls beeinträchtigt werden, im besseren Fall nutzt das Handeln des Einzelnen auch dem Gemeinwohl. Und es muss einen Regelungsrahmen geben, der die Interessen des Einzelnen im Verhältnis zu den Interessen eines anderen Einzelnen ausgleicht. Niemand soll sein Interesse allein aufgrund eigener Macht oder gesellschaftlicher Stellung gegenüber einem anderen durchsetzen können (Regelgerechtigkeit).

Insofern strebe ich weder eine Gesellschaft an, in der der Einzelne nichts und die Gemeinschaft alles besitzt, noch eine Gesellschaft, in der alles auf alle gleich verteilt wird, alle das gleiche Einkommen haben etc. Nein, ich halte es für in hohem Maß menschenwürdig und sehe es als eine Voraussetzung für persönliches Glück an, wenn die Individualität des Einzelnen auch in den Fragen Umsetzung des eigenen Potenzials, Leistungsfähigkeit, Entwicklung und Erfüllung von Bedürfnissen, Geld und Wohlstand zum Ausdruck kommt. Insofern bin ich auch ein Verfechter eines marktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodells, das beinhaltet: freie Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Regeln. Hierzu mehr an anderer Stelle.

Was bedeutet das für die o.a. Begriffe? Meines Erachtens kann es keine Bedarfsgerechtigkeit geben; denn das würde bedeuten, dass man jedem individuellen Bedarf gerecht zu werden versucht. Erstens kann es keinen Maßstab geben, was denn ein vertretbarer Bedarf ist und zweitens damit die „Bescheidenen“, die für sich relativ wenig beanspruchen, benachteiligt werden und/oder drittens ein Wettlauf um die Befriedigung möglichst hoher Ansprüche in Gang gesetzt wird. Nach meiner Auffassung kann es nur die Aufgabe einer Gesellschaft sein, dafür zu sorgen, dass bestimmte Grundbedürfnisse in einem Maß für ein menschenwürdiges Leben für jeden Einzelnen erfüllt sind. Siehe hierzu die Ausführungen zu materiellen und sozialen Grundbedürfnissen auf den Seiten 11-12. Dafür muss (!) die Gesellschaft aber sorgen. Also: keine Bedarfsgerechtigkeit, aber zwingende Erfüllung der Grundbedürfnisse.

Was die Leistungsgerechtigkeit betrifft, wird es schon deutlich schwieriger, wobei der Grundgedanke ein einfacher ist: Wie bereits dargestellt, kann eine Gesellschaft, die stark auf Eigenverantwortung des Einzelnen setzt, nur funktionieren, wenn parallel dazu Solidarität verankert ist. Die sich daraus ergebenden Lasten müssen gemeinsam getragen, heißt finanziert werden. Und Solidarität in diesem Zusammenhang bedeutet, dass derjenige, der ein höheres verfügbares Einkommen und/oder Vermögen hat, einen höheren Beitrag dazu leisten sollte als jemand der z.B. gerade knapp über dem Existenzminimum das Leben seiner Familie bestreiten muss.

Leistungsgerechtigkeit bedeutet also, dass die Beiträge des Einzelnen zu den Gemeinschaftsaufgaben möglichst gerecht nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen bestimmt werden. Und hier greift wie-

der der Zusammenhang mit der Chancengerechtigkeit: Je besser diese realisiert ist, je mehr Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Potenzial zu entwickeln, desto besser verteilen sich die Beiträge zu den Gemeinschaftsaufgaben auf viele Schultern.

Zum Thema Leistungsgerechtigkeit gehört aber auch das Prinzip einer gerechten Entlohnung von Arbeit. Selbst wenn im Rahmen einer freien Gesellschaft und einer freien Marktwirtschaft grundsätzlich Vertragsfreiheit und das Prinzip von Nachfrage und Angebot als Preisbestimmungsfaktor gelten, so sind unter sozialen und Gerechtigkeits-Gesichtspunkten durch die Gesellschaft Rahmenbedingungen und Grenzen zu definieren. Dies wird im Kapitel „Soziale Marktwirtschaft“ genauer beleuchtet.

Fazit: Je besser die Prinzipien der Regelgerechtigkeit, der Chancengerechtigkeit, der Generationengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit verwirklicht sind, desto weniger wird über Verteilungsgerechtigkeit zu sprechen sein, die heute meist im Mittelpunkt der Diskussion steht, wenn man soziale Gerechtigkeit meint.

In jedem Fall ist es für jeden Menschen sehr bedeutsam, ob er generell in seinem Leben und in den konkreten Situationen seines Alltags erlebt und empfindet, dass es gerecht zugeht; dass Regeln für alle gleichermaßen gelten, dass jeder gleiche Chancen hat, dass jeder seinen angemessenen Teil zur Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben beiträgt usw. Das Empfinden, dass es gerecht zugeht, ist wesentlich für ein zufriedenes Leben.

Warum sind die Grundwerte so wichtig?

Am Anfang jeder gesellschaftlichen Diskussion über „Wie wollen wir leben?“, „Wie wollen wir unsere Gesellschaft gestalten?“, „Was braucht es, dass jede/r Einzelne glücklich und zufrieden sein kann?“ muss die Diskussion der grundlegenden Werte stehen. Sie bilden die Basis für alles Weitere. Diese Diskussion will ich mit dieser Publikation anstoßen.

Bei der Diskussion der acht grundlegenden Wertebegriffe wird in Ansätzen bereits deutlich, wie sich diese Prinzipien und die sich ableitenden Konsequenzen auf die unterschiedlichen Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens auswirken. Letztlich geht es darum, jeden einzelnen Bereich so zu gestalten, dass diese Werte sich darin wiederfinden. Wenn dies gelingt, ist die Basis für eine Gesellschaft gelegt, in der dann jeder einzelne Mensch auf seine Weise sein Leben so gestalten kann, dass er glücklich und zufrieden sein kann.

An dieser Stelle könnte diese Einführungsschrift nun schon enden. Jeder könnte sich selbst auf den Weg machen, zu überprüfen, ob diese Grundwerte in unseren gesellschaftlichen Regeln sich wiederfinden bzw. was verändert werden müsste.

Wer will, kann aber in den Gedanken, die ich mir zu den wichtigsten Lebensbereichen gemacht habe – und die ich in den weiteren Abschnitten darlege – Anregungen für eine gesellschaftliche Diskussion und für seine eigene Haltung finden. Nun geht es auch tiefer in die Details. Einige provokante Thesen werden vorgestellt und zu interessanten Diskussionen führen. Experten werden gefragt sein. Die praktische Umsetzung steht an. Lassen Sie sich anregen und machen Sie mit. Der Weg für eine bessere Gesellschaft liegt vor uns.

An dieser Stelle kommt nun das gewählte Darstellungsmodell i-mapping richtig zum Tragen, da dort die einzelnen Bestandteile eines Gesellschaftsmodells in ihrer ganzen Vielfalt und – wenn man will – bis in eine große Detailtiefe – sowie in ihren Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Teilen abgebildet werden können. Im i-mapping-Modell stehen in der Regel die einzelnen Themen, Aspekte und Argumente als Stichworte. Im nachfolgenden Text erläutere ich, was ich darunter verstehe.

Abschnitt 2

Die gesellschaftlichen Lebensbereiche

Bildung und Erziehung

Rechtssystem

Sozialsysteme

Gesundheitssystem

Gemeinschaftsaufgaben

Politisches System

Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Ernährung

Wirtschaftssystem

Steuersystem

Digitalisierung

Medien

Die gesellschaftlichen Lebensbereiche

Bis hierher habe ich versucht, die Grundbedingungen zu beschreiben, die erfüllt sein müssen bzw. die wesentlich dazu beitragen, die Basis dafür zu schaffen, dass jemand ein zufriedenes, glückliches Leben führen kann. Nun geht es in die Einzelbereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die im Regelfall durch die Gesellschaft und deren politische Gremien gestaltet werden wie Wirtschaftssystem, Sozialsystem, Gesundheitssystem, Rechtssystem, Medien, politische Mitwirkung, Funktionshierarchien etc.

Auch für diese Teilbereiche beschränke ich mich im Wesentlichen darauf, Kernthesen zu formulieren. Denn meine Vorgehensweise geht immer von Grundprinzipien oder Grundannahmen aus, die eine Bedingung erfüllen müssen: Sie müssen geeignet sein, zu einem zufriedenen, glücklichen Leben beizutragen. Ist diese Frage zu bejahen, kann man in der Umsetzung immer weiter in die Tiefe gehen und dabei jeweils und immer weiter diese Frage stellen: Sind mit dieser Vorgehensweise oder mit diesem Inhalt die Voraussetzungen für ein zufriedenes Leben für ein einzelnes Mitglied der Gesellschaft erfüllbar bzw. erfüllt – oder nicht? Nur zu einzelnen Themen werde ich ins Detail gehen, nämlich dann, wenn ich eine besonders provokante These aufstelle, die bisherige Regelungen stark verändert oder ein Thema aufgreift, das mir persönlich besonders erläuterungsbedürftig erscheint.

Beginnen wir mit dem Wichtigsten, der Zukunft, und der Frage:

Machen Kinder glücklich?

Für Eltern ist das Thema oft bivalent. Zum einen liegt es in der Natur des Menschen, Kinder zu bekommen und eine neue Generation in die Welt zu setzen, was individuell sowohl bei Müttern als auch bei Vätern große Glücksgefühle auslösen kann. Andererseits bedeuten Kinder auch Belastungen: größere Verantwortung, Einschränkung der individuellen Freiheiten, aber auch materielle Einschränkungen. Auch auf die Paarbeziehung können sich Kinder sowohl positiv als auch negativ auswirken. Wichtig für ein positives Erleben von Elternschaft scheint mir eine gefestigte Persönlichkeit der Mutter bzw. des Vaters, die auf eigenen positiven Erfahrungen und einer generell positiven inneren Haltung ruht.

Für eine Gesellschaft sind Kinder das wichtigste Gut. Nicht nur, dass sich durch sie eine Gesellschaft fortwährend erneuert und damit überhaupt auf Dauer bestehen kann, eine neue Generation ist immer die Basis für neues Denken und für Entwicklung auf jeder Ebene. Insofern muss das Interesse jeder Gesellschaft auf folgende Grundprinzipien gerichtet sein:

- Kinder sind grundsätzlich gewollt und ihre Bedürfnisse werden anerkannt.
- Die Interessen von Kindern (nicht die der Erwachsenen in Bezug auf Kinder!) sind bei allen Gesetzen/Regelungen und deren Auswirkungen zu beachten.
- Die Entwicklung von Kindern muss auf allen Ebenen gefördert werden.
- Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein.
- Eltern mit Kindern sollen auf allen Ebenen gefördert, keinesfalls aber in irgendeiner Weise benachteiligt werden.

Stimmen Sie diesen Grundprinzipien zu?
--

Diese Prinzipien erfahren vielfältige Ausprägungen, von denen ich die aus meiner Sicht wichtigsten nachfolgend skizziere:

- Eltern, sowohl Frauen als auch Männern, darf in ihrer beruflichen Entwicklung kein Nachteil entstehen (Aus- und Wiedereinstieg ohne „Karriere“-Knick)
- Einkommensverluste sollten bis zu einer bestimmten Höhe für die Dauer von zwei Jahren ausgeglichen werden (z. B. durch Elterngeld).
- Keine negativen Auswirkungen auf Alterseinkommen durch Einkommensverluste während Erziehungszeiten; im Gegenteil: Bonuspunkte für Kinder (als künftige Träger des Rentensystems)
- Förderung familiengerechter Wohnungen (sowohl im „sozialen“ als auch im freien Wohnungsbau)
- Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe – und darf keinesfalls von der finanziellen Situation der Eltern abhängen – von der Kita bis zum Studium.
- Kinder sog. „bildungsferner Schichten“ bedürfen besonderer Unterstützung.
- Förderung und Verfügungsstellung von „Räumen“, in denen sich Kinder und Jugendliche altersstufengerecht bewegen und treffen können, körperliche und musische Aktivitäten leben und soziale Kontakte schließen können.
- Mehrkosten für Kinder müssen im Prinzip ausgeglichen werden (z.B. durch Kindergeld), wobei gilt: Je umfangreicher die gesellschaftlichen Leistungen für Einrichtungen und Aktivitäten sind, desto geringer kann der auf die einzelne Elternschaft gerichtete Geldbetrag sein. Dieser muss jedenfalls die Grundbedürfnisse abdecken.

Stimmen Sie diesen Forderungen zu?

Ich bin überzeugt davon, dass, wenn Kinder unter Beachtung dieser Grundprinzipien aufwachsen können, die Voraussetzungen für eine (relativ) unbeschwerte und im besten Fall glückliche Kindheit gegeben sind. Dies wiederum ist die

**Basis für ein
sinnerfülltes, selbstbewusstes, vielleicht glückliches Leben als Erwachsener.**

Wenn wir uns nun den Kindern näher zuwenden – und davon ausgehen, dass die äußeren Bedingungen für eine positive Entwicklung gegeben sind, geht es nun um Ziele, Formen und Inhalte von

Bildung und Erziehung

Wenn wir das Ziel einer Gesellschaft hin zu einer mit glücklichen Menschen verfolgen, ist als allererstes bei der Entwicklung von Kindern anzusetzen; denn diese sind als nächste Generation die Basis für die weitere Entwicklung. Also lautet die Kernfrage:

Welchen Menschen haben Bildung und Erziehung zum Ziel?

Um es mal mit provokanten Alternativen darzustellen:

- Leistung, Selbstoptimierung, materieller Erfolg sind der Weg zu einem guten Selbstwert und zu Glück und Zufriedenheit.
- Achtung vor den Institutionen, Gesetzen und den informellen Regeln der Gesellschaft sowie der Familie machen einen wertvollen Bürger aus. Diese Einordnung in die Gesellschaft gibt ein gutes Gefühl.

- Verständnis und Empathie für die Mitmenschen sind die wichtigsten Eigenschaften. Die eigenen Bedürfnisse sollten hintanstehen. Das eigene Ego zurückzustellen, macht einen Menschen wertvoll.
- Die äußere, materielle Welt ist nur eine Hülle. Entscheidend ist die innere Haltung. Spiritualität, Religiosität, der Glaube an ein höheres Wesen sind der Kern des menschlichen Seins und führen zu Glück und Zufriedenheit.

Aus jeder dieser Beschreibungen ist ein Dogma zu erkennen, was „man“ für richtig hält. Ich hingegen bin davon überzeugt, dass jedes Dogma die Entwicklung einer Gesellschaft einengt, bremst, letztlich die Potenziale von Menschen nicht zur Entwicklung kommen lässt.

Der einzelne Mensch hat aber ein ungeheuer großes Potenzial. Und jeder Mensch ist ein völlig eigenständiges Individuum, auch oder gerade wegen seines individuellen genetischen Codes. Jede Form von Erziehung und jeder Inhalt von Bildung sollte deshalb darauf ausgerichtet sein,

- das Potenzial eines Menschen zur bestmöglichen Entfaltung gelangen zu lassen,
- dabei alle möglichen Quellen offen zu legen und keine Dogmen vorzugeben,
- Verständnis für die Komplexität des Lebens zu wecken und
- kritisches Denken und Hinterfragen fördern.

Dies muss einhergehen mit einer Persönlichkeitsentwicklung, die

- eine positive Grundhaltung und Wertschätzung seiner selbst und von Mitmenschen zur Basis hat,
- verbunden mit dem Erlernen von konstruktiver Kommunikation.

<p>Stimmen Sie diesen Thesen zu?</p>

Die Kombination dieser Grundlagen sollte im besten Falle dazu führen,

- dass ein (dann mal erwachsener) Mensch ein Leben in voller Eigenverantwortung selbständig zu führen in der Lage ist,
- in dem er sein Potenzial so gut wie möglich entwickeln kann,
- gleichzeitig Achtung und Empathie für seine Mitmenschen hat
- und all dies in positiver, konstruktiver Weise kommunizieren kann.

<p>Damit ist die Grundlage gelegt, dass jeder aus seinem Leben das Beste machen und auf seine ganz eigene Weise glücklich werden kann.</p>
--

Dies ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür,

- dass der einzelne Mensch ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft wird. Denn Individualität und Gesellschaft schließen sich nicht aus, sondern – ganz im Gegenteil – bedingen und befruchten einander.

Abschließend noch ein kleiner Hinweis am Rande: Psychologische Studien zeigen, dass die Prägung eines Menschen Ende zwanzig, Anfang dreißig weitgehend abgeschlossen ist. Die Bearbeitung oder Veränderung dieser Prägungen und Verhaltensmuster in späteren Jahren ist sehr mühsam und trotz guten Willens oft nicht besonders erfolgreich. Man lernt dann meist „nur“ noch, damit umzugehen und sich so zu akzeptieren wie man ist (siehe Persönlichkeitsentwicklung).

Bildungsinhalte

Was sollte ein Kind, ein/e Jugendliche/r, ein/e Heranwachsende/r im Laufe der Schul- und Lernzeit eigentlich aufnehmen, um dem vorstehend formulierten Ziel nahe zu kommen?

Was die Inhalte einzelner Lernfelder (oder Fächer) angeht, wird es sicher immer interessante Diskussionen zwischen den Fachleuten geben. Dort sollen sie auch geführt werden. Was mir wichtig ist, sind wieder die grundsätzlichen Überlegungen:

Erziehung zur Selbständigkeit bedeutet z.B.:

- dass von früh auf die Neugier und die eigenständige Beschäftigung mit einem Thema gefördert wird,
- dass Methoden des Lernens gelehrt und gelernt werden,
- dass das Verstehen von Zusammenhängen wichtiger genommen wird als das Vermitteln von Detailwissen,
- dass der Grundsatz „Für das Leben lernen, nicht für die Schule bzw. die Prüfung“ konsequent gelebt wird (kein sog. Bulemie-Lernen),
- dass die sog. Allgemeinbildung, die einen lebensstüchtig machen soll, einen hohen Stellenwert genießt, z.B. zu Fragestellungen
 - Wie kann ich meinen Interessen im gesellschaftlichen Leben Ausdruck verleihen?
 - Wie funktionieren Medien? Wie gehe Ich damit um?
 - Wie funktioniert Wirtschaft? Wie übe ich als Teilnehmer* an dem ganzen Geschehen meine unterschiedlichen Rollen als Verbraucher*, als Arbeitnehmer*, als Geldanleger*, als Unternehmer* etc. aus?
 - Wie wichtig ist und was macht eine gesunde Lebensweise aus?

Stimmen Sie diesen Kernforderungen zu?

Was wäre Ihnen noch wichtig?

Wie schon erwähnt, gehört zur Basis des menschlichen Zusammenlebens die Vermittlung der Werte, die sich eine Gesellschaft gegeben hat, z.B. UN-Menschenrechtserklärung, Verfassung/Grundgesetz; aber auch der Werte, die sich im Laufe der Zeit entwickeln, z.B. die Notwendigkeit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie das Wertesystem, das wir in dieser Publikation diskutieren.

Eine weitere Grundlage ist das Erlernen von Kommunikation und die Interaktion mit meinen Mitmenschen. Hier steht am Anfang die Achtung des Gegenübers und das Zuhören können, dann das Artikulieren der eigenen Bedürfnisse und der eigenen Meinung, schließlich das lösungsorientierte, konstruktive Miteinander. In diesem Zusammenhang ist es ganz wichtig, zu erkennen und zu erlernen, welche Bedeutung und Mächtigkeit Sprache hat, sowohl im Positiven wie im Negativen (siehe hierzu auch die Ausführungen im Kapitel „Medien“).

Das Zusammenleben und Zusammenwirken von Menschen gelingt dann am besten, wenn jeder Einzelne einen gewissen Grad an persönlicher Reife und ein gesundes Selbstbewusstsein mitbringt bzw. entwickeln konnte. Insofern ist neben der Vermittlung von Bildung einer

Persönlichkeitsentwicklung

ein hoher Stellenwert einzuräumen. Hierbei spielen die Vermittlung und Verinnerlichung des gesellschaftlichen Wertekanons und die Fähigkeit zu konstruktiver Kommunikation eine große Rolle. Hinzu

kommen aber auch Werte wie eigene Meinung, innere Haltung und der zwischenmenschliche Umgang. Einerseits spielen hierbei „Vorbilder“ eine große Rolle, d.h. Eltern, Lehrer*, Vorgesetzte* etc. haben eine große Verantwortung. Andererseits bedarf es einer gewissen Eigeninitiative und Überwindung, sich mit den eigenen Verhaltensweisen, Reaktionsmustern, Ängsten auseinander zu setzen und die Kunst der Selbstreflexion zu erlernen und zu üben. Erfahrungsgemäß sind dies Themen, die sich erst als Erwachsener stellen bzw. zur Auseinandersetzung damit bereits eine gewisse Reife voraussetzen. Im Zusammenhang mit dem – bereits erwähnten – Umstand, dass die Prägung des Individuums mit Ende zwanzig weitgehend abgeschlossen ist, sollte diese Thematik in den Lebensjahren ab zwanzig parallel oder im Anschluss an die Berufsausbildung angegangen werden. Die Haltung der Gesellschaft zu solchen Themen der persönlichen Entwicklung sollte positiv besetzt sein und nicht als „Psycho-Macke“ diskreditiert werden. Insofern sollten Angebote dazu als positive Initiative gefördert werden. Denn erst ein Mensch, der sich selbst einigermaßen gut kennt, kann Empathie für andere entwickeln und mit seinen Mitmenschen in positiver Weise kommunizieren und interagieren. Keine Frage, dass dies nicht nur für partnerschaftliche Beziehungen gilt, sondern dass dies eine wichtige Grundlage für einen friedvollen und achtsamen Umgang von Menschen untereinander und Menschen mit ihrer Umwelt im weitesten Sinne darstellt.

Wie sind Ihre eigenen Erfahrungen?

Zu diesen beiden Themenbereichen „Bildung“ und „Persönlichkeitsentwicklung“ gehört auch noch ein bisher ausgesparter Teilbereich, nämlich der weltanschauliche Wertekanon. Dieser ist meist von religiösen Grundüberzeugungen (oder auch dem Gegenteil) geprägt. Da ich die Auffassung vertrete, jeder solle auf seine Weise glücklich werden, plädiere ich einerseits für große Toleranz in diesen Fragen, verlange aber gleichzeitig eine klare Grenzsetzung, wenn weltanschauliche Auffassungen mit dem gesellschaftlichen Wertekanon kollidieren. Dies gilt vor allem, wenn es um geistige und körperlich Unversehrtheit, insbesondere von Schutzbefohlenen handelt, also beispielsweise um indoktrinierende Erziehung oder Verweigerung von medizinischer Hilfe aus „Glaubens“-gründen o.ä.. Große Aufmerksamkeit ist auch geboten bei Weltanschauungen, die die persönliche Freiheit stark einengende Regeln beinhalten und Drohpotenziale enthalten, die Ängste schüren. Abgesehen von solchen Gefahren, kann eine positive weltanschauliche Grundhaltung durchaus einen wichtigen Beitrag zu einem als glücklich empfundenen Leben leisten.

Da eine Weltanschauung immer eine höchst persönliche Angelegenheit ist, sollte sie keinesfalls Bestandteil der durch die Gesellschaft organisierten Erziehung und Bildung sein, sondern ausschließlich durch Eltern und die jeweiligen Institutionen erfolgen. Die Gesellschaft hat „lediglich“, aber aufmerksam und konsequent Missbräuchen vorzubeugen bzw. auf Einklang mit dem gesellschaftlichen Wertekanon zu achten. Ob eine Gesellschaft bestimmte Weltanschauungen in ihren eigenen gesellschaftlichen Wertekanon hinein nimmt und diese damit zum Teil der Kultur werden, muss einem offenen gesellschaftlichen Prozess unterliegen.

Stimmen Sie dieser These zu?

Kommen wir zurück zur Bildung und machen uns ein paar Gedanken zu den Grundsätzen von

Didaktik und Methodik der Bildungsvermittlung

Einer der wichtigsten Grundsätze scheint mir zu sein: Lernen (und später arbeiten) in einem angstbesetzten Umfeld ist kontraproduktiv, d.h. Lernen soll tendenziell Freude machen. Aber gleichzeitig gilt: „Positiver“ Stress/Druck ab einem gewissen Alter ist hilfreich. Ich fühle mich gefordert, aber nicht überfordert – ein sehr subjektives Thema. Ich aktiviere vorhandene Ressourcen für „Neues“. Und das Wichtigste: Das Gefühl etwas (Besonderes/Neues etc.) geschafft zu haben, erzeugt unmittelbar

Glücksgefühle und hat tiefgreifende Wirkung. Diese positive Erfahrung wird gespeichert. Hierzu gehören auch ein positiver Umgang mit Fehlern und die Erfahrung, dass man an einer Aufgabe scheitern kann. Hier gilt es die Ursachen zu analysieren und aus Fehlern zu lernen. Wird jemand für Fehler übermäßig kritisiert oder gar persönlich verunglimpft, werden leider diese negativen Erfahrungen ebenso gespeichert. Die Balance zwischen fordern und überfordern zu finden, verlangt von denen, die Ziele vorgeben, großes Einfühlungsvermögen in die Fähigkeiten und Grenzen der Zielpersonen. Da diese sehr individuell ausgeprägt sind, sei an dieser Stelle schon einmal auf den weiter unten diskutierten Leistungsbegriff hingewiesen.

Als weiterer grundsätzlicher Aspekt sollte das sog. „gehirngerechte Lernen“ beachtet werden. Hierzu ist die Forschung noch relativ neu und es gibt divergierende Diskussionen, was genau darunter zu verstehen ist. Folgende Gesichtspunkte scheinen mir aber sehr plausibel: Neugier ist natürlich und sollte von früh auf gefördert und nicht behindert oder getadelt werden. Lernen mit allen Sinnen und durch Tun, d.h. Lernen durch eigene Erfahrungen ist nachhaltiger als abstrakte Wissensvermittlung. Auch Spiel und Theater gehören dazu. Lerninhalte sollten möglichst problembasiert und lösungsorientiert sein und sich auf praktische, reale Alltagsthemen beziehen. Außerdem ist die richtige Rhythmisierung von Anspannung und Entspannung wichtig für die Aufnahmefähigkeit. Und Faulheit ist ein natürlicher Impuls, der leichter durch spannende und interessante Inhalte überwunden wird.

Das Vermitteln von Bildung und Wissen sowie das Ermöglichen von Erfahrungen gehören zu den anspruchsvollsten und wichtigsten Aufgaben in einer Gesellschaft. Für die Persönlichkeitsentwicklung spielt zusätzlich jede Art von Vorbildern eine große Rolle. Dies kann jeder Mensch sein, zu dem der Heranwachsende in irgendeinem Bezug steht. Neben den Eltern sind es aber im Wesentlichen die Erziehenden und Lehrenden, die die Verantwortung für die Entwicklung der kommenden Generation tragen. Deshalb lautet meine Forderung:

In Erziehungs- und Bildungsberufe gehören die persönlich/menschlich Geeignetsten und didaktisch Besten.

Was heißt das? Erste Voraussetzung ist, dass Lehrberufe grundsätzlich hohes Ansehen in der Gesellschaft genießen, d.h. es muss einen Anreiz geben, diese Berufe auszuüben. Im weiteren Verlauf ist wichtig: Schon bei der Zulassung zum Beruf bzw. Studium sollten Persönlichkeitstests und nicht Schulnoten das wichtigste Kriterium darstellen. Das m.E. am Ende der Ausbildung Wichtigste ist eine gefestigte, reife Persönlichkeit mit tief gehender Selbsterfahrung, die nicht unbearbeitete eigene Verhaltensmuster, Prägungen und Defizite auf die Schützlinge projiziert oder gar auf deren Kosten auslebt. Sondern aus sich heraus eine Grundhaltung von Zugewandtheit und Empathie entwickelt hat. Hinzu muss die Fähigkeit zu positiver Kommunikation und Konfliktlösung kommen. Auf dieser menschlichen Basis baut dann die fachliche Kompetenz auf. Insofern müssen die Schwerpunkte der Ausbildung für alle Menschen in Erziehungs- und Bildungsberufen in Psychologie und Pädagogik liegen. Erst danach sollte die Differenzierung für die einzelnen Berufe, Altersgruppen, Schultypen etc. erfolgen. Des Weiteren ist auf eine praxisorientierte Berufseinführung mit enger Begleitung durch erfahrene Kollegen* und regelmäßiger Supervision Wert zu legen. Eine endgültige Zulassung zum Beruf sollte erst nach einer Praxiszeit von mindestens zwei Jahren erfolgen, wobei auch hier im Mittelpunkt stehen sollte, wie die künftige Erziehungsperson die Grundlagen von Erziehung und Bildung (s.o.) verinnerlicht hat und in der Lage ist, Interesse und Begeisterung für die Inhalte bei seinen Schützlingen zu erzeugen.

Welcher Art sind Ihre eigenen Erfahrungen?
Und die mit Ihren Kindern?
Was halten sie für wichtig?

Das Ziel sind Menschen in Erziehungs- und Bildungsberufen, die ihre Tätigkeit mit großer Freude und Engagement ausüben und die es selbst als großes Glück erleben zu sehen, wie sich ihre Schützlinge entwickeln. Last not least müssen sich die hohen Anforderungen an diese Berufe in einer entsprechenden Vergütung niederschlagen.

Damit jedes Kind sein individuelles Potenzial entwickeln kann, ist

Chancengleichheit

eine weitere wichtige Voraussetzung. D.h.: Unabhängig vom Einkommen oder vom sozialen Status seiner Herkunft(sfamilie) müssen jedem Kind grundsätzlich dieselben „barrierefreien“ Möglichkeiten des Zugangs zu Persönlichkeitsentwicklung und Bildung zur Verfügung stehen. Das setzt voraus, dass das Erziehungs- und Bildungssystem durchgängig kostenfrei ist. Stipendien oder andere soziale Ausgleichsmaßnahmen stellen m.E. schon eine Form der Diskriminierung dar. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die deshalb komplett aus Steuern finanziert werden sollte. Einzige Ausnahme stellen nach meiner Meinung Studiengebühren dar. Denn ein Studium kommt nur einem Teil der Menschen zugute und führt in der Regel zu einem späteren höheren Einkommen. Insofern könnte man die Studierenden an den Kosten beteiligen. Kostenpflichtige Kita und kostenfreies Studium – wie derzeit gehandhabt - drücken m.E. genau die falsche Priorität aus.

Stimmen Sie diesen Thesen zu?

Sozial bedingte Unterschiede wie beispielsweise Sprachentwicklung bei Migrationshintergrund, Konzentrationsschwächen oder Kontakthemmnisse können auf vielfältige Weise ausgeglichen werden. Voraussetzung ist große Aufmerksamkeit für das einzelne Kind und sein Umfeld. Und wenn erforderlich, ein – auch wiederholtes – Anstoßen von Aktivitäten und angebotenen Fördermöglichkeiten. Und so wie es eine Schulpflicht gibt, kann auch ein Kita-Pflichtbesuch für 1-2 Jahre unterstützend und hilfreich sein.

Außerdem bedarf es eines Bildungssystems das in der Lage ist, entwicklungsbedingte Unterschiede auszugleichen. Zum Beispiel muss das Schulsystem Spätentwicklern eine Chance geben oder verschiedene Wege bis zum Abschluss eines Studiums ermöglichen (2. Bildungsweg über berufliche Ausbildung).

Auch dann, wenn optimale Chancengleichheit realisiert werden kann, wird es naturgemäß Unterschiede im „Leistungsvermögen“ bzw. in der Ausbildung von Fähigkeiten der einzelnen Menschen geben. Deshalb ist es wichtig und hilfreich, sich mit dem Begriff

Leistung

genauer zu beschäftigen und entsprechende Konsequenzen für die Beurteilung von Menschen daraus zu ziehen.

Basis sind immer die individuellen Fähigkeiten, die jemand mitbringt. Und was er daraus macht. Es geht um die Aktivierung des individuellen Potenzials. Deshalb sollte Leistung immer daran gemessen werden, was jemand aus eigener Fähigkeit erbracht hat. Leistung ist immer individuell und relativ. Deshalb stellt eine Bewertung anhand sog. „objektiver“ Kriterien zwar eine mögliche Vergleichsgrundlage unterschiedlicher Fähigkeiten dar, wird aber einer Bewertung der individuellen Leistung nicht gerecht. Das heißt z.B. für Bewertungen in der Schule, dass ein bloßes Notensystem nur Teil einer Beurteilung der Gesamtpersönlichkeit darstellt. Deshalb ist in jedem Fall immer anzustreben,

qualitative und individuelle Bewertungsmaßstäbe mit einzubeziehen. Außerdem sollte bei einer Bewertung immer berücksichtigt werden, dass es Einflüsse von außen geben kann, die sich auf die Entwicklung des Kindes bzw. des Menschen auswirken.

Wenn all diese Prinzipien umgesetzt sind, ist das Wichtigste geschafft. Das Erziehungs- und Bildungssystem ist vom Kopf auf die Füße gestellt. Es gibt eine neue Generation von Menschen, die selbstverantwortlich ins Erwachsenenleben treten, gelernt haben, auf sich und auf das Gemeinwohl zu schauen, die ihre Mitmenschen achten und unterschiedliche Ansichten, Konflikte und Problemlösungen auf konstruktive Weise kommunizieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, habe ich dem Themenbereich „Erziehung und Bildung“ einen breiten Raum gegeben und bin tiefer in Teilaspekte eingestiegen als dies in den weiteren Bereichen der Fall sein wird. Gelingt die Umsetzung der diskutierten Prinzipien im Bildungsbereich, ist der Weg geebnet für eine Transformation der Gesellschaft hin zu einer Gesellschaft mit glücklichen Menschen.

An der Diskussion zu diesem Thema wird sich zeigen, ob die Gesellschaft bereit ist, ganzheitlich zu denken. Wenn es gelingt, über diesen elementaren Bereich Konsens zu erreichen, ist die Umsetzung der grundlegenden Werte in den anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen vermutlich deutlich leichter; denn dann ist die Basis schon gelegt.

Fahren wir fort mit einem vermutlich einfachen Bereich, über den gesellschaftlich relativ leicht Konsens herzustellen ist, dem

Rechtssystem.

Das Rechtssystem in der Bundesrepublik Deutschland und in der westlichen Welt ist sicher hoch entwickelt und erfüllt in hohem Maß den Anspruch nach Regelgerechtigkeit. Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich und wird gleich behandelt. Die Justiz ist (weitestgehend) unabhängig.

Aber bereits bei der Berufung oder Wahl von Richter*ⁿ gibt es Unterschiede in westlichen Gesellschaften. Auch Richter* sind nur Menschen. Hier gilt Vergleichbares wie in den Erziehungsberufen. Eine gefestigte Persönlichkeit, die nicht eigene Probleme und Sichtweisen auf das jeweilige Gegenüber projiziert, und jeden mit der Justiz in Berührung Kommenden zunächst als achtenswerten Menschen ansieht, ist eine wesentliche Voraussetzung für „objektives“ Urteilen. Insofern sind ähnliche Maßstäbe bezüglich der psychologischen und menschlichen Seiten der Lehrberufe auch beim Richterberuf anzulegen.

Wichtig ist jedenfalls ein mehrstufiges Justizsystem (Revisionsmöglichkeiten). Die bisher angewandten Zivil-Verfahren könnten m.E. aber noch verbessert werden, durch ein vorgeschriebenes außergerichtliches verpflichtendes Vorverfahren. Stufe 1: Mediation (Vermittlung mit freiwilliger Einigung); Stufe 2: Schiedsverfahren (Vermittlung mit Entscheidung). In diesem Sinne sollte auch das Ombudsmann/frau-System, in dem Verbraucher* gegen Organisationen außergerichtliche Unterstützung anfordern können, ausgeweitet und verpflichtend vorgeschrieben werden. Beides fördert den Weg zu einem friedlicherem Umgang miteinander (Interessenausgleich und Konsenslösungen) und zu einer einfacheren, kostengünstigeren Lösung von Konflikten und trägt zur Entlastung der Gerichte bei.

Außerdem sollte die Chancengerechtigkeit zwischen großen Organisationen und einzelnen Betroffenen noch mehr zur Geltung kommen in Bezug auf Minderheitenschutz und Kostenrisiken. Beispiele: Klagerecht für Verbände, Zulässigkeit von Sammelklagen und Prozesskostenhilfe unter bestimmten Voraussetzungen.

Ob es grundsätzlich sinnvoll wäre, auf Regelungstiefe zugunsten klarer Prinzipien in den Gesetzen zu verzichten, ob und inwieweit Gesetze nach Widersprüchlichkeiten oder bezüglich eindeutiger Formulierungen durchforstet werden sollten, müssen Fachleute beurteilen und vorschlagen. Wichtig erscheint mir als juristischem Laien, dass bei richterlichen Entscheidungen nicht nur die formalen Inhalte von Gesetzen und Verfahrensregeln berücksichtigt werden, sondern der sog. „gesunde Menschenverstand“, also die Frage nach den Inhalten und dem von den Beteiligten Gewollten mit entsprechender Gewichtung in Entscheidungen einfließt.

Bevor wir uns den Bereichen zuwenden, wo es um die freien Entscheidungen des Einzelnen geht, will ich zunächst noch die Bereiche beleuchten, die die Gesellschaft als gemeinschaftliche Aufgaben ansieht bzw. aus übergeordneten Gründen übergeordnete Regelungen zu treffen sind. Als nächstes beschäftigen wir uns deshalb mit Sozialsystemen und zwar als erstes mit dem staatlich organisierten.

Sozialsysteme

Ein staatliches Sozialsystem hat die Aufgabe einer Grundsicherung für die Menschen zu übernehmen, die ihrer Eigenverantwortung nicht (mehr) gerecht werden können, wobei es m.E. keine Rolle spielen darf, ob jemand unverschuldet oder aus eigenem Verschulden in eine Notlage gekommen ist. Not ist Not. Diese Grundsicherung muss umfassen, was zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben notwendig ist:

- Humane Lebensbedingungen
- Erfüllung der physiologischen Grundbedürfnisse
- eine materielle Absicherung gegen nicht kalkulierbare Lebensrisiken
- Erfüllung immaterieller Bedürfnisse, z.B. Teilhabe und soziale Kontakte

Wie diese Grundsicherung organisiert wird, lasse ich bewusst offen. Die Würde des Menschen muss in jeden Fall gewahrt werden, z.B. bezüglich der Wohnsituation. Und dem Menschen muss so viel eigene Entscheidungsfreiheit wie möglich eingeräumt werden. Auch wenn er in Not geraten ist, darf er nicht als Bittsteller behandelt werden. Er hat ein Recht auf Grundsicherung. Und ein Detail scheint mir noch wichtig: Alle Vorsorgemaßnahme, die der Betroffene für sein Alter getroffen hat, bevor er in Not geraten ist, dürfen bei der Prüfung der Not- und Vermögenssituation nicht angetastet werden.

Exkurs: Asyl

Eine der elementarsten Notsituationen ist, wenn man sich seines Lebens nicht mehr sicher sein kann und man sich vor Verfolgung oder Tod nur durch Flucht zu retten erhofft. Flüchtlinge haben Anspruch auf Schutz gem. der Genfer Flüchtlingskonvention. Unabhängig davon ist es ein Akt der Solidarität, Menschen in Not zu helfen. Und bei allen Maßnahmen, steht die Würde des Menschen an oberster Stelle.

Am Beispiel der Flüchtlingsströme der letzten Jahre nach Europa lässt sich aber leider beobachten, wie es nicht laufen sollte. Von Solidarität innerhalb der Länder der EU keine Spur. 2015 finden sich keine Aufnahmewilligen. Fast nicht zu bewältigende Flüchtlingsströme werden einfach nach Deutschland durchgeschleust. Und damals wie heute werden die Länder mit den Außengrenzen der EU im Stich gelassen und sind mit den Massen an Flüchtlingen überfordert. Die Würde der Flüchtlinge wird mit Füßen getreten.

Schwierig bei der Frage, wer als Flüchtling anerkannt werden kann, ist die Beurteilung, ob es sich bei einem Antragsteller auf Asyl nicht „nur“ um einen Wirtschaftsflüchtling handelt. Dieser mag zwar auch in Not gewesen sein – oder sich einfach nur bessere Chancen auf mehr Wohlstand erhofft haben – aber die Notsituation ist sicher nicht so elementar. Diese Fälle müssen anders betrachtet werden. Und sollten im Rahmen einer bewussten Migrationspolitik geregelt werden.

Exkurs: Migrationspolitik

Das Thema Migration ist keine Frage der Solidarität, sondern zum einen eine Frage, wie offen eine Gesellschaft gegenüber Menschen aus anderen Ländern oder Kulturkreisen ist, und zum anderen, ob man Impulse von außen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich als wertvoll erachtet. Manchmal ist es zunächst auch nur der Bedarf an Arbeitskräften, der die Türen öffnet. Aber wie die Erfahrung zeigt: Oft bleiben die auf Zeit gesuchten Arbeitskräfte auf Dauer und integrieren sich mehr oder weniger in die Gesellschaft. Eine Gesellschaft muss also entscheiden, welche

Ziele sie in Bezug auf die Öffnung für „Fremde“ verfolgt und muss entsprechende Regeln aufstellen. Diese Regeln können beinhalten, dass die aufzunehmenden Personen grundsätzlich in der Lage sind, ihr Leben selbständig zu führen und nicht von vorneherein von den bestehenden Sozialsystemen unterstützt werden müssen (z.B. Beschäftigung gesichert). Oder wie stark das Interesse an einer echten Integration ausgeprägt sein sollte (z.B. Sprachkenntnisse). Usw. Grundsätzlich aber sollte gelten: Diese Menschen haben prinzipiell alle Rechte und Pflichten wie die eigene Bevölkerung (mit Ausnahme eines Wahlrechts innerhalb einer festgelegten Anfangsphase).

Als zweites gibt es für jeden Menschen Bereiche oder Ereignisse, in oder aus denen voraussehbare, aber unkalkulierbare Lasten entstehen können. Hierzu können Solidarsysteme nach dem Versicherungsprinzip eingeführt werden, z.B.

- bei Krankheit und für Gesunderhaltung
- bei Pflegebedürftigkeit
- bei Erwerbs- /Berufsunfähigkeit
- bei Arbeitslosigkeit

Solche Solidarsystem sollten so ausgebildet sein, dass möglichst viele (oder alle) in diese Systeme Beiträge in einer (tragbaren) Höhe einzahlen, die Lasten so auf viele Schultern verteilt werden und damit die notwendigen Leistungen für die jeweils Betroffenen erbracht werden können. Bei der Bemessung der einzelnen Beiträge sollte das Leistungsfähigkeitsprinzip (siehe Gerechtigkeit) zur Anwendung kommen.

Exkurs: Gesundheitssystem und Krankenversicherung

In diesem Bereich wird die Bedeutung eines funktionierenden Solidarsystems am besten deutlich. Für jeden Menschen ist Gesundheit die wesentliche Voraussetzung für Glück und Zufriedenheit. Ohne Gesundheit ist alles nichts. Insofern hat jeder Mensch deshalb neben seiner Selbstverpflichtung, möglichst gesund zu leben, ein Bedürfnis und auch ein Recht auf Gesundheit und bestmögliche Behandlung – ohne Ansehen der Person; denn jeder Mensch ist in seinem Mensch-Sein gleich viel wert. Deshalb darf es auch keine Unterschiede in der Behandlung geben, also keine Zwei-Klassen-Medizin. Die Behandlung, die sich nach strenger wissenschaftlicher Erfolgskontrolle als „best practice“ herausgestellt hat und als solche von einer unabhängigen (!) Kommission bestimmt wurde, muss jedem uneingeschränkt zur Verfügung stehen (siehe hierzu: Gesundheitssystem). Krank zu werden ist ein nicht kalkulierbares Lebensrisiko, das bei wirklich ernsthaften Erkrankungen zu Kosten führen kann, die ein Einzelner nicht zu tragen in der Lage ist. Glücklicherweise erkrankt nicht jeder. Das Risiko aber hat jeder. Ein typischer Fall für ein Solidarsystem, wie es jede Art von Versicherung darstellt, und das umso besser funktioniert und für den Einzelnen umso günstiger ist, je breiter es aufgestellt ist. Die Konsequenz: Nachdem jeder die gleiche, bestmögliche Behandlung bekommen soll, muss es einen einheitlichen Tarif geben, der diese Leistungen beinhaltet. Und in diese Versicherung müssen alle einzahlen. Unter Berücksichtigung des Leistungsfähigkeitsprinzips bedeutet dies einen bestimmten Prozentsatz des jeweiligen zu versteuernden Einkommens, wobei man sich durchaus vorstellen kann, diesen Beitrag ab einer gewissen Höhe degressiv zu gestalten. Dies nennt sich dann wohl Bürgerversicherung oder besser „Bürger-Gesundheits-Tarif“; denn es kann durchaus weiterhin mehrere Krankenkassen (besser: Gesundheitskassen) geben, die alle diesen Tarif anbieten müssen, sich aber darüber hinaus in verschiedener Weise differenzieren können. Z.B. in Art und Umfang von Vorsorgeleistungen, alternativer Medizin, Psychotherapie, Kuren, Nachlässen bei Selbsthalten oder Beitragsrückerstattungen bei Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen etc. Ganz abgesehen davon, dass es natürlich Zusatzversicherungen jeglicher Art für Luxus-Einrichtungen oder Luxus-Leistungen jeglicher Art geben kann.

Stimmen Sie dieser These zu?

Drittens ist im staatl. Sozialsystem der Ausgleich von Leistungen in unterschiedlichen Lebensphasen, also ein Generationenausgleich zu organisieren. Die jeweils aktuell Erwerbstätigen erzielen Einkommen und können daraus über Steuern, Abgaben oder Beiträge z.B. die Ausbildung der nächsten Generation finanzieren. Diese wird dann zur nächsten erwerbstätigen Generation. Gleichzeitig sichert beim derzeitigen Rentensystem auch die jeweils aktuelle erwerbstätige Generation das Auskommen der vorangegangenen Generation, was diese ihrerseits bereits für die ihr vorangegangene Generation getan hat.

Exkurs: Rentensystem

Im Gegensatz zur Krankenversicherung sind bei der Rente keine unkalkulierbaren Risiken abzuschließen, sondern ganz im Gegenteil: Hierbei geht es um einen klar kalkulierbaren Vorsorgevorgang für das Einkommen im Alter auf der Grundlage der Einkünfte während des Erwerbslebens. Im freien Wirtschaftsleben und bei voller Eigenverantwortung würde dieser Vorgang so organisiert werden, dass jeder Einzelne während seines Erwerbslebens Geld zurücklegt (das sich ev. verzinst) um im Alter aus diesen Rücklagen zu leben. Dies ist mit Verzinsungs- und Verlustrisiken verbunden. Insofern ist das staatl. organisierte Rentensystem der im Prinzip bessere Weg, nämlich, dass die jeweils aktive Erwerbsgeneration die Alterseinkommen der Vorgängergeneration(en) finanziert. Das Problem dabei ist, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. D.h. es muss ein Ausgleich gefunden werden zwischen den Beiträgen, die die Aktiven einzahlen – und welchen Anteil dies vom aktuellen Einkommen ausmacht – und den Beträgen, die die Rentner bekommen – und wie hoch diese Beträge absolut und im Verhältnis zu ihren früheren Einzahlungen sind. Dies ist zunächst kein Solidaritätsthema, sondern reine Mathematik.

Ausgangs- und Zielpunkt aller Berechnungen sollte m.E. die Mindesthöhe einer Rente sein, die ein auskömmliches Leben im Alter ermöglicht (siehe Grundbedürfnisse). „Auskömmlich“ sollte dabei nicht mit der Grundsicherung verwechselt werden. Hierbei wird z.B. der Zusammenhang mit einer entsprechenden Wohnungs- bzw. Bodenpolitik deutlich (siehe Details ab Seite 53), da derzeit der Kostenblock Wohnen einen (zu) großen Anteil des verfügbaren Einkommens wegfrisst. Da diese Kosten Fixkosten darstellen, würde sich eine Reduzierung sowohl während des Erwerbslebens als auch im Alter unmittelbar auf das verfügbare Einkommen auswirken – und damit sowohl auf die erforderliche Mindesthöhe der Rente und die dafür notwendigen Einzahlungen ins Rentensystem.

Das staatl. organisierte Rentensystem sollte deshalb nur diese Grundfunktion und die Aufgaben der „richtigen“ Berechnung von Beiträgen und Renten und die Sicherheit der Zahlungsflüsse umfassen. Jede weitere Altersvorsorge sollte den privaten Entscheidungen des Einzelnen überlassen bleiben.

Eine weitere Ausprägung als Solidargemeinschaft sollte das Rentensystem insofern zusätzlich erfahren, dass aus Steuermitteln gesellschaftlich gewünschte Effekte finanziert werden, z.B. Kindererziehungszeiten oder Pflegezeiten als fiktive Einzahlungszeiten gerechnet werden und damit zu Rentenzahlungen führen. Außerdem muss die Grundsicherung natürlich auch den Personenkreis umfassen, der (aus welchen Gründen auch immer) nicht in der Lage war Erwerbseinkommen in einer Höhe und Dauer zu erzielen, wie es den allgemeinen Berechnungen zugrunde liegt. Dies ist die Fortführung der Grundsicherung auch im Rentenalter.

Schließlich ist wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Sozialsystems, dass alle Gemeinschaftsaufgaben gemeinschaftlich finanziert werden müssen. Dies geschieht durch Steuern, Abgaben und Beiträge (siehe Steuersystem).

Gemeinschaftsaufgaben

Die Bestimmung, was staatlich organisiert werden sollte, ist einer der wichtigsten und zugleich umstrittensten Bereiche im gesellschaftlich-politischen Prozess, da hier die Denkschulen von absolutem „laissez-faire“ und der Freiheit des Einzelnen bis zu kommunistischen Organisationsformen aufeinanderstoßen.

Es ist deshalb wichtig, sich an dieser Stelle nochmals zu erinnern, was beim Thema Bildung und Erziehung für ein Menschenbild vor Augen stand: Ein Mensch, der sein Potenzial entwickeln konnte und der selbstverantwortlich handelt; gelernt hat, auf sich und auf das Gemeinwohl zu schauen; der seine Mitmenschen achtet und deren unterschiedliche Ansichten; der Konflikte und Problemlösungen auf konstruktive Weise kommuniziert.

Diesen Menschen sollte man also zutrauen, Bereiche des Zusammenlebens in einer Gesellschaft in vielen Fällen „privat“ zu organisieren, also ohne staatlichen Überbau, aber natürlich unter Beachtung der gemeinschaftlich getroffenen Regelungen. Der Autor neigt also zu einem: „So viel Staat wie nötig, so viel Privat wie möglich.“

Zwingend scheinen folgende Bereiche einer staatlichen Führung und Organisation zu bedürfen:

- Das grundsätzliche politische System, in dem die gemeinschaftlichen Regelungen erarbeitet und beschlossen werden (Gesetzgebung)
- Das Rechtssystem (zur Sicherstellung, dass alle Prinzipien umgesetzt werden)
- Steuersystem (Finanzbehörden)
- Öffentliche Ordnung (Aufsichtsbehörden zur Überwachung von Regelungen)
- Öffentliche Verwaltung (Organisation und Durchführung hoheitlicher Aufgaben)
- Innere Sicherheit (Polizei)
- Vorsorge für Datensicherheit (Netze und Gesetze)
- Vorsorge für außergewöhnliche Gefahren, die die Gesamtbevölkerung betreffen können, z.B. Reaktorunfälle, Epidemien, sonstige Notstände
- Äußere Sicherheit (Einbindung/Teilhabe in übernationalen Organisationen; gfls. Militär)

Folgende Bereiche könnten sowohl staatlich als auch privat organisiert werden, wobei bei einer privaten Organisation seitens des Staates verbindliche Vorgaben bezüglich Quantität, Qualität und Sicherheit gemacht und die Einhaltung der Vorgaben genauestens beaufsichtigt werden müssten:

- Infrastruktur:
 - Verkehr (Flughäfen, Schienen, Straßen, ÖPNV)
 - Versorgung (Wasser, Strom, Telekommunikation und Internet)
 - Entsorgung (Abwasser, Abfälle)
- Bildungssystem:
 - Struktur und Organisation
 - Einrichtungen
 - Wesentliche Inhalte (z.B. Lehrpläne)
 - Prüfungswesen (zwingend staatlich)
- Gesundheitssystem
 - Bedarfspläne für Einrichtungen
 - Bedarfspläne für Ärzteversorgung und andere Heilberufe
 - Prüfung und Zulassung von Arzneimitteln und Behandlungsmethoden
 - Prüfung und Zulassung von Personen (Bildung) und Einrichtungen
 - Wissenschaftlich basierte Erfolgskontrolle von Heilmaßnahmen (best practice)

Stimmen Sie diesen Thesen zu?

- Öffentlich zugänglich Informationen über Heilmaßnahmen und Einrichtungen

Die Gemeinschaft muss auch gewährleisten, dass die materiellen/physiologischen Grundbedürfnisse von Menschen erfüllt werden. Es kann sein, dass dazu der Erlass von Regelungen und die Zurverfügungstellung von Strukturen nicht ausreichen. Nicht für jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens findet sich eine private Initiative. In solchen Fällen muss die Gemeinschaft in Form einer staatlichen Organisation zur Verfügung stehen. Beispiel: Wohnen für Menschen mit geringem oder ohne Einkommen.

Die Organisation des Zusammenlebens der Menschen in einer Gesellschaft ist deshalb wichtig, weil dies zum einen für den Einzelnen einen Rahmen gibt, innerhalb dessen er sich entfalten kann und zum anderen, weil dieser Rahmen Sicherheit gibt. Beide Aspekte decken wichtige soziale Grundbedürfnisse ab.

Die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben kann auf verschiedene Weise erfolgen. Alle sog. hoheitlichen Aufgaben, die zwingend staatlich organisiert werden, sowie im Regelfall alle Investitionen in öffentliche Infrastruktur, die von allen Menschen prinzipiell genutzt werden, werden üblicherweise über Steuern finanziert. Alle staatlichen Leistungen, die individuell in Anspruch genommen werden, sollten über Abgaben und Gebühren – zumindest anteilig – finanziert werden. Alle Leistungen, die auf konkrete Nutzungen umgelegt werden können, z.B. Versorgungs- und Entsorgungsleistungen, aber auch die Nutzung von Verkehrsinfrastrukturen, sollten weitestgehend über Verbrauchsentgelte finanziert werden.

Selbstverständlich müssen alle staatlichen Handlungen sowohl einer parlamentarischen als auch einer rechtlichen Kontrolle unterliegen. Diese gilt insbesondere auch für besonders sensible Bereiche wie Polizei und Geheimdienste o.ä. oder in Fällen, in denen aus Sicherheitsgründen Grundrechte eingeschränkt oder ausgesetzt werden.

Neben den staatlichen Sozialsystemen gibt es natürlich im privaten gesellschaftlichen Bereich eine Vielzahl an Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Gestaltung des sozialen Miteinanders und des Tragens von Risiken. Ein Beispiel sind jegliche Arten von Versicherungen. Ein anderes: Vereine und Interessensgemeinschaften. Ob Gewerkschaft oder Sportverein, ob Fanclub oder Büchertauschregal, ob Volkshochschule oder einfach ein Freundeskreis, die Möglichkeiten für das soziale Miteinander von Menschen ist so vielfältig wie das Leben selbst.

Nicht zuletzt gilt das Prinzip Solidarität natürlich innerfamiliär: Wer kann, hilft dem der braucht. Z.B. bei der Kinderbetreuung oder bei der Altenpflege.

Da der Mensch ein soziales Wesen ist, ist dieser beschriebene soziale Zusammenhalt, das Organisieren des Gemeinsamen, das gemeinsame Erleben ein ganz wichtiger Bereich für Glück und Zufriedenheit. Einerseits gibt dies Sicherheit. Und andererseits erlebt man viele glückliche Momente nur beim Zusammensein mit anderen. Und Freunde zu haben, ist ein großes Gut.

Politisches System

Wir haben eingangs festgehalten, dass ein wichtiges Grundbedürfnis von Menschen ist: Teilhabe. Teilhabe durch soziale Kontakte was die zwischenmenschliche Seite betrifft, aber auch Teilhabe an den Entscheidungsprozessen auf gesellschaftlicher Ebene. Wer sich nicht eingebunden, sondern ausgeschlossen fühlt, wird sich frustriert zurückziehen, innerlich „kündigen“, auf „die da oben“ schimpfen, mit hoher Wahrscheinlichkeit sehr unzufrieden sein – und tendenziell diesen „Staat“ bekämpfen.

Entscheidend für ein gutes Gelingen eines Miteinander und eines Verständnisses für gesetzliche und sonstige Regelungen ist insofern eine gute, transparente Organisation von Entscheidungsprozessen in einer Gesellschaft und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen – und zwar auf allen Ebenen und zu allen Themen.

Möglichkeiten der Mitwirkung

In den „modernen“ Demokratien sollte es deshalb neben den Wahlen von Repräsentanten* für bestimmte Zeiträume (Legislaturperioden) auch die Möglichkeiten direkter Mitwirkung geben. Dies gilt nicht nur für Abstimmungen, z.B. bei Bürger-/Volksentscheiden, sondern bereits weit im Vorfeld bei der Meinungsbildung und für die konkrete Erarbeitung von Lösungen und Gesetzesvorlagen. Es hat sich in vielen Beispielen herausgestellt, dass es neben dem in komplexen Themen sicherlich notwendigen spezifischen fachlichen Sachverstand (von Experten) auch auf den praktischen, sog. „gesunden Menschenverstand“ ankommt, der aus vielfältiger Erfahrung und aus Empfindungen für Recht und Gerechtigkeit gespeist ist. Ute Scheub stellt in ihrem dünnen Büchlein „Die unvollendete Demokratie“ eine Fülle an Beispielen gelungener Mitwirkungsmöglichkeiten dar.

Auch bei Abstimmungen gibt es eine Reihe „moderner“ Methoden, die die Nachteile von reinen Ja/Nein-Entscheidungen überwinden. Jeder kann nachvollziehen, wie er sich fühlt, wenn er Mehrheitsentscheidungen akzeptieren muss, wenn er zur Minderheit gehört und diese Minderheit vielleicht sogar 49 % ausmacht (Aussage eines früheren bekannten Politikers: „Opposition ist Mist!“). Eine sehr überzeugende und schon vielfach erfolgreich angewandte Methode ist beispielsweise die des „Systemischen Konsensierens“. Dabei wird für jeden Lösungsansatz bei der Abstimmung der Wert des Widerstands (1-10) ermittelt (1: Diese Lösung trage ich voll mit / 10: Diese Lösung lehne ich komplett ab). Die Lösung mit dem geringsten Widerstand (aller Abstimmenden) ist damit die Lösung mit dem höchsten Konsens. Diese Methode wurde von zwei Östreichern, den Herren Eric Visotschnig und Siegfried Schrotta, Anfang der 2000er Jahre nach langer Entwicklungszeit für den praxisnahen Einsatz vorgestellt.

Was meinen Sie dazu?

Prinzipien für Verantwortung und Zuständigkeit

Bei der Organisation gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse ist enorm wichtig, darauf zu achten, dass nie über die Köpfe von Betroffenen entschieden wird. Als Wichtigstes und Erstes ist deshalb bei allen Entscheidungsprozessen zu klären: Wer ist zuständig? Wer entscheidet am Ende? Wer ist betroffen? Und das Zweite ist: Wer muss alles am Entscheidungsprozess beteiligt werden?

Zuständigkeiten sind im Rahmen eines demokratischen Prozesses festzulegen, wobei das Grundprinzip der Subsidiarität anzuwenden ist. D.h. dass Aufgaben möglichst von der kleinsten bzw. untersten Ebene gelöst werden sollen und die nächst höhere Ebene erst dann ins Spiel kommt, wenn es weitere Beteiligte außerhalb der ersten Ebene gibt. Dabei ist auch darauf zu achten, dass die jeweilige Ebene

sowohl die Organisationsform, die Kompetenz und die finanziellen Mittel hat, um ihre Aufgaben zu lösen.

Deshalb gilt im politischen System parallel das sog. Konnexitätsprinzip. Das besagt: Die jeweils zuständige Ebene oder Institution entscheidet über Aufgaben und deren Finanzierung innerhalb der eigenen Finanzhoheit selbst und allein.

Bei der Festlegung der Zuständigkeiten ist also gleichzeitig sicherzustellen, dass die jeweilige Ebene die Finanzmittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben aus dem Gesamtsystem erhält bzw. in die Lage versetzt wird, selbst Finanzmittel einzuheben.

Folgende Beispiele sollen die genannten Prinzipien verdeutlichen, aber auch mögliche Zielkonflikte aufzeigen:

Exkurs anhand von Beispielen:

- Ein Paar, eine Familie will in Urlaub fahren. Es gibt unterschiedliche Interessen hinsichtlich Inhalten, Ziel und Zeitpunkt. Außerdem steht nur ein bestimmtes Budget zur Verfügung. Es ist also erforderlich, sich abzustimmen, auf einander Rücksicht zu nehmen, Lösungen zu finden, die für jeden akzeptabel sind. Und alle Betroffenen dürfen dabei mitreden und sich einbringen.
- In einer Gemeinde besteht Bedarf für eine weitere KITA, eine zusätzliche Sporthalle und einen Rasenplatz, einen neuen „Abenteuer“-Spielplatz. Diese Aufgaben sind augenscheinlich reine Gemeindeangelegenheit. Sie sind also durch den Gemeinderat letztlich zu entscheiden. Es steht aber nur ein begrenztes Budget zur Verfügung. Es müssen also Prioritäten gesetzt werden. Bei der Entscheidungsfindung könnten beispielsweise neue Formen der Bürgerbeteiligung erprobt werden. Dass die Gemeinde grundsätzlich über entsprechende Einnahmen/Steuern verfügen muss, um die in ihrer Verantwortung liegenden Belange ordentlich regeln zu können, ist eine wesentliche Voraussetzung, die aber auf einer anderen Ebene (Bundesland/Bundesrepublik) entschieden wird. Hierbei ist im politischen System der Gemeinde ein entsprechendes Mitspracherecht einzuräumen. Sie ist schließlich Betroffene.
- Ergänzend: Außerdem soll das Mobilitätsangebot zur nächsten Kreisstadt und zum nächsten Bahnverkehr erweitert werden. Hierzu ist es vermutlich sinnvoll, die Nachbargemeinden bzw. den ganzen Landkreis einzubeziehen.
- Am Beispiel der Einführung des G8 in Bayern (oder auch anderswo) ist deutlich geworden, wo es hinführen kann, wenn man die Betroffenen (Eltern, Schüler, Lehrende) nicht oder nur unzureichend in die Vorbereitungs- und Entscheidungsprozesse einbezieht.
- Die Bildungspolitik in Deutschland selbst stellt ein Paradebeispiel dafür dar, welche Zielkonflikte es geben kann, wenn die Zuständigkeit bei den Ländern liegt. (Stichworte: unterschiedliche Schulsysteme, Schulwechsel erschwert; unterschiedliche Anforderungsprofile, unterschiedliche Wertigkeit der Abschlüsse etc.)
- Zur Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben bedarf es eines gemeinschaftlichen Systems der Finanzierung. Diese erfolgt i.d.R. durch Steuern und Abgaben. Sowohl die Festlegung, welche Ebene für welche Aufgaben zuständig ist als auch die Entwicklung eines übergeordneten Steuersystems ist also zwangsläufig eine Aufgabe, die (in Deutschland) auf Bundesebene angesiedelt sein muss. Hierbei müssen aber die durch die Aufgabenerfüllung Betroffenen (Gemeinden, Landkreise, Länder) beteiligt werden.
- Auf europäischer Ebene sollte tatsächlich nur das geregelt werden, was zu den Themen gehört, auf die man sich geeinigt hat, sie gemeinsam zu lösen. Das kann z.B. die Sicherstellung der Ernährung der europäischen Bevölkerung sein – und damit einheitliche Regeln für die Erzeugung von Lebensmitteln, den Umgang mit Böden, den Verbraucherschutz etc.

- Dass es zwischen übergeordneten Regelungen und örtlichen Bedürfnissen zu Zielkonflikten kommen kann, zeigen zwei einfache Beispiele:
- Sogenannte Einheimischen-Modelle von Gemeinden sehen vor, dass schon länger in einer Gemeinde Wohnende Baugrundstücke von der Gemeinde zu vergünstigten Konditionen erwerben oder pachten können. Dies kollidiert mit den auf europäischer Ebene vereinbarten Rechten auf Niederlassungsfreiheit und Nicht-Diskriminierung, heißt: Jeder Europäer hat die gleichen Rechte und darf nicht besser oder schlechter gestellt werden als ein anderer, was aber bei einem Einheimischen-Modell der Fall ist.
- Im Interesse einer Gemeinde oder eines Landkreises steht, die einheimische Wirtschaft zu stärken (Arbeitsplätze, Steuern). Bei der Vergabe von Aufträgen kollidiert dies aber mit der Pflicht zu einer europaweiten Ausschreibung (rein bezogen auf das Auftragsvolumen) ohne Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten.
- Das oben angesprochene Thema Steuern beschränkt sich bezüglich der Steuern für Unternehmen nicht nur auf ein Land, sondern bedarf zumindest einer europäischen Vereinbarung über Mindeststeuern und das Ausschalten von sog. Steueroasen, da ansonsten der Wettbewerb um den Standort mit den geringsten Steuern von global operierenden Unternehmen (nachvollziehbar) gnadenlos zugunsten der eigenen Gewinnmaximierung ausgenutzt wird.
- Letztes Beispiel und globales Thema: Klima. Es ist völlig klar und einsichtig: Klima macht vor Länder- oder Kontinentgrenzen nicht Halt. Es wirkt global und alle damit zusammenhängenden Fragen müssen global gestellt und gelöst werden. Dabei darf es nicht – wie bisher – bei schönen Plänen und Worten bleiben. Ziele müssen verbindlich vereinbart und Zielverfehlungen klar und wirksam sanktioniert werden.

Auf der imap sind Vorschläge bzw. Beispiele für Zuständigkeiten der unteren Ebenen „Familie“ und „Gemeinde“ bereits in Stichworten aufgeführt, da mir diese im Zusammenhang mit Freiheit des Einzelnen und Selbstverantwortung besonders wichtig erscheinen. Das gleiche gilt für das entgegengesetzte Pendant, die „supranationalen Organisationen“. Es gibt in der sog. „globalisierten Welt“ eine Reihe extrem wichtiger Themen, die nur global gelöst werden können und auch dringend gelöst werden müssen.

Für die vielen Aufgaben dazwischen, gibt es sicher immer mehrere Alternativen – und vermutlich heiße Diskussionen; denn es geht ja neben der Verantwortung auch um Einfluss und Macht, also um menschliche Egos. Wenn man diese aber beiseite legen könnte, wäre es wahrscheinlich gar nicht so schwer: Sich ausschließlich an der jeweiligen Sache bzw. der zu lösenden Aufgabe orientieren; die Meinung der unmittelbar Betroffenen einholen und einfließen lassen; im Konsensverfahren entscheiden. Über die Betroffenheit ergibt sich automatisch die zuständige Ebene. Bei komplexen Themen kann und wird es natürlich Austausch- und Abstimmungsbedarf mit anderen geben. Wenn bei der Lösung der jeweiligen Aufgabe die Grundwerte des gesellschaftlichen und politischen Handelns – wie wir sie in dieser Publikation beschreiben - die Basis bilden, sollte das gelingen.

Mandate auf Zeit

Im politischen System werden Mandate auf Zeit vergeben. Ich halte es für diskussionswürdig und anstrebenswert, die Dauer der Mandate für alle (!) Positionen und Funktionen zu begrenzen. So sehr einerseits Kontinuität ein Wert an sich sein kann, so sehr ist auch die Möglichkeit zur Veränderung und Weiterentwicklung ein Wert an sich. Ich plädiere insofern für eine Begrenzung auf zwei bis drei Wahlperioden. Nicht nur für die Spitzenfunktionen Bundespräsident* oder Regierungschef*, sondern auch für Landräte*, Bürgermeister* und Abgeordnete*. Endlos-Politiker* können durchaus einen verengten Blick bekommen oder dem Nur-ich-weiß-was-richtig-ist-Syndrom erliegen. Auch in der

Wirtschaft gehören regelmäßige Wechsel an der Unternehmensspitze zu einer erfolgreichen Unternehmenskultur. Außerdem bin ich sehr skeptisch gegenüber sog. Karriere-Politikern*, die von aller Anfang nichts anderes als Politik anstreben. In den allmeisten Fällen steckt nicht das Bedürfnis, Positives für die Gesellschaft beizutragen, sondern einfach ein dickes Ego dahinter. Und es kann nicht schaden bzw. umgekehrt sehr hilfreich sein, zumindest eine abgeschlossene Berufsausbildung zu haben und ein paar Jahre in einem „normalen“ Beruf gearbeitet zu haben. Auch ein bisschen Lebenserfahrung würde einer politischen Tätigkeit ganz gut tun.

Gesundheitssystem

Gesundheit ist eines der wichtigsten Güter für jeden Menschen. Es ist sehr schwer, glücklich und zufrieden zu sein, wenn man krank ist. Dabei ist das Augenmerk nicht nur auf die physische Gesundheit zu legen. Die psychische Gesundheit ist gleich wichtig. Viele körperliche Leiden haben psychische Ursachen.

Exkurs: Der Mensch als Körper-Geist-Seele-Einheit

Der Mensch verfügt nicht nur über einen in der Regel wunderbar funktionierenden Körper, ein evolutionäres Wunderwerk aus Organen, Knochen, Muskeln, Nerven und einem Gehirn, das die Körperfunktionen mit höchster Präzision steuert. Im Gehirn ist auch der Geist beheimatet. Mit „Geist“ bezeichnet man üblicherweise die kognitiven Fähigkeiten eines Menschen, aber auch die Psyche, also die Felder des Denkens und der Emotionen sowie den Speicher von Erfahrungen und das Zusammenwirken dieser drei Aspekte. Manchmal wird die Psyche auch als die Seele eines Menschen bezeichnet. Für mich ist der Begriff „Seele“ jedoch die Bezeichnung für eine weitere Dimension des Seins, die außerhalb dieser materiellen Welt liegt und die durch unseren Verstand nicht erklärt werden kann und die für viele Menschen eher mit der Frage nach dem Sinn des Lebens in Verbindung steht. Man könnte die Seele also eine spirituelle Dimension bezeichnen ohne dabei die Frage nach einem Gott aufwerfen zu müssen. Man kann dazu auch die Haltung eines Agnostikers einnehmen: „Ob es einen Gott gibt? Ich weiß es nicht. Aber es gibt Dinge, die wir wahrnehmen und erfahren, aber nicht verstehen oder erklären können.“

Wie denken Sie darüber?

Nach meinem Verständnis ist der Mensch also eine Einheit aus Körper, Geist und Seele. Und idealerweise wirken alle Elemente perfekt zusammen. Gibt es eine Störung, zeigt sich diese in Symptomen auf einer der Ebenen, oft auf der körperlichen Ebene. Wir nennen dies dann Krankheit.

Da, wie gesagt, Gesundheit eines der wichtigsten Güter eines Menschen ist, sollte als Grundsatz über allem stehen: **Vorbeugen ist wichtiger als Heilen**. Was ist dafür zu tun? Einerseits muss der Staat dafür sorgen, dass äußere, krank machende oder gefährliche Einflüsse vermieden werden, z.B.

- im Bereich Umwelt: Luftverunreinigungen, Lärm, Gifte
- bei der Lebensmittelsicherheit: Zulassungsverfahren, Rückverfolgung von Lieferketten, Hygienevorschriften etc., Kontrollen
- in der Arbeitswelt: wie bei Umwelt; Arbeitssicherheit, Arbeits- und Ruhezeiten, Schutz der Privatsphäre (Verfügbarkeit)
- im Bereich Verkehr: Sicherheitsvorgaben, Verhaltensvorgaben (StVO), getrennte Bereiche für Kfz, Radfahrer und Fußgänger, Geschwindigkeitsregelungen etc.

Andererseits muss der Staat im Bereich Bildung schon frühzeitig Impulse setzen für gesunde Lebensweisen und gesunde Ernährung, damit jeder seiner Eigenverantwortung auch in diesem Bereich gerecht werden kann (Stichworte in der Impap). Dazu kommt, dass wenn jemand trotz allem krank wird, er als mündige/r Patient/in handeln kann und behandelt wird. Hierzu gehören Aufklärung und Informationen über Behandlungsmethoden, Medikamente und Heileinrichtungen.

Im Kapitel „Gemeinschaftsaufgaben“ habe ich für das Gesundheitssystem Bereiche aufgezeigt, in denen aus meiner Sicht staatliche Vorgaben, Zulassungs- und Prüfungsverfahren und Kontrollen zwingend erforderlich sind. Diese umfassen im weitesten Sinn die Sicherstellung der Versorgung, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Gerade im Gesundheitsbereich ist m.E. ein Qualitätsmanagement zwingend vorzugeben. Jeder Mensch muss sich darauf verlassen können, dass er mit den Methoden

behandelt wird, die die besten Heilungschancen bieten. Und dass die Behandler diese Methoden beherrschen.

Dabei ist ein aus meiner Sicht äußerst wichtiges Kriterium zu erfüllen: Der Mensch muss in seiner Ganzheitlichkeit (Körper-Geist-Seele-Einheit) gesehen und behandelt werden. Das Behandeln eines Symptoms mag augenblicklich und kurzfristig erfolgreich sein – das Symptom verschwindet – aber solange die Ursache der Störung nicht ermittelt, gefunden und behandelt ist, wird die Störung durch erneutes Auftauchen des Symptoms oder eines anderen Symptoms (sog. Symptomverschiebung) sich immer wieder neu bemerkbar machen. Dies kann zu chronischen Krankheiten führen. Oder auch dazu, dass man mit herkömmlichen Untersuchungsmethoden die eigentliche Ursache nicht findet. Und deshalb auch keine Behandlungsmethode. Ich halte also eine ganzheitliche Medizin für wirklich wichtig.

Das bedeutet in Bezug auf das aktuelle Gesundheitssystem erhebliche Anpassungen. Die wichtigste ist: Ein erster Schwerpunkt in der Ausbildung medizinischen Fachpersonals (jeder Ebene) muss wie im Bildungsbereich der Mensch als ganzheitliches Wesen sein. Hinzu kommen muss eine Grundhaltung von Zugewandtheit und Empathie sowie eine Form der Kommunikation, die in verständlicher Weise auf die Bedürfnisse des betroffenen Menschen eingeht, Ängste nimmt, Vertrauen aufbaut. Die Beziehung von Patient und Behandler muss von Vertrauen geprägt sein. Dies ist nach aller Erfahrung ein wesentlicher Teil des Heilungserfolgs.

Dies führt mich zu einem Punkt, der mir ebenfalls als sehr wichtig erscheint. Der/die erste und wichtigste Ansprechpartner/in für einen Patienten sollte sein/e Hausarzt/-ärztin oder Haus-Heilpraktiker/in sein, also die Person, der ihn in Bezug auf gesundheitliche Fragen am besten kennt. Diese ist aus meiner Sicht und Erfahrung am besten in der Lage, hinter das aktuelle Symptom zu schauen und im vertraulichen, tiefer gehenden Gespräch Ursachen auf den Grund zu gehen. Diese wichtige Funktion dieses vertrauten Erstbehandler*s muss sich natürlich auch im Vergütungssystem wiederfinden.

Ich bin davon überzeugt, wenn der Schwerpunkt des Gesundheitssystems auf Vorbeugung und auf der ganzheitlichen Form der Erstbehandlung liegt, wird das gesamte nachfolgende Gesundheitssystem mit Spezialisten* und Apparatedizin, spürbar entlastet – und dies zum Wohle der Patienten*.

Wie im Exkurs zur Krankenversicherung bereits beschrieben, darf es keine Zwei-Klassen-Medizin geben. Jeder hat das gleiche Recht auf bestmögliche Behandlung. Bitte nochmals nachlesen auf Seite 39.

Wenn der Staat die Rahmenbedingungen festgelegt hat, ist es m.E. möglich und auch sinnvoll, das Gesundheitswesen – zumindest in großen Teilen - privatwirtschaftlich zu organisieren. Auch die regionale Mindestversorgung an stationären Einrichtungen (Kreiskrankenhäuser) kann per Ausschreibung und Vergabe an private Betreiber sichergestellt werden. Die Bedarfspläne für Heilberufe und Einrichtungen sollten darauf abzielen, dass jeder Kranke in bezüglich seiner Situation angemessener Zeit behandelt werden kann, d.h. es geht dabei immer um eine ausreichende Mindestversorgung. Ansonsten gilt in einer freien Gesellschaft einerseits Niederlassungsfreiheit und andererseits freie Wahl eines Behandler*s oder einer Einrichtung durch die Patienten*. Wenn eine durchgehende Qualitätssicherung gewährleistet ist und die Ergebnisse von Audits für jeden einsehbar sind, kann ein Qualitätswettbewerb anhand bestimmter Qualifikationen und/oder Spezialisierungen zum Wohle der Patienten* entstehen.

Wie denken Sie darüber?

Zum 7r mündigen Patienten/in gehört auch das Instrument der Patienten*verfügung. Da es dabei um Leben und Tod geht, sollte nach meiner Meinung bei bzw. vor der Abfassung ein/e Arzt/Ärztin beigezogen werden, der den Patienten* bei der Meinungsbildung unterstützt; am besten vermutlich der/die Hausarzt/-ärztin, der den/die Patienten/in schon längere Zeit kennt.

Unmittelbar mit der Patienten*verfügung verbunden ist die Frage über den Verlauf der
Endphase des Lebens.

Es sollte unbestritten sein, dass bis zum letzten Atemzug gilt: Die Würde des Menschen ist unter allen Umständen zu wahren. D.h. dass der Umgang mit einem Menschen, ganz gleich wie schwer einer krank ist oder ob er noch in der Lage ist, selbstverantwortlich für sich zu entscheiden, immer so erfolgt, wie wenn der Mensch vollkommen gesund und bei vollem Bewusstsein wäre. Und dass sein Wille, der z.B. in einer Patienten*verfügung niedergelegt ist, uneingeschränkt respektiert wird.

Bevor es in die allerletzte Phase, in die des Sterbens geht, sollte die Gesellschaft ein Leben ermöglichen, das solange wie möglich in der gewohnten Umgebung stattfindet. D.h., dass im Pflegefall solange wie möglich die Hauspflege und die Pflege durch Angehörige Vorrang haben sollte. Dabei sollten berufliche und finanzielle Regelungen es Angehörigen erleichtern, diesen Dienst so gern und solange wie möglich zu tun.

Für alle, die letztlich auf Heimpflege angewiesen sind, drückt sich die Würde dadurch aus, dass sie so weit wie möglich noch bei eigenen Aktivitäten unterstützt werden und nicht nur teilnahmslos vor sich hin-“vegetieren“. Basis sind natürlich zeitnahe Hygienemaßnahmen und Unterstützung bei der Nahrungsaufnahme. Aber jedes liebe Wort, jeder soziale Kontakt, jeder Spaziergang sind Gold wert. Voraussetzung hierfür ist ein entsprechendes Leitbild für Pflegeeinrichtungen und ausreichendes und empathisches Personal.

Die Finanzierung von Pflegemaßnahmen muss ähnlich der Krankenversicherung über ein gesellschaftliches Solidarsystem erfolgen (Versicherungsbeiträge und Steuern), in das alle einzahlen, da das Risiko, solche Leistungen einmal beanspruchen zu müssen, jeder in gleichem Maße hat. Der Eigenbeitrag im Pflegefall sollte sich auf einen Betrag beschränken, der den sonst üblichen Lebenshaltungskosten für Wohnen, Essen, Hygiene, Kleidung entspricht.

Zurück zur Patienten*verfügung. Diese ist die formelle Willenserklärung eines Menschen in einem Zeitpunkt des vollen Bewusstseins für einen Zeitpunkt, wo eine eigene Willenserklärung nicht (mehr) möglich ist. Diese wird üblicherweise für den Fall von Operationen aufgestellt. Sie kann aber auch Erklärungen über das Verhalten bei nicht heilbaren Krankheiten und darüber hinaus eine Willenserklärung für die Beendigung des Lebens umfassen.

Ein freier Mensch, der gelernt hat, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen, und der sein Leben auch in dieser Verantwortung gestaltet hat, hat meiner Meinung nach auch allein das Recht, darüber zu entscheiden, sein Leben zu beenden. Damit auch dieser entscheidende Vorgang in Würde geschehen kann, sollten staatliche Regelungen bei unheilbaren Krankheiten – aber auch aus anderen wichtigen Gründen - diese „Sterbehilfe“ unterstützen und nicht bekämpfen.

Hierzu gehören aber auch Regelungen, die sicherstellen, dass mit dieser Möglichkeit nicht Missbrauch getrieben wird. Ich beschreibe deshalb nachfolgend den aus meiner Sicht notwendigen Ablauf:

Schritt 1 bestünde darin, dass vor Abfassung einer entsprechenden Willenserklärung bzw. dem Ergreifen von konkreten Maßnahmen ein verpflichtendes Beratungsgespräch bei einer konfessionellen oder gesellschaftlichen Institution stattfinden müsste. Dabei müsste durch einen festgelegten Ver-

Wie ist Ihre Meinung dazu?

haltenskodex sichergestellt werden, dass der Hilfesuchende nicht indoktriniert wird, sondern ausschließlich bei seiner eigenen Meinungsbildung unterstützt wird. Dies müsste auch dokumentiert werden. Schritt 2 wäre dann ein entsprechender Antrag auf Empfang der Mittel durch staatlich zugelassene Einrichtungen. Schritt 3, eine Abgabe der Mittel darf nur erfolgen, wenn alle Bedingungen erfüllt sind: Vorlage des Protokolls des Beratungsgespräches; Vorliegen einer unheilbaren Krankheit, die ein Leben so einschränkt, dass es nicht mehr würdevoll gelebt werden kann; Bestätigung dieser Bedingung durch zwei von einander unabhängige Ärzte. Beratende Institutionen müssen völlig unabhängig von den abgebenden Institutionen sein. Schritt 4 ist die Verabreichung bzw. die Einnahme der Mittel in Anwesenheit eines Zeugen. Schritt 5 besteht in der Dokumentation des gesamten Vorgangs nach vorgegebenen Formalien.

Mit besonderer Verantwortung verbunden ist der Fall, wenn die Willenserklärung für eine Sterbehilfe Teil einer Patienten*verfügung ist und diese – wie gewollt - dann wirksam wird, wenn der Patient nicht mehr in der Lage ist, selbst seinen freien Willen zu äußern. Dann muss die in der Patienten*verfügung genannte Vertrauensperson die Lebenssituation des Betroffenen beurteilen, ob diese noch als würdevoll und zumutbar erscheint und für den Betroffenen die Entscheidung treffen. Insofern sollte diese Vertrauensperson bei dem Beratungsgespräch verpflichtend dabei sein. So ist gewährleistet, dass in Anwesenheit eines neutralen Dritten, alle Aspekte dieser gravierenden Entscheidung angesprochen werden.

Unter den genannten Bedingungen sollte staatlich organisierte Sterbehilfe bei gleichzeitiger Straffreiheit aller Beteiligten möglich sein.

In allen Fragen von Gesundheit, Krankheit, Tod geht es also um den einzelnen Menschen in seiner Ganzheit, seine Würde und seine Bedürfnisse. Gesund zu sein, ist eine wesentliche Voraussetzung für ein zufriedenes, glückliches Leben. Zu wissen, dass wenn man krank wird, mit seinen Bedürfnissen angenommen zu werden, Ansprechpartner* und Behandler* zu haben, denen man vertrauen kann, sowie ein Gesundheitssystem vorzufinden, das eine bestmögliche Behandlung garantiert, das gibt Sicherheit und vermindert oder vermeidet Ängste: eine gute Basis für ein sorgenfreies Leben.

Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Eines der wichtigsten Themenfelder für unsere Gesellschaft, genauer für die Menschheit insgesamt, wird häufig mit dem Wort „Umwelt“ bezeichnet. Ich halte den Begriff aus mehreren Gründen für nicht geeignet. Wenn man von der Definition ausgeht, dass alles was außerhalb eines jeden Menschen ist, also die Welt um einen herum, als Umwelt betrachtet werden kann, ist Umwelt einerseits ein umfassender und gleichzeitig ein unscharfer Begriff. Andererseits ist der Mensch wesentlicher Teil des gesamten Lebens auf der Erde und damit der Welt (nicht Umwelt) in der wir alle leben. Deshalb sollte man nicht trennen zwischen dem Menschen und seiner Umwelt. Dies ist nur angebracht für die sozialen Kontakte, die ein Mensch zu seiner Umwelt (Außenwelt) hat. Die übliche Diskussion dreht sich bei „Umwelt“ meist um ökologische Themen. Im Rahmen der Aufbereitung unserer Grundwerte haben wir deshalb den Begriff gewählt, der klar ausdrückt, was gemeint ist: Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Und zwar auf Dauer. Dies setzt nachhaltiges Handeln voraus.

Zum Einstieg in die konkreten Themenbereiche darf ich nochmals die Grundsätze von Seite 18 wiederholen:

Nachhaltiges Handeln auf allen Ebenen bedeutet

- für die nachfolgenden Generationen mindestens gleich gute Lebensbedingungen zu hinterlassen, wobei das oberste Ziel
- Schonung der natürlichen Ressourcen ist, heißt: geringstmöglicher Verbrauch und weitest gehende Kreislaufwirtschaft und
- ein vertretbarer Verbrauch von Ressourcen nur solange zulässig sein sollte, wenn dieser unerlässlich ist und Recyclate noch nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen.
- Dies gilt für jede Art von Ressource.
- Und unter Berücksichtigung des anderen Grundwerts „Gemeinwohlverträglichkeit“: Keine private Nutzung von Ressourcen oder gar Nutzenmaximierung zulasten der Allgemeinheit.

Zum Thema „Ressourcennutzung“ ist es ganz wichtig, den Begriff von und den Umgang mit Gemeingütern zu klären. Meine Definition lautet:

Gemeingüter sind naturgegeben, nicht reproduzierbar und nicht vermehrbar, aber überwiegend lebensnotwendig für jeden Menschen.

Aus diesen grundlegenden Tatsachen ergeben sich zwangsläufig folgende Forderungen bezüglich des Umgangs mit diesen Gütern:

- Kein Privatbesitz. Wie der Begriff „Gemeingut“ schon aussagt, müssen solche Güter im Gemeinschaftseigentum einer Gesellschaft oder gar der Menschheit sein bzw. in deren Verantwortung.
- Das bedeutet, dass die Gemeinschaft über die Nutzung zu entscheiden hat,
- wobei die o.a. Prinzipien der Nachhaltigkeit oberste Priorität haben müssen.

Darüber hinaus bedürfen einer Regelung durch die Gesellschaft auch Güter, die zwar reproduzierbar und vermehrbar sind, aber im Prinzip naturgegeben und für die Menschheit als Ganzes von großer Bedeutung: das Ökosystem Meer mit allen Lebewesen und das Ökosystem Pflanzen, ebenfalls mit allen Lebewesen. Der Überbegriff hierfür lautet: Erhalt der **Biodiversität**. Dies ist auch deshalb so wichtig, weil wir Menschen nicht vollumfänglich verstehen, welche Folgewirkungen menschliche Eingriffe in die naturgegebenen Prozesse haben.

Gemeingüter

Um welche Güter handelt es sich bei den Gemeingütern? Mir fallen dazu ein:
Luft; alle Arten von Wasser, insbesondere Trinkwasser; Grund und Boden; Bodenschätze

Luft:

Es sollte für jeden einsichtig sein, dass Luft die Lebensgrundlage für die meisten Lebewesen ist, insbesondere für den Menschen. Aus diesem Grund verbietet sich jegliche Verunreinigung, die sich gesundheitlich auswirken kann.

Gleichzeitig hat die Umwandlung von Sauerstoff in CO₂ durch die Verbrennungsprozesse von Kohlenstoff sowie die Massentierhaltung die bekannten Auswirkungen auf das Klima. Die Klimaproblematik wird in einem eigenen Abschnitt ausführlich behandelt.

Insofern muss es klare Regelungen zur Nutzung und zur Vermeidung von Schädigungen geben.

Wasser:

Wie bei Luft versteht es sich von selbst, dass Wasser nicht verunreinigt werden darf – und zwar ausnahmslos und jegliche Art von Wasser: Meere, Flüsse, Grundwasser, da sich jede Verunreinigung auf die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen einschließlich Nahrung auswirkt. Am wichtigsten sind natürlich die Gewässer, die unmittelbar oder mittelbar der Trinkwassergewinnung dienen. Die Vermeidung von Verunreinigung bedeutet gleichzeitig auch die Verminderung von Kosten für Reinigungs- oder Aufbereitungsmaßnahmen.

Grund und Boden:

Das Thema Grund und Boden dürfte eines der problematischsten gesellschaftlichen Themen sein, da weltweit in fast allen Gesellschaften seit Jahrhunderten der private Besitz und das Eigentum an Grund und Boden als Ausdruck der Freiheit und Unabhängigkeit einen sehr hohen Stellenwert besitzt und diese vermeintliche Selbstverständlichkeit nicht oder äußerst selten hinterfragt wird. Dabei ist dieses Thema elementar und existenziell. Grund und Boden sind naturgegeben; niemand hat ihn produziert. Und Grund und Boden sind nicht vermehrbar; er ist vielmehr eindeutig begrenzt. Ein Recht des Ersten oder Mächtigeren zur Besitznahme ist nicht naturgegeben, sondern hat sich aus der Zeit des „Sesshaft-Werdens“ der Menschen entwickelt. In jener Zeit diente der Boden aber auch in erster Linie zum Wohnen und zur Ernährung der darauf lebenden Menschen. Diese Gegebenheit hat sich aber im Laufe der zivilisatorischen Entwicklung völlig verändert. In späterer Zeit war in der Regel der Stärkste/Mächtigste sowohl Eigentümer von Grund und Boden als auch der Herrscher über die in diesem Gebiet lebenden Menschen. Meist wurden Gebiete gewaltsam in Besitz genommen und in Kriegen verteidigt oder verloren. Solche Herrschaftsverhältnisse haben sich zumindest in westlichen, aufgeklärten Gesellschaften zu Demokratien entwickelt. Die Stelle des Herrschers hat nun das Volk, die Gemeinschaft der Menschen, die jeweilige Gesellschaft eingenommen.

Insofern müsste in heutiger Zeit die Gesellschaft diejenige Institution sein, die über den Gebrauch von Grund und Boden bestimmt. Und der Nutzen aus Grund und Boden dürfte ausschließlich der Gesellschaft zufließen und nicht dem Privateigentum Einzelner. Die Gemeinschaft ist Eigentümer und vergibt Nutzungsrechte gegen Entgelt. Das derzeitige System des Privateigentums von Grund und Boden ist die Ursache völlig unregelter Spekulation und führt zwangsläufig insbesondere in Ballungsgebieten aufgrund des Engpassfaktors zu aberwitzigen Preisentwicklungen, die letztlich das Grundrecht auf angemessenen Wohnraum völlig konterkarieren. Dass dies eines der heikelsten politischen

Themen ist, ist dem Verfasser klar. Nach meiner Auffassung muss sich die Gesellschaft aber der Diskussion dazu stellen. Ansätze dazu gab es immer wieder, die aber jedes Mal als nicht durchsetzungsfähig versandet sind. Hier nur folgende Ansätze zu vier Thesen:

- These 1: Abschöpfung

Aktuell wird zumindest wieder darüber diskutiert bzw. teilweise umgesetzt, sog. leistungslose Zugewinne, die durch öffentlich rechtliches Handeln durch die Festlegung von Baurechten entstehen (Beispiel: aus Grünland wird Bauland; durch Bebauungsplan erhöht sich die Nutzung) abzuschöpfen. Gleichzeitig wird vereinzelt in Kommunen schon so agiert, dass Grundstücke aufgekauft werden und ausschließlich in Erbpacht zur Nutzung vergeben werden. Um dies in größerem Stil umzusetzen, müssten erhebliche Mittel eingesetzt werden. Diese sind aber erstens begrenzt und zweitens Steuermittel. Die Gesellschaft kauft sich sozusagen ihr Eigentum zurück. Zu diesem Thema sei u.a. auf das Buch von Hans-Jochen Vogel „Mehr Gerechtigkeit“ aus dem Jahr 2019 verwiesen.

Mit diesen Abschöpfungsansätzen sind jedoch die Zugewinne nicht zu erfassen, die nicht durch Veränderungen durch Planungsrecht, sondern durch den „Markt“, also aufgrund des Engpassfaktors Nicht-Vermehrbarkeit, entstehen. Hinzu kommt die derzeitige steuerliche Ungleichbehandlung von Veräußerungsgewinnen gegenüber anderen Einkunftsarten (Steuerfreiheit nach einer gewissen Haltezeit). Fazit: Grundeigentümer sind derzeit eindeutig privilegiert. Sie werden bevorzugt behandelt.

- These 2: Rückführung in Gemeinschaftseigentum

Wird nur These 1 als politisch durchsetzbar angesehen und verfolgt, muss man sich im Klaren darüber sein, dass damit das Grundproblem verfestigt wird, nämlich dass Grund und Boden nicht als Gemeingüter betrachtet werden, sondern Privateigentum zugelassen wird – auch wenn die Nutzung möglicherweise weitgehend öffentlich-rechtlich bestimmt wird und Zugewinne abgeschöpft werden. Dies wird zwar die Spekulation eindämmen, aber die Grundprobleme nicht lösen. Der Autor tendiert deshalb klar zu einer grundsätzlichen Betrachtungsweise, die Grund und Boden eindeutig als Gemeingüter sieht. Eine Rückführung von Privateigentum in gemeinschaftliches Eigentum darf aber nicht auf dem Weg der Enteignung geschehen, sondern mittels eines Modells, das über Erb- und Steuerrecht über mehrere Generationen abgewickelt werden muss (In der i-map gibt es einen link zu einer detaillierten Ausarbeitung dieses Themas.). Dem Autor ist klar, dass dies ein schwieriger Weg ist.

- These 3: Nutzung

Grundsätzlich jedoch gilt: Über jede Art von Nutzung muss die Gemeinschaft das Entscheidungsrecht haben. Einzelheiten dazu im Kapitel „Flächennutzung“.

- These 4: Grundrecht auf Wohnen

In jedem Fall müsste ein Ziel einer Bodenrechtsreform sein, dass dem Grundbedürfnis und dem Grundrecht auf menschenwürdiges Wohnen zu verträglichen Kosten Rechnung getragen wird. Unter dem Aspekt, dass Grund und Boden eigentlich der Gesellschaft als Ganzes gehören müsste, dürften zumindest keine Grundstückskosten das Wohnen belasten. Das heißt, die Gesellschaft stellt ihren Bürgern Grund und Boden in einem zu definierenden Mindestumfang für das Wohnen kostenlos zur Verfügung. Das muss sowohl für Mietwohnungsbau als auch für Eigenheime gelten. Über einen bestimmten Mindestumfang hinaus wird eine Erbpacht erhoben (siehe o.a. link).

Wenn dieses Grundrecht auf Wohnen auf diese Weise gesichert ist, vermindert sich auch das Bedürfnis oder die Notwendigkeit durch eine Immobilie für das Alter vorzusorgen. In Verbindung mit der an späterer Stelle vorgeschlagenen steuerlichen Entlastung von Arbeitseinkommen ergeben sich erhebliche Freiheitsgrade für die Menschen in Bezug auf die Verwendung ihres verfügbaren Einkommens.

Stimmen Sie diesen Thesen zu?

Was ist Ihre Meinung dazu?

Unabhängig davon, welches Ziel man verfolgt, dieses Thema „Grund und Boden“ und deren Nutzung bedarf einer breiten gesellschaftlichen Diskussion. Und eine Entscheidung, wie zukünftig damit umgegangen wird, bedeutete gegebenenfalls eine Grundgesetzänderung, die einer qualifizierten Mehrheit bedarf. Meiner Ansicht nach müsste aufgrund der gravierenden Rechtsänderung hierzu eine Volksabstimmung durchgeführt werden und eine Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit erfolgen.

Bodenschätze:

Gleiches wie für die oberirdische Nutzung von Grund und Boden gilt auch für die unterirdische Nutzung: für die Bodenschätze. Erschwerend kommt hier aber noch hinzu: Während eine oberirdische Nutzung ggfs. reversibel ist, trifft dies für Bodenschätze nicht zu. Was weg ist, ist weg. Andererseits sollten insbesondere Erdöl und Erdgas allein schon aus Klimaschutzgründen im Boden bleiben (siehe eigenes Kapitel).

Die Erschließung und Förderung von Bodenschätzen hat außerdem in vielen Fällen gravierende Auswirkungen auf die Natur und auf die dazu beschäftigten Menschen (Zerstörung von Ökosystemen, krank machende Arbeitsbedingungen, Einsatz von Chemie, Unfälle etc.).

Konsequenzen: Über die unterirdische Nutzung von Grund und Boden einschließlich dem Meeresboden darf nur die Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Grundsätze von Nachhaltigkeit entscheiden und Nutzungsrechte vergeben – und der Nutzen darf auch nur der jeweiligen Gesellschaft zufließen, nicht privaten Organisationen.

Wenn man dieses Thema zu Ende denkt, müsste man sogar zu dem Schluss kommen, dass die Bodenschätze der Menschheit insgesamt gehören – und zwar unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten auch den Menschen, die in 5.000 oder 10.000 oder 100.000 Jahren auf der Erde leben. Dieser Gedanke kollidiert massiv mit unserem derzeitigen Umgang mit Bodenschätzen, den derzeitigen Eigentumsverhältnissen und den internationalen Abkommen zur Förderung aus Meeresgrund. Im nächsten Kapitel unterbreite ich hierzu einen Lösungsansatz.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass bezüglich der Nutzung von Gemeingütern die jeweilige Gesellschaft auf der jeweils betroffenen Ebene über Nutzungsrechte und Nutzungsentgelte entscheiden muss. Dies beginnt auf unterster Ebene, einer Gemeinde, über nationale Regelungen bis hin zu länderübergreifenden Abkommen in internationalen Organisationen.

Ressourcenmanagement

Nach der Frage, wie rechtlich die Nutzung von Gemeingütern zu behandeln ist, geht es beim Ressourcenmanagement darum, in welcher Weise eine wirtschaftliche Nutzung gestaltet werden kann.

Grundsätzlich gilt für alle Ressourcen, die begrenzt verfügbar sind: Kein Mensch, keine Generation hat das Recht, Ressourcen zu verbrauchen, die nach Verbrauch für spätere Generationen nicht mehr verfügbar sind. Die heutige Generation darf nicht darüber entscheiden, ob eine künftige Generation eine bestimmte Ressource dann zum Leben benötigen wird oder nicht. Denn was weg ist, ist weg. Zweitens: Ressourcen, die grundsätzlich regenerierbar oder recyclingfähig sind, müssen immer so behandelt werden, dass sie diese Eigenschaft nicht verlieren. Was bedeutet das konkret?

Stimmen Sie dieser These zu?
Was ist Ihre Meinung dazu?

Luft ist unbegrenzt verfügbar. Hier gilt als einzige Auflage: Sie darf in keiner Weise verschmutzt werden. Die Problematik der Treibhausgase wird gesondert unter „Klima“ behandelt.

Bei Wasser wird es schon schwieriger. Neben dem absoluten Verbot von Verunreinigungen ist der Verbrauch von der Verfügbarkeit abhängig. Hierbei sind sowohl die lokalen Verhältnisse als auch die kurz- und langfristigen Auswirkungen auf größere Gebiete, nachgelagerte Räume und die unterschiedlichen Nutzungen zu berücksichtigen. Und nachhaltiger Verbrauch ist oberstes Gebot: Es darf nur so viel Wasser verbraucht werden, wie zur Verfügung steht bzw. kontinuierlich nachfließt. Immer tiefere Brunnen bohren zu müssen, ist nicht nachhaltig.

Die Nutzung für Trinkwasser muss immer oberste Priorität haben. Die nächste Priorität gilt der Produktion von Lebensmitteln. Aber auch hier gilt das Gebot der Nachhaltigkeit. D.h. es darf nur so viel produziert werden wie Wasser dafür zur Verfügung steht. Erst an dritter Stelle kommt die Nutzung für die Produktion anderer Güter oder für Freizeitaktivitäten. Bei Wasserknappheit muss an Aufbereitungstechniken von Brauchwasser zur Wiederverwendung, also in Recyclingkreisläufen, gedacht werden. Dies gilt für alle Nutzungsformen in privaten Haushalten und Gewerbe.

Die Nutzung von Grund und Boden wird nachfolgend im eignen Kapitel „Flächennutzung“ behandelt.

Bleiben die Rohstoffe aus dem Boden. Solange bzw. soweit es nicht gelingt, Rohstoffe aus nachwachsenden Organismen zu entwickeln und zu produzieren, haben wir es mit endlichen Vorräten zu tun.

Kein Rohstoff, der im Boden vorkommt, ist unbegrenzt verfügbar. Selbst Sand (zum Bauen) soll absehbar knapp werden. Insofern gelten hierfür die o.a. Grundätze der Nachhaltigkeit. D.h. ohne Kreislaufwirtschaft gibt es keine Zukunft. Das bedeutet erstens, dass beim Design von Produkten zwingend darauf geachtet werden muss, dass jeder verwendete Rohstoff recyclingfähig verbaut wird. Das gilt auch für chemisch oder physikalisch veränderte oder verbundene Materialien. Das bedeutet zweitens, dass eine weitest gehende Verwendung von recycelten Rohstoffen statt des Einsatzes neu gewonnener Rohstoffe zwingend vorgeschrieben wird. Unabhängig davon sollten die Wirtschaftsprozesse so gesteuert werden, dass es von Vorteil ist, wenn ein Produkt so designt wird, dass es langlebig und reparierfähig ist.

Zusammengefasst: Eine Gewinnung und der Einsatz neuer Rohstoffe setzt ein Kreislaufwirtschaftssystem voraus und darf nur solange erfolgen wie die Menge der verfügbaren Recyclate nicht ausreicht, den Bedarf zu decken.

Eine Alternative hierzu ist die Erforschung und Entwicklung von Methoden zur Gewinnung von Rohstoffen aus wiederholbaren Prozessen, z.B. aus der Nutzung organischer Ausgangsmaterialien (Mikroorganismen, Algen, Pflanzen etc.).

Ein weiterer Teilbereich der Ressourcenschonung im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft ist die Vermeidung von Abfällen auf jeder Ebene: bei der Produktion, beim Transport, beim Handel, bei der Verwendung bzw. Nicht-Verwendung beim Verbraucher, durch eine Zweitnutzung und letztlich bei einem Recyclingprozess. Eine CO₂-Steuer ist hierbei hilfreich.

Exkurs: Bodenschätze und (Wirtschafts-) Politik

Es ist mir vollkommen klar, dass der beschriebene ideale Umgang mit Bodenschätzen total kollidiert mit den aktuellen Besitzstrukturen und dem vorherrschenden Wirtschaftsmodell sowie den erlernten Denkmustern, in denen Nachhaltigkeit, Langfristigkeit und Gemeinwohl keine Rolle spielen.

Bodenschätze werden von den Politiker*in aller Nationen (oder Länder), die über sie verfügen, als Grundlage für Wohlstand, oft auch für Macht angesehen. Je seltener ein Rohstoff ist bzw. je größer der Bedarf dafür ist, desto mehr Marktmacht hat der Besitzer. Und in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist es auch undenkbar, dass jemand, der über solche Ressourcen verfügt, diese nicht für maximale Gewinnerzielung nutzt. Wen interessiert heute, welche Rohstoffe die Menschen in 5.000 oder 10.000 Jahren benötigen und ob solche dann noch verfügbar sind? Unser gesamtes Denk- und Lebenssystem ist derzeit rein auf das Heute ausgerichtet und reicht vielleicht gerade einmal in Teilbereichen bis zur nächsten Generation. Dies wird aber dem Problem der endlichen Verfügbarkeit von Rohstoffen nicht gerecht.

Es gibt dafür nur die oben dargestellten Lösungsansätze: Erstens müssen Bodenschätze als Gemeingut der gesamten Menschheit deklariert werden. Zweitens müssen die Gesellschaften in einer weltweiten Organisationsform, z.B. UNO, die Nutzung von Rohstoffen regeln und sich darauf verbindlich verständigen, dass für jeden Rohstoff eine Recyclingmethode entwickelt werden muss, die den Abbau von Bodenschätzen vollkommen ersetzen kann. Erlöse aus der Nutzung von Bodenschätzen sollten in einen internationalen Entwicklungsfonds eingezahlt werden, aus dem sowohl die Entwicklung von Recyclingverfahren und alternativer Rohstoffe finanziert werden als auch alle Nationen (Menschen) an der Nutzung von Rohstoffen und deren Erlösen beteiligt werden.

Es ist nicht sehr realistisch, anzunehmen, dass Besitzer von Bodenschätzen einfach aus Einsicht darauf verzichten, diese zum eigenen Nutzen auszubeuten („nach mir die Sintflut“). Es müsste also ein Anreiz und ein Ausgleichsmechanismus entwickelt werden. Dazu wäre beispielsweise vorstellbar, dass im Gegenzug zum Aufbau eines Rohstoff-Fonds ein Patent-Nutzungs-Fonds eingerichtet wird. Es könnte auf diese Weise ein Austausch „Bodenschätze“ gegen „Patente“ organisiert werden. Dies könnte für beide Seiten zu einer win-win-Situation führen. Unabhängig davon hätte ein vorgeschriebenes Recyclingsystem mit bestimmten Quoten positive Auswirkungen auf die Ausbeutung von Bodenschätzen (s.o.).

Stimmen Sie diesen Thesen zu?

Was ist Ihre Meinung dazu?

Bleibt als letzter wichtiger Bereich die

Flächennutzung

Die der Menschheit zur Verfügung stehende Landfläche ist ebenfalls begrenzt. Und es gibt mehrere Zielkonflikte hinsichtlich ihrer Nutzung. Insofern ist aus meiner Sicht eine Priorisierung zwingend geboten.

An erster Stelle muss unter dem Oberthema „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ der Erhalt von Ökosystemen und der Biodiversität stehen. Es wird zwar seit langem geforscht, unter welchen Bedingungen bestimmte Pflanzen- und Tierarten existieren. Auch gibt es Vielzahl von Erkenntnissen über das Zusammenleben und –wirken von Lebensgemeinschaften. Aber es scheint das Vorstellungsvermögen von Menschen zu überfordern, nachvollziehen oder gar verstehen zu können, wie alles mit allem zusammenhängt, welche Wechselwirkungen es gibt und welche Folgen z.B. das Aussterben von Arten wirklich hat. Wir können nur feststellen, dass unsere Lebensweise dazu führt, dass ganze Arten aussterben – und zwar immer schneller. Allein eine so einfache Ursachen-Folgenkette scheint uns zu überfordern: erhöhte Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (zur Erhöhung der Ernteerträge) -> massiver Rückgang von Insekten, darunter auch Wild- und Honigbienen (zur Bestäubung von Pflanzen aller Art, insbesondere auch Obstbäumen) -> massiver Rückgang von Vögeln. Wohin das führt? Wir wissen es nicht, außer, dass Obstbäume dann manuell durch Menschen (oder Maschinen, Drohnen?) bestäubt werden müssen. Also müssen wir bei den Ursachen beginnen. Es muss ausreichend „geschützte Lebensräume“ für Tiere und Pflanzen geben, die mit einander vernetzt sind (auch

kleinteilige Biotop-Verbünde), sodass sich Biodiversität entwickeln bzw. erhalten bleiben kann. Außerdem müssen weltweit ausreichend Wälder und Grünflächen in Städten vorhanden sein bzw. aufgeforstet werden, damit sie einerseits als CO₂-Senken wirken können und andererseits den Menschen als Erholungsflächen zur Verfügung stehen.

An zweiter Stelle steht die Nutzung für die Landwirtschaft, heißt für die Ernährung der Menschen. Lt. wissenschaftlichen Berechnungen wäre die Ernährung von rd. 10 Mrd. Menschen mit den heute verfügbaren Flächen möglich (siehe Aufsatz Koerber/TUM in Agrarische Rundschau 2010 mit vielen Nachweisen). Dabei werden auch unterschiedliche Ernährungsweisen analysiert, z.B. dass die Nutztierhaltung, die die größten Flächen in Anspruch nimmt, möglicherweise vermindert werden kann, wenn die Menschen weniger Fleisch essen. Ob aus Einsicht oder aufgrund einer entsprechenden Preisentwicklung wegen einer CO₂-Besteuerung, sei dahin gestellt. Oder weil alternative Eiweiß-Grundnahrungsmittel entwickelt und zur Verfügung stehen, die einem Fleischgenuss in nichts nachstehen. Jedenfalls sollte es erhebliche Bemühungen geben, die Nutztier-, insbesondere die Massentierhaltung in Zukunft deutlich einzuschränken.

Die Nutztierhaltung hat neben dem Flächenverbrauch und den erheblichen Methanemissionen noch ein weiteres Problem: die großen Mengen anfallender Gülle und die Gefahr der durch die übermäßige Ausbringung hervorgerufenen Grundwasserverunreinigung. Eine Nutzung der Gülle in Biogasanlagen ist nur in begrenztem Umfang möglich. Alternativ müsste Gülle künftig biologisch aufgearbeitet werden.

Schließlich hat die Massentierhaltung neben der Umweltproblematik auch noch eine ethische, psychologische und wirtschaftliche Seite, auf die wir im Kapitel „Ernährung“ näher eingehen. Dort werden auch auf die Folgen der Massenproduktion von pflanzlichen Lebensmitteln behandelt.

Sehr kontrovers diskutiert wird der Flächenverbrauch für Bebauung, egal ob für Wohnen oder für Gewerbe. Es gibt viele Initiativen, diesen zu begrenzen. Grundsätzlich scheint dies auch möglich, wenn man vernünftig plant.

In einer entwickelten Gesellschaft ist eigentlich das Thema „Bevölkerungswachstum“ kein Thema mehr (eher die Veränderung der Altersstruktur mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen). Ein Bedarf an zusätzlichem Wohnraum entsteht zum einen durch Wanderungsbewegungen in attraktive Zentren und zum anderen durch einen höheren Flächenbedarf pro Person bei steigendem Wohlstand. Dem könnte man begegnen, indem alles dafür getan wird, dass es auch attraktiv ist und bleibt, in der „Provinz“ zu wohnen und zu arbeiten. Hinzu kommt eine Nachfrageverschiebung zu mehr Single-Wohnungen. Dem steigenden Bedarf in Städten und dem damit verbundenen zusätzlichen Flächenverbrauch könnte man durch Bauen in die Höhe entgegenwirken. Es handelt sich also um ein punktuell Problem (z.B. im Ballungsraum München), das man mit intelligenter Planung lösen kann. Da in Ballungsgebieten die Flächen so oder so knapp sind, wirkt sich aber jede Wanderungsbewegung in diese Richtung aber entsprechend auf den Grundstücksmarkt aus. Damit haben wir uns aber schon ausführlich im Kapitel „Bodenrecht“ auseinander gesetzt.

Ein deutlich größeres Problem bezüglich Flächenverbrauch stellt der teilweise Wildwuchs in Bezug auf die Entwicklung bzw. den Ausbau von Gewerbegebieten dar. Dies hat zweierlei Ursachen. Zum einen bedeutet Wirtschaftswachstum auch Wachstum beim Bedarf an Gewerbeflächen. Zum anderen hat das Steuersystem mit der „Gewerbsteuer“ als Haupteinnahmequelle für Kommunen, verbunden mit der Planungshoheit von Kommunen entsprechende Folgewirkungen: Jede Kommune ist interessiert an bzw. angewiesen auf möglichst hohe(n) Steuereinnahmen. Deshalb versucht jede Kommune möglichst viele und potente Gewerbebetriebe auf sein Gemeindegebiet zu bekommen – und

weist entsprechende Gebiete aus bzw. erschließt solche. Da die Gemeinden untereinander in Konkurrenz stehen, gibt es keine koordinierte Planung, sondern jede Kommune versucht – nach dem Windhundprinzip – die Nase vorn zu haben.

Aus meiner Sicht gibt es zur Vermeidung von unmäßigem Flächenverbrauch für Gewerbe folgende Ansätze, einen (landes)planerischen und einen steuerlichen:

Der landesplanerische Ansatz müsste beinhalten, dass nicht jede Gemeinde für sich plant, sondern dass Gewerbegebiete auf Landkreisebene geplant werden sollten. Bei dieser Planung könnten sowohl verkehrliche Belange als auch die Auswahl weniger wertvoller Flächen besser berücksichtigt werden als bei konkurrierenden gemeindlichen Planungen. Gleichzeitig müsste ein in einem gesamtgesellschaftlichen Prozess (auf Bundesebene) festgelegter maximaler Flächenanteil für Gewerbe an der Gesamtfläche eingehalten werden.

Bezüglich des steuerlichen Ansatzes sei auf das Kapitel „Steuern“ verwiesen. Eine Gewerbesteuer als wesentliches Gemeinde-Finanzierungs-Instrument ist in dem dargestellten Steuersystem nicht mehr vorgesehen. Insofern entfällt auch der Anreiz, möglichst große Gewerbegebiete zu entwickeln.

Bleibt als kritischer Bereich der Flächenverbrauch für Verkehrszwecke. Hier gilt aus ökologischen Gründen: Vorrang für Bahn; Vorrang für ÖPNV, insbesondere in Städten; Minimierung der Flächen für Autos, insbesondere keine neuen Autobahnen. Außerdem sollte die Entwicklung der Verkehre nach Einführung einer CO₂-Steuer abgewartet werden. Ein zusätzlicher Flächenbedarf dürfte nur in Einzelfällen zu erwarten sein. In Städten könnte ein deutlicher Rückbau erfolgen (siehe folgendes Kapitel).

Stimmen
Sie diesen
Thesen
zu?

Was ist
Ihre Mei-
nung
dazu?

Klima

Seit vielen Jahren wird von Wissenschaftlern vor einer zu großen Erderwärmung gewarnt. In den letzten Jahren haben die Beobachtungen der aktuellen Veränderungen und die Berechnungen verschiedener Klimamodelle dazu geführt, dass die Wissenschaftler des Weltklimarats (IPPC) in ihren Berichten zu ganz konkreten und gesicherten Aussagen kommen. Die wesentliche ist: Eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur auf der Erde sollte tunlichst 1,5° C nicht überschreiten. Eine Erhöhung um mehr als 2° C, würde zu vermutlich nicht mehr beherrschbaren Folgen führen. Und die wichtigste Erkenntnis ist: Es gibt einen „point of no return“. Wenn das „ewige“ Eis der Arktis und der Antarktis eine bestimmte Schmelzgeschwindigkeit erreicht haben ist der Schmelzprozess nicht mehr aufzuhalten oder gar umzukehren. Dies würde letztlich zu einem Anstieg des Meeresspiegels um unvorstellbare 30 Meter in wenigen Jahrhunderten führen. Aber allein ein Anstieg in diesem Jahrhundert um 1 Meter hätte schon gravierende Folgen. Ein Auftauen der Permafrostböden würde den Erwärmungsprozess durch die Freisetzung von CO₂ und Methan dramatisch beschleunigen.

Welche Folgen eine Erderwärmung auf die Verschiebung von Vegetationszonen, auf Landwirtschaft, auf Wetterphänomene wie Stürme, Starkregen und damit auf das gesamte Ökosystem hätte, kann man in den Berichten des IPCC nachlesen. Welche Auswirkungen die Unbewohnbarkeit von weiten Teilen der Erde auf Wanderungs- und Fluchtbewegungen der betroffenen Menschen auf die noch bewohnbaren Teile der Erde hätte, mag man sich gar nicht vorstellen.

Die Konsequenz aus allem, was man weiß, lautet: Das 1,5° C-Ziel, auf das sich die Menschheit sich im Jahr 2016 auf der Weltklimakonferenz in Paris verständigt hat, muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln erreicht werden!

Das Jahr 2019 stellt hoffentlich einen Wendepunkt dar. Einerseits wurde wieder deutlich, dass die Politiker* die dramatische Situation entweder immer noch nicht erkannt haben oder sich nicht trauen, ihren Bevölkerungen, den Menschen, von denen sie alle paar Jahre gewählt werden wollen, zu erklären und konkret zu sagen, welche Veränderungen notwendig sind und dass diese zu Einschränkungen und Belastungen führen werden. Andererseits hat die Bewegung der Jugend „fridays for future“, die aus dem Protest einer einzelnen Schülerin, Greta Thunberg, entstanden ist, die Welt aufgerüttelt. Wissenschaftler haben alle Lösungsansätze auf den Tisch gelegt. Keiner, ob Politiker* oder normaler Bürger, kann mehr sagen, er wüsste nicht, was zu tun ist. Es sind sowohl klare Weichenstellungen seitens der Politik als auch Verhaltensänderungen jedes Einzelnen erforderlich.

Was also ist zu tun?

Im Prinzip ist es ganz einfach. Um das 1,5°-Ziel zu erreichen, darf die Atmosphäre nur eine feststehende Menge Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO₂) und Methan (CH₄) als die beiden wichtigsten enthalten. D.h. wenn diese Menge erreicht ist, darf keine weitere Emission an Treibhausgasen erfolgen. Ab diesem Zeitpunkt muss das gesamte menschliche Tun auf der Erde CO₂-neutral ablaufen. Wann dieser Zeitpunkt erreicht ist, hängt ganz wesentlich davon ab, wie schnell dramatische Einsparungen gelingen. Die derzeitigen Planungen gehen davon aus, dass ab dem Jahr 2050 diese CO₂-Neutralität zwingend erreicht sein muss. CO₂ entsteht im Wesentlichen durch Verbrennung von fossilen Brennstoffen (Kohle, Erdöl, Erdgas) und durch Entwaldung. Methan entsteht überwiegend in der Landwirtschaft und beim Auftauen von Permafrostböden. Wie wir in der folgenden detaillierten Betrachtung der einzelnen Bereiche sehen werden, ist mit großer Wahrscheinlichkeit eine komplette CO₂-Neutralität nicht erreichbar, d.h. es muss CO₂ in jedem Fall zusätzlich aus der Atmosphäre zurückgeholt werden.

Das Problem an der bisherigen Wirtschafts- und Lebensweise war und ist, dass die „Verschmutzung“ der Luft mit CO₂ lange nicht als Verschmutzung und Gefahr wahrgenommen wurde und damit auch nicht sanktioniert wurde. Die Verschmutzung hatte keinen Preis. Eines der wichtigsten Mittel gegen die weitere Anreicherung der Atmosphäre mit CO₂ ist deshalb, dass die Emittierung von CO₂ etwas kosten muss. Als Modelle gelten entweder eine CO₂-Steuer oder ein Zertifikatesystem. Diese werden in den Abschnitten „Wirtschaft“ und „Steuersystem“ im Detail besprochen. Im folgenden Text wird auf die Wirkung von Bepreisung von CO₂-Emissionen immer wieder hingewiesen.

Wie also schaffen wir eine drastische Reduzierung von CO₂-Emissionen? Beginnen wir beim Leichtesten:

Erhaltung von Wäldern und Aufforstung

Diese Maßnahmen bedürfen keiner Kommentierung. Sie bedeuten keinen großen Aufwand. Ganz im Gegenteil: Sowohl im Rahmen eines Zertifikatehandels als auch einer CO₂-Besteuerung könnten Aufforstungsmaßnahmen belohnt werden und zu echten Erlösen führen. Man muss es nur tun. Weltweit! Was das vermeintliche Nutzungsdilemma Wald oder landwirtschaftliche Nutzung betrifft, wird mit der Diskussion im Kapitel „Ernährung“ beantwortet werden.

Der größte Sektor, bei dem CO₂ entsteht ist der Energiesektor, d.h. zunächst die Energie-Erzeugung.

Bisher erfolgt weltweit die Produktion von Strom überwiegend durch Verbrennung von Kohle, Erdöl oder Erdgas. Seit vielen Jahren erklären vorausschauende Wissenschaftler, dass die Sonne der Erde ein Vielfaches an Energie zur Verfügung stellt, was wir für alle Prozesse auf der Erde brauchen. Eine solare Energiewirtschaft ist möglich. Die Quellen sind bekannt, ausgereifte Techniken stehen zur Verfügung, um aus Sonne, Wind, Wasser, Geothermie und Biomasse kostengünstig und sicher Strom und alternative Treibstoffe zu erzeugen.

Aktuelle Berechnungen weisen nach, **dass eine komplette Versorgung mit Strom aus nicht fossilen Quellen schon heute möglich wäre**. Prinzipiell hat die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien einen weiteren Vorteil: Sie kann in einem weit höheren Maß als bisher dezentral erfolgen. Es gibt eine Reihe von Beispielen von Gemeinden, die weit mehr EE-Energie erzeugen als sie verbrauchen. Das heißt zusammengefasst: **Man muss es nur tun**. Und die Politik muss nur die Voraussetzungen schaffen, dass Privatleute, Wirtschaftsbetriebe und Investoren* in die bereitstehenden Techniken investieren.

Das einzige noch zu lösende Problem ist eine gewisse Speicherkapazität für Zeiten an denen keine Sonne scheint und kein Wind weht. Aber auch dafür gibt es Lösungsansätze und bereits erprobte Techniken. Im kleinen Maßstab können Batteriespeicher in den einzelnen Haushalten helfen. Im größeren Maßstab können mit Überschussstrom aus EE-Anlagen z.B. Pumpspeicherkraftwerke betrieben oder Methan und Wasserstoff erzeugt und in Gasnetzen (in fast unbegrenzter Menge) gespeichert werden. In der Nutzung der Bewegungsenergie der Meere steckt m.E. ebenfalls ein noch nicht ausreichend erschlossenes Potenzial.

Die Erzeugung von Wärmeenergie aus erneuerbaren Quellen ist prinzipiell über den Umweg EE-Strom immer möglich. Viel wichtiger und effizienter aber ist die Erdwärme als Quelle, die grundsätzlich ebenfalls unbegrenzt zur Verfügung steht. In begrenztem Maß steht die direkte Verfeuerung von Holzresten als neutrale Wärmeenergie zur Verfügung. Allein problematisch ist die die Speicherung von solar erzeugter Wärmeenergie. Hierfür gibt es bisher keine überzeugenden und wirtschaftlichen Lösungen, außer die Solarwärme in die Erde einzuspeichern und von dort wieder zu entnehmen.

Bei der Erzeugung von Energie gibt es also bereits hinreichende Alternativen. Ein Umstieg auf erneuerbare Energien wird durch die Bepreisung von CO₂ sicherlich deutlich beschleunigt.

Sehen wir uns nun die Sektoren des Energieverbrauchs (an fossilen Brennstoffen) näher an. Beginnen wir mit dem Verkehrssektor.

Mittlerweile wohnt rund die Hälfte der Menschen in Städten, Prognosen für das Jahr 2050 gehen von einem Anteil von über 65 % aus. Dabei gibt es derzeit (2014) 36 Megastädte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern. Alle Städte wurden aufgrund der Entwicklung in der Regel „autogerecht“ gestaltet. Der Individualverkehr ist dort eines der größten Probleme. Andererseits ist dieses Problem in Städten meines Erachtens am einfachsten lösbar.

Exkurs Zukunftsvision Verkehrssysteme in Großstädten

- Städte können komplett Pkw-frei sein
- Gut ausgebauter ÖPNV mit 5-15-Minuten-Takt (mindestens 20 Stunden, besser durchgehend)
- Für individuelle Ziele: autonom fahrende Sammeltaxis mit Umsteigemöglichkeiten zum ÖPNV und innerhalb des Taxi-Systems.
- Kapazitäten so ausgebaut, dass kein Fahrgast weiter als 200 m gehen muss und nirgendwo länger als 5 Minuten warten muss
- Gesteuert durch KI und mit automatischer Abrechnung
- Gesamtangebot an Netz, Verbindungen, Fahr- und Wartezeiten sowie Kosten für Pauschalen oder Einzelfahrten attraktiver als Nutzung eines Pkw
- Zusätzlich Individual-Taxis (wie bisher) möglich
- Optimierte Lieferverkehre mit vorgeschalteten Verteilzentren
- Alle Fahrzeuge innerstädtisch grundsätzlich mit elektrischen Antrieben
- Wegfall aller Parkplätze auf öffentlichem Grund (Parkhäuser nur an der Peripherie bzw. an den Schnittstellen zum ÖPNV)
- Im Regelfall nur je eine Fahrspur für Busse und Taxis je Richtung
- Zzgl. eine Halte-/ Ladespur je Straße (u.a. für Lieferverkehr und Handwerker)
- In Anliegerstraßen: zwei Spuren mit abwechselnd eingebauten Park-/Haltezonen Taxis, e-bikes etc.; keine privaten Parkflächen auf öffentlichen Straßen
- Dadurch Rückbau von bisherigen Autospuren und Umbau zu Fahrrad- und Gehwegen und Grünanlagen möglich
- Leih-E-bikes und E-scooter auf Parkflächen in der dritten Spur, tw. mit Lademöglichkeit
- Keine umfassende Ladeinfrastruktur für E-autos nötig, nur in den Parkhäusern

Könnte das die Lösung sein?
Was ist Ihre Meinung dazu?

Mit diesem Konzept ÖPNV plus dichtes Angebot an Sammeltaxis erübrigt sich innerstädtisch jeglicher individueller Pkw-Verkehr. Es gibt einfach keinen Bedarf mehr dafür. Vielmehr wird der gesamte Personen- und Lieferverkehr flüssiger. Es gibt keine Staus und keine langen Wartezeiten. Der gesamte Verkehr ist komplett emissionsfrei. Und für alle Beteiligte deutlich kostengünstiger als das Halten eines eigenen Pkw.

Wie kann ein solches System geplant, wie umgesetzt und eingeführt werden? Als erstes bedarf es einer grundsätzlichen Entscheidung. Des Weiteren muss klar sein, dass eine schrittweise Umstellung nur schwer möglich ist, sondern dass ein Systemwechsel für einen bestimmten Termin geplant werden muss. Insofern ist ein exakter Umstiegstermin zu definieren, der einen realistisch notwendigen Planungs- und Umsetzungsvorlauf berücksichtigt, z.B. in 5, in 8 oder in 10 Jahren. Der Zeitraum hängt im Wesentlichen vom Ausbaustand des ÖPNV ab und von der Frage,

bis wann autonom fahrende Sammeltaxis (für dann vereinfachte Verkehrsverhältnisse) zur Verfügung stehen. Möglicherweise muss ein Zwischenschritt mit Sammeltaxis mit Fahrer eingelegt werden. Der Systemwechsel – Pkws raus, Sammeltaxis rein, dichtes ÖPNV-Netz – muss dann an einem definierten Tag vollzogen werden. Erst danach sollte mit dem Umbau und der Anpassung der Verkehrsflächen an das neue System begonnen werden, wobei selbstverständlich die Planungen in der Vorlaufzeit weitgehend abgeschlossen sein sollten.

Dieses Verkehrssystem ist nicht nur für die reinen Kernbereiche von Großstädten, sondern für Gesamtstädte vorzusehen. Es wird auch nicht nur in Großstädten mit U-Bahn, S-Bahn und Straßenbahn funktionieren, sondern auch für Mittelstädte geeignet sein, deren ÖPNV aus Bussen besteht. Entscheidend ist der Ersatz von Pkws durch Sammeltaxis.

Außerhalb von Städten, in der Fläche und für viele Freizeitaktivitäten werden Pkws nach wie vor eine große Bedeutung haben. Diese Pkw-Verkehre kann man durch verschiedene Maßnahmen vermeiden bzw. vermindern. Erstens – in einem (wirtschaftlich) begrenzten Rahmen – durch Verdichtung des ÖPNV zu Bahnhöfen und in Kreisstädte. Zum zweiten durch die Förderung von Mitfahrgelegenheiten, insbesondere durch digitale Apps, bezogen auf Landkreisebene, aber auch durch einfache Mitfahrerbanken oder lokale Mitnehmer-Vereine.

Grundsätzlich sind Verkehre vermeidbar bzw. reduzierbar durch gute Stadt-/Ortsplanung, die reine Schlafstädte und damit Pendlerverkehre zur Arbeit vermeidet. Dienstreisen können zu einem guten Teil durch Videokonferenzen vermieden werden. Gleiches gilt für die Öffentliche Verwaltung: Digitale Prozesse vermeiden Verkehr. Auch home-office kann deutlich zu einer Entlastung von Pendlerverkehren führen.

Was an Personen-Verkehr bleibt, kann durch gezielte Maßnahmen ökologisiert werden, heißt so gesteuert werden, dass CO₂ in einem hohen Maß bzw. ganz vermieden wird. Hierzu gehören eine CO₂-steuer auf Treibstoffe, CO₂-bezogene Zulassungskosten und Kfz.-Steuern sowie strecken- und CO₂-bezogene Mautsysteme. Andererseits müssen andere Antriebsarten durch entsprechende Infrastrukturmaßnahmen überhaupt ermöglicht und gefördert werden, z.B. Elektromobilität oder alternative Treibstoffe. Schließlich sind die Bahnverkehre durch Netz- und Taktichte sowie einfache Preissysteme so attraktiv zu machen, dass sie (wie in der Schweiz) Pkw-Verkehr auch auf weiten Strecken in hohem Maß ersetzen.

Einen großen und wichtigen Bereich stellen die Lieferverkehre dar. Durch das just-in-in-time-Prinzip haben sich Lagerflächen auf die Lkws und damit auf die Straße verlagert. Die Bahn ist offensichtlich nicht flexibel genug, um diese Anforderung zu erfüllen. Trotzdem ist ein erstes, wichtiges Ziel, Fernverkehre vom Norden Europas nach Süden oder von Osten nach Westen auf die Bahn zu verlagern. Es muss einfach günstiger sein, Lkw-Auflieger über so weite Strecken wie z.B. von Hamburg nach Verona per Bahn in einem Güterzug mit 35 Waggons mit einer Lok als per einzeltem Lkw zu transportieren.

Unabhängig von diesen Fernverkehren, wird es auch in Zukunft Lieferverkehre per Lkw in großem Umfang geben. Hierfür kommen in erster Linie alternative Kraftstoffe wie Wasserstoff, Biodiesel oder Rapsöl in Frage – insbesondere auf Strecke. In Städten sind vermutlich Elektroantriebe eine gute Alternative. Gefördert wird eine Umstellung auf diese klimaneutralen Antriebsformen durch eine entsprechend gestaltetet CO₂-Steuer, -abgabe oder ein Zertifikatesystem. Hierzu gehören auch CO₂- und streckenabhängige Mautsysteme. Außerdem sollten Verteilverkehre gebündelt werden, indem Verteilzentren an der Peripherie von Städten bzw. zentral in Landkreisen eingerichtet werden und von dort in die einzelnen Zustellbezirke nur ein Dienstleister fährt. Zusätzlich und grundsätzlich wäre es

sehr wichtig, Systeme zu entwickeln, die sicherstellen, dass Lieferungen auch empfangen werden können und damit zusätzliche Abholungen vermieden werden. Außerdem müssten Vorkehrungen getroffen werden, dass Rücksendungen nicht automatisch kostenlos erfolgen dürfen.

Nach der Energieerzeugung und dem Verkehr als größtem Energieverbraucher folgt die Wirtschaft mit ihrem Energieverbrauch in der Produktion. In diesem Bereich scheint mir eine Umstellung auf klimaneutrale Produktionsprozesse relativ einfach, da die Unternehmen diese komplett eigenständig steuern können. Dies gilt vor allem für Großunternehmen, aber auch für mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe. Und das geht von der eigenen Energieerzeugung bis zum Abschluss von Lieferverträgen für Energie (Strom und Wärme) aus erneuerbaren Energien. Für diesen Prozess ist eine CO₂-Bepreisung sehr hilfreich, da Unternehmen grundsätzlich nach den kostengünstigsten Lösungen streben.

Der problematischste Bereich des Energieverbrauchs ist in meinen Augen der Bereich Wärme für Wohnen und gewerbliche Nutzung (Büros). Allein aus dem Grund, weil es einen sehr großen Altbestand an Gebäuden gibt, die sehr schlecht wärmegeklämt sind und deshalb einen vergleichsweise hohen Heizwärmebedarf haben. Hier gilt es zum einen die größten Wärmeverlust-Schwachstellen an den Gebäuden zu beseitigen, wobei man sich nicht der Illusion hingeben sollte, dass alle Gebäude bis zum Jahr 2050 in optimaler Weise wärmegeklämt sein können oder durch Neubauten ersetzt sind. Gute Gebäude halten Jahrhunderte. Zusätzlich muss darauf geachtet werden, dass nicht Dämmmaterial aus Erdölprodukten (EPS-Schäume) verwendet wird, sondern Materialien aus natürlichen Rohstoffen, die bessere Gebrauchseigenschaften (Atmungsaktivität) aufweisen und gfls. auch recyclingfähig sind.

Wo immer möglich sollte ein Wärmenetz aufgebaut werden, das durch eine EE-Anlage beschickt wird. Zur Erzeugung von Wärmeenergie steht in erster Linie Erdwärme zur Verfügung, die großtechnisch als auch in Kleinanlagen (Wärmepumpen) genutzt werden kann. Hinzu kommen in begrenztem Umfang Hackschnitzel-Anlagen (ebenfalls großtechnisch und als Hausheizung). Vermutlich wird die Quelle Erdgas noch längere Zeit nicht komplett ersetzbar sein. Der Einbau neuer Ölheizungen sollte jedoch schnellstens verboten und der Betrieb bestehender Ölheizungen sollte durch eine bereits mehrfach erwähnte CO₂-Steuer ausgesteuert werden.

Ein großes ungelöstes Problem für das Klima stellt der steigende Fleischkonsum und die dafür erforderliche gigantische Tierhaltung weltweit dar. Auf das Thema Ernährung wird im folgenden Abschnitt näher eingegangen.

Im Zusammenhang mit dem Flächenverbrauch wurde schon kurz das Thema

Ernährung

angesprochen. Nochmals: Grundsätzlich sind die für Landwirtschaft verfügbaren Flächen ausreichend, um auch eine Weltbevölkerung von rd. 10 Mrd. Menschen zu ernähren. Die Problematik liegt in den (sich verändernden) Ernährungsgewohnheiten und in den Zielkonflikten Qualität <-> Preis und Massenproduktion <-> Umwelt.

Zunehmender Wohlstand führte und führt, gerade in sog. Schwellenländern, zu einer Veränderung der Ernährungsgewohnheiten, dergestalt, dass Fleischkonsum eine höhere Wertschätzung erfährt und damit tierische Produkte immer mehr nachgefragt werden. Dies ist aus mehrerer Hinsicht problematisch. Zum einen benötigt Tierhaltung einen erheblich größeren Flächenbedarf als der Anbau von pflanzlicher Nahrung, und zwar sowohl was Weideland betrifft, als auch Flächen für den Anbau von Futterpflanzen. Zum anderen führt – wie bereits beim Thema „Klima“ ausgeführt – insbesondere die Haltung von Rindern zu erheblichen Methanemissionen und das Gülleproblem zur Gefährdung des Grundwassers. Und als Drittes führt erhöhte Nachfrage zu einer steigenden Produktion, die – zumindest in entwickelten Ländern – mit Massentierhaltung einhergeht. Diese wiederum ist in vielen Fällen verbunden mit sehr negativen Produktionsbedingungen, über die die Gesellschaft zwar hinreichend Kenntnis hat, aber bisher nur in unzureichender Weise reagiert.

Viele Tiere brauchen eigentlich viel Platz. Weideland steht bei uns in Deutschland nicht in solchen Größenordnungen zur Verfügung. Also bleiben die Tiere im Stall, möglichst viele auf möglichst kleinstem Raum. Diese Haltungsmethoden sind nicht tiergerecht; sie bereiten den Tieren Stress und machen sie krank. Übermäßiger Medikamenteneinsatz ist die Folge. Hinzu kommt, dass aus wirtschaftlichen Gründen die Tiere in möglichst kurzer Zeit ihr Mast- bzw. Verkaufsgewicht erzielen sollen. Deshalb kommen künstliche Wachstumsbeschleuniger (bei Menschen nennt man das Doping) und Kraftfutter zum Einsatz. Diese unnatürliche Mast führt ebenfalls zu für die Tiere schmerzhaften Degenerationserscheinungen. Die Haltungsbedingungen insgesamt führen auch zu krankhaftem Verhalten unter den Tieren. Kurz zusammengefasst: Massentierhaltung und Massentierschlachtung sind rundweg abzulehnen. Aus Gründen des Tierwohls und aus Qualitätsgründen. Fleisch von Tieren aus Massenhaltung ist nicht gut.

Die Produktion von pflanzlichen Lebensmitteln vermeidet die besonders negativen Begleiterscheinungen der Tierhaltung. Aber auch hierbei kommt es bei der Massenproduktion zu erheblichen „Nebenwirkungen“. Der Einsatz von Chemie ist enorm, um einerseits „Unkräuter“ und tierische Schädlinge von den Pflanzen fernzuhalten und andererseits ist der Einsatz von chemischen Düngemitteln in der konventionellen Landwirtschaft zwingend, um möglichst hohe Erträge zu generieren. Wie man mittlerweile sicher weiß, wirkt sich der Einsatz von Chemie und die Form der Massenproduktion mit riesigen Monokulturen äußerst negativ für die Biodiversität aus.

Worauf ist diese Art des Wirtschaftens zurückzuführen? Und was kann dagegen getan werden? Die Einkommen der Landwirte* setzen sich einerseits aus Fördermitteln der öffentlichen Hand, insbesondere der EU, und den am Markt erzielten Preisen für die erzeugten Produkte zusammen. Da jeder ein Maximum erzielen will, passt sich ein/e Landwirt/in diesen äußeren Bedingungen an. (Er/sie wird ja auch seitens seines Verbandes entsprechend beraten.) Seitens der EU wird in erster Linie die nutzbare Fläche gefördert. Also: Große Fläche – große Förderbeträge. Die Folge: Großbetriebe, Massenproduktion.

Auf der anderen Seite wird der Lebensmittelmarkt von einer Handvoll Handelskonzernen beherrscht, deren Marktmacht kaum ein Hersteller gewachsen ist. Das heißt, nicht der Produzent, sondern der

Handel bestimmt den Preis – und der ist niedrig. Die Folge: Der Produzent versucht über Massenproduktion den niedrigen Preis zu kompensieren. Nun kommen niedrige Lebensmittelpreise am Ende den Verbraucher*innen zugute. Aber – metaphorisch gesprochen – zu welchem Preis? Es bleiben auf der Strecke: die Umwelt, das Tierwohl, die Lebensmittelqualität und letztlich auch der/die Landwirt/in.

Also: Was ist zu tun? Einerseits kann die Gesellschaft klare Regeln zur Vermeidung von Schäden an Umwelt und Tieren setzen. Zum anderen braucht es Transparenz und Aufklärung, um dem/der Verbraucher/in eine Entscheidungsgrundlage bei seinem Einkauf zu geben.

Wenn an oberster Stelle die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen steht, muss deren Schutz im Mittelpunkt des staatlichen Handelns stehen. Das heißt: Vorgabe von Bewirtschaftungsregeln zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität (Blühstreifen, Biotope etc.) sowie zum Einsatz von Chemie (Pflanzenschutz, Dünger) und zum Grundwasserschutz. Diese Ziele sollten auch im Mittelpunkt der Förderung aus öffentlicher Hand stehen. Also: klare Regeln und zielgerichtete Förderung. Darüber hinaus sollten damit klare Anreize für Bio-Landwirtschaft verbunden sein. Klare Regeln braucht es auch zum Tierwohl und zu Haltungsbedingungen für Tiere.

Was Transparenz und Aufklärung bewirken können, hat man an der Kennzeichnungspflicht von Eiern gesehen. Die Kennzeichnung der Haltungsbedingungen, die man gleichzeitig auch noch etwas verbessert und eindeutig definiert hat, führte dazu, dass Verbraucher*innen sich klar entscheiden konnten, welchen Preis sie bereit waren für welche Haltungsart auszugeben. Und der Effekt: Viele Verbraucher*innen waren bereit, einen höheren Preis für Eier aus Freilandhaltung zu bezahlen. Gleiches wäre problemlos auch für fast alle tierischen Produkte, insbesondere Fleisch und Milch, möglich. Das heißt: Mindeststandard unter Tierwohlgesichtspunkten und zwei bis drei bessere Haltungsformen definieren, einfaches Label entwickeln, Kennzeichnungspflicht einführen, Verbraucher*innen aufklären. Der Landwirt hätte die Wahl, was er produziert und anbietet - und der/die Verbraucher/in hätte die Wahl, was er/sie kauft. So einfach wäre dieses Thema zu lösen.

Da die Handelskonzerne das Einkaufsverhalten ihrer Kunden*innen sehr genau und sehr schnell analysieren, würde eine Anpassung der Produktion an die Kunden*innenwünsche sehr schnell erfolgen können. Außerdem könnten sich neben den Supermärkten auch andere Handelsformen etablieren, wenn echte Transparenz gegeben wäre: z.B. Genossenschaften (Produzenten mit Verbraucher*innen), Solidargemeinschaften, Hofläden oder dergleichen. Man sollte dem mündigen, informierten, aufgeklärten Bürger zutrauen, die richtigen Entscheidungen für sich und für das Gemeinwohl zu treffen. Bildung, Aufklärung und Transparenz sind Bringpflichten seitens des Staates. Sich zu informieren ist eine Pflicht der Bürger.

Zum Schluss noch ein paar Anmerkungen zum Thema „Preise für Lebensmittel“ im Vergleich zur Entwicklung der Löhne bzw. Einkommen:

- Im Jahr 1970 musste ein Arbeiter mit einem durchschnittlichen Lohn 9 Minuten arbeiten, um sich 1 Liter Milch kaufen zu können. Und im Jahr 2017? Tatsächlich nur mehr 3 Minuten. Das heißt: Milch ist seither in der Relation um 2/3 billiger geworden.
- Bei Eiern ist die Entwicklung ähnlich. 1970 musste man für 10 Eier 22 Minuten arbeiten, im Jahr 2017 nur mehr 6 Minuten
- Für 1 kg Schweinefleisch musste ein Arbeiter 1970 noch 96 Minuten arbeiten, 2017 nur mehr 22 Minuten, also weniger als ein Viertel.
- Die Ausgaben für Lebensmittel betragen heutzutage für einen durchschnittlichen Haushalt nur mehr 14 % des Haushaltseinkommens. 1960 waren es noch 38% und 1970 noch 25%.

Fazit: Verbraucher könnten sich etwas höhere Preise für Lebensmittel leisten, die unter besseren Produktionsbedingungen hergestellt werden.

Wenn man berücksichtigt, dass der Preis den der/die Landwirt/in für das Ausgangsprodukt bekommt nur einen (kleinen) Teil des Endpreises ausmacht, würde sich selbst eine spürbare Erhöhung des Preises für den/die Landwirt/in nur unwesentlich auf den Verbraucherpreis auswirken. Beispiel Schweinefleisch: Verkaufspreis des Landwirts rd. 1 €/kg, Verkaufspreis im Laden ca. 5-7 €. Eine Erhöhung des Preises für den/die Landwirt/in um 40 ct./kg = 40 % würde sich für den/die Landwirt/in massiv positiv auswirken, während die Erhöhung für den/die Verbraucher/in von 5-10 % tragbar wäre. (Aktuell im Februar 2020 gibt es genau diesen Vorschlag des früheren Bundeslandwirtschaftsministers Borchert als Vorsitzenden einer Reformkommission: eine zusätzliche Abgabe von 40 ct./kg auf Fleisch zu erheben, die direkt den Landwirten zugute käme, wenn sie bestimmte Haltebedingungen für mehr Tierwohl einhalten.)

Laut Presseberichten (z.B. SZ vom 13.02.2020 über die Eröffnung der Biofach-Messe) sind Umfragen zufolge die Verbraucher* mehr und mehr bereit, tatsächlich für Lebensmittel, die unter besseren Bedingungen produziert wurden (Tierwohl und Bio) mehr Geld auszugeben. D.h. der/die Verbraucher/in ist an einer qualitativ hochwertigen Ernährung interessiert. Sie trägt zu unmittelbar zur Zufriedenheit bei. Manche Menschen erleben bei einem guten Essen richtige Glücksgefühle. Hinzu kommt, dass Mahlzeiten der häufigste Anlass sind, um gemeinsam mit Familie oder Freunden eine gute Zeit zu haben. Der Staat sollte diese Entwicklung fördern.

Es ist also relativ leicht möglich den Zielkonflikt Massenproduktion – Qualität über Vorgaben, Anreizsysteme und den Preis zu lösen. Eine emissionsfreie Tierhaltung kann und wird es aber nicht geben. Hier helfen nur Aufklärung und pflanzliche Alternativen zu Fleisch, um die Methan-Emissionen halbwegs im Griff zu behalten. Für den Autor ist es derzeit ein nicht lösbares Problem in Bezug auf die angestrebte Klimaneutralität für das Jahr 2050. Diese Emissionen müssten dann durch wirksame Gegenmaßnahmen (z.B. Aufforstung) kompensiert werden.

Zusammenfassung „Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen“:

Oberste Priorität hat das Thema „Klima“. Um das vereinbarte Klimaziel einer Erwärmung der Atmosphäre um maximal 1,5°-2° zu erreichen, muss sofort mit maximaler Intensität gehandelt werden. Die angestrebte CO₂-Neutralität bis 2050 fällt nicht vom Himmel. Alles was dazu getan werden muss, ist bekannt. Die Instrumente liegen auf dem Tisch. Die Politik und jede/r Einzelne müssen diese Erkenntnisse in unmittelbares und wirksames Handeln umsetzen. Und: oberste Priorität deshalb, weil eine Zielverfehlung gravierendste Folgen hätte. Die Zukunft der gesamten Menschheit steht auf dem Spiel.

Der Schutz der Gemeingüter ist dagegen eine einfache Sache. Es braucht nur klare Gesetze und Regelungen.

Was den Ressourcenverbrauch angeht, müsste in das Denken der heutigen Menschen, insbesondere der Politiker*, einsickern, dass möglicherweise auch noch in 10.000 Jahren auf dieser Erde Menschen leben werden und wollen. Diese Erkenntnis müsste ausreichen, um eine weitest gehende Recyclingwirtschaft als zwingend anzusehen und in Gang zu setzen.

Ob das Thema „Eigentumsrechte“ an Grund und Boden und an Bodenschätzen dabei angegangen wird, ist für den Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen nachrangig, wäre aber unter Gerechtigkeitsaspekten und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein großer Fortschritt.

Wirtschaftssystem

Für viele Menschen ist der Zustand von Zufriedenheit oder Unzufriedenheit stark mit der materiellen Seite des Lebens verbunden: Was kann ich mir leisten, welche Wünsche mir erfüllen? Wird meine Arbeitsleistung angemessen bezahlt? Usw. Auch Politiker* sehen eine wichtige Aufgabe darin, den Wohlstand der Gesellschaft als Ganzes zu erhöhen. Hierzu stehen immer die Begriffe Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze im Mittelpunkt. Denn, so die nachvollziehbare Begründung: Nur das, was erwirtschaftet wird, kann auch wieder ausgegeben werden. Das gilt für die/den einzelne/n Bürger/in wie auch für den Staat.

Die „Wirtschaft“ ist die Bühne, auf der diese materielle Seite ihren Ausdruck findet. Dabei gibt es viele Akteure* in unterschiedlichen Rollen und mit unterschiedlichen Interessen. Und sogar über die Art des Stücks, den Titel und die Frage, wer Regie führt, gibt es sehr unterschiedlichen Meinungen. Das, was wir sehen, wird von kritischen Stimmen als „Turbo-Kapitalismus“ bezeichnet, der dem Sprichwort gerecht wird: Geld regiert die Welt. Stimmt es denn nicht mehr, dass wir uns in Deutschland die „soziale Marktwirtschaft“ als Programm gewählt haben? Und wie könnte man das Schauspiel bezeichnen, das China aufführt: Parteigelenkter Kapitalismus für Gefolgsleute? Wer führt wirklich Regie: globalisierte Konzerne? Finanzinvestoren*? Notenbanken? Regierungen?

Täglich können wir in den Medien lesen, hören und sehen, dass das gegenwärtige Wirtschaftssystem dazu führt, dass die natürlichen Ressourcen in unverantwortlicher Weise ausgebeutet werden, die Umwelt in zerstörerischer Weise belastet wird, Tier- und Pflanzenarten massenweise aussterben, global tätige Konzerne faktisch keine Steuern zahlen und Vermögen in unvorstellbarer Höhe horten, während Staaten mit extremen Schulden zu kämpfen haben, die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter aufgeht, was in einigen Ländern zu sozialen Unruhen führt und extremistische, populistische Bewegungen hervorbringt usf.

Es ist an der Zeit, über den Bereich „Wirtschaft“ nachzudenken, ihn neu zu gestalten und ihn einzuordnen in unser Gesellschaftsmodell. Beginnen wir mit den grundlegenden Fragen: Worum geht es überhaupt? Wozu ist „Wirtschaft“ da?

Diese Fragen sind relativ einfach zu beantworten:

Jeder Mensch verfügt über Arbeitskraft und Kreativität und setzt diese beiden Fähigkeiten dafür ein, sein Leben zu gestalten. Da sich das Modell von Arbeitsteilung als sehr erfolgreich erwiesen hat, stellt „Wirtschaft“ nichts anderes dar als eine Organisationsform, in der ein Austausch der unterschiedlichen Fähigkeiten am besten funktioniert. D.h. jede/r Einzelne bringt seine persönlichen Fähigkeiten ein und profitiert von den Fähigkeiten anderer, mit dem Ziel, sein Leben nach seinen Bedürfnissen zu gestalten. „Wirtschaft“ ist also kein Selbstzweck, sondern hat eine dienende Funktion für den einzelnen Menschen.

Insofern ist ein Wirtschaftssystem Gegenstand gesellschaftspolitischer Entscheidungsprozesse, d.h. eine Gesellschaft gibt sich den Rahmen, innerhalb dessen ein Austausch von Fähigkeiten, Dienstleistungen und Waren zum Nutzen des Einzelnen und der Gesellschaft geschehen kann und soll.

Den Nutzen für den einzelnen Menschen und die Gesellschaft als Ganzen im Fokus, lassen sich zwei Grundsätze definieren, die sich an den übergeordneten Werten einer Gesellschaft orientieren, die wir an früherer Stelle in diesem Text diskutiert haben:

1. Der Mensch muss im Mittelpunkt eines Wirtschaftssystems stehen, und zwar in seinen unterschiedlichen Rollen:
 - Ein Wirtschaftssystem darf dem Menschen als „Bewohner der Erde“ nicht schaden.
 - Ein Wirtschaftssystem muss die sozialen Bedürfnisse von Menschen in ihrer Rolle als „Mit-Mensch“ berücksichtigen.
 - Ein Wirtschaftssystem muss den einzelnen Menschen in seiner Rolle als „kreatives Wesen und Leistungskraft“ (input) wertschätzen.
 - Ein Wirtschaftssystem muss den einzelnen Menschen in seiner Rolle als „Leistungsempfänger*, Kunde*, Konsument**“ (output) willkommen heißen und seine Interessen respektieren.

2. Der Nutzen für die Gesellschaft als Ganzes hat Vorrang vor dem Nutzen für den Einzelnen.
 - Negativ formuliert: Alles was an Allgemeingütern oder in der Gesellschaft Schaden anrichten kann, muss vermieden werden. Dies gilt für materielle Güter ebenso wie für immaterielle Güter, für unmittelbare wie für mittelbare, für aktuelle wie für zukünftige Schäden. D.h. die Gesellschaft muss sich intensive Gedanken machen, abwägen und entscheiden über:
 - den Rahmen für freie Betätigung von Menschen und Unternehmen
 - Grenzen der freien Betätigung, d.h. einschränkende Regelungen bzw. Verbote
 - Positiv formuliert: Alles soll möglich sein bzw. sogar gefördert werden, was nicht nur dem Einzelnen nützt, sondern auch der Gesellschaft:
 - Materiell: Alles was der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar nützt oder in Zukunft Kosten erspart, z.B. Umweltschutzmaßnahmen
 - Immateriell: Alles, was positive soziale Wirkungen für die Gesellschaft hat, z.B. Systeme, die Zusammenarbeit, Zusammenhalt und Solidarität stützen.

Passen diese Grundsätze nur zu einem stark reglementierten System? Die Geschichte hat gezeigt, dass die planwirtschaftlichen Modelle einer zentral gelenkten Wirtschaft nicht sehr erfolgreich waren. Marktwirtschaftliche Systeme, die grundsätzlich auf die Freiheit des Einzelnen und auf die Freisetzung der Potenziale und der Kreativität aller Menschen setzen, waren offensichtlich erfolgreicher. Wie passen aber die oben genannten Grundsätze zu einem marktwirtschaftlichen System?

Marktwirtschaft – das beste System?

Schauen wir zunächst mal an, was unter Marktwirtschaft zu verstehen ist:

Merkmal 1: In einer Marktwirtschaft entstehen Produkte durch Angebot und Nachfrage. D.h. eine noch so geniale Erfindung wird erst zu einem marktfähigen Produkt, wenn es mindestens einen Interessenten gibt, der dieses Produkt erwerben will. Angebot und Nachfrage bestimmen in der Folge Mengen und Preise in gegenseitiger Abhängigkeit.

Merkmal 2: Es gibt keine Teilnahmebeschränkungen. Jeder darf seine Produkte anbieten, jeder darf erwerben, was er will.

Merkmal 3: Es muss Chancengleichheit zwischen den Marktteilnehmern herrschen. D.h.: Es ist zum einen eine überragende Marktmacht Einzelner zu vermeiden (sowohl Angebots- als auch Nachfrage-monopol) und zum anderen der tendenziell schwächere Marktteilnehmer* zu schützen bzw. zu unterstützen (z.B. Verbraucher*schutz)

Merkmal 4: Die Theorie ging (in vereinfachender Weise) immer schon davon aus, dass alle Marktteilnehmer* über alle Informationen zu ihrer Entscheidungsfindung verfügen. Was in der Praxis natürlich nicht stimmte. Mit dem Internet ist heute tatsächlich die Möglichkeit gegeben, Informationen weitestgehend für alle zur Verfügung zu stellen.

Merkmal 5: Es gibt Privateigentum, über das jeder Einzelne frei verfügen kann (Kapital).

Wir sehen, dass es eine einzig einschränkende Bedingung qua Definition gibt, nämlich die Chancengleichheit der Marktteilnehmer. Ansonsten wird alles dem freien Spiel der Kräfte überlassen, also der Kreativität, der Initiative, den Bedürfnissen jedes Einzelnen. Dies ist grundsätzlich begrüßenswert und erfolgversprechend.

Leider haben Menschen aber auch negative Eigenschaften. Zum Beispiel: Gier. Zum Beispiel: Machtstreben. Zum Beispiel: Rücksichtslosigkeit. Manche Menschen leben sogar ihre Energie auf kriminelle Weise aus. Deshalb bedarf es in einem so freizügig angelegten System wie einer Marktwirtschaft eines Regelwerks, das dazu dient, das System selbst und den Einzelnen vor Missbrauch zu schützen.

Wenn Regeln für alle Marktteilnehmer gleichermaßen gelten und sichergestellt ist, dass eine Verletzung der Regeln wirksam sanktioniert wird, entsteht keinem ein Nachteil gegenüber dem anderen, für den dieselben Beschränkungen gelten. Insofern können die o.g. Grundsätze problemlos als Rahmen für eine Marktwirtschaft gelten. Welche Regelungen im Detail sich aus den Grundsätzen ergeben werden, muss jede Gesellschaft in einem demokratischen Prozess festlegen. In einer globalisierten Welt sind vermutlich die meisten Regelungen auf supranationaler Ebene zu diskutieren und zu entscheiden.

Einige Beispiele hierzu:

- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Gemeingüter und Internalisierung externer Kosten
Alles was bereits in dem eigenen Abschnitt ausführlich dargestellt wurde (ab Seite 51), muss in ganz besonderer Weise für das Wirtschaftssystem gelten. Kurz: Jegliche Verunreinigungen von Luft, Wasser, Böden müssen ausgeschlossen und Verstöße stark sanktioniert werden. Jeder Verbrauch von Gemeingütern muss geregelt sein und etwas kosten. Und es muss das Verursacherprinzip gelten.

Viele Generationen lang wurden Umweltschäden durch Produktionsprozesse einfach nicht beachtet oder für wichtig genommen. Meist wurde erst reagiert, wenn Menschen zu Schaden gekommen waren. Umweltschäden wurden auch nicht bewertet. Kosten, die der Gesellschaft dadurch entstanden, wie beispielsweise Gesundheitskosten durch stark verschmutzte Luft, Aufbereitungskosten für verunreinigtes Wasser, kaum quantifizierbare Kosten für das Verschwinden von Biodiversität etc. verblieben als Kosten bei der Gesellschaft. Für die Produktionsprozesse waren dies externe Kosten, die in der Kalkulation und der Preisbildung keine Rolle spielten. Erst in dem Augenblick, wenn staatliche Auflagen zum Schutz von Luft, Wasser, Böden, die Unternehmen zum Handeln zwingen, entstehen Kosten beim Verursacher – und wirken sich in der Kalkulation aus. Dies ist mittlerweile in allen westlichen entwickelten Ländern der Fall. Verstöße gegen Schutzauflagen müssen drastisch sanktioniert werden, bis hin zu einer Betriebschließung und der Verpflichtung zum Schadensersatz.

Ähnliches gilt heute zum Klimaschutz. Welche unvorstellbaren Folgen eine zu starke Erwärmung der Atmosphäre haben kann, wurde im Kapitel „Klima“ dargestellt. Wissenschaftler sind in der Lage, die Kosten dafür zu berechnen. Die Wirtschaft trägt mit ihren Produktionsprozessen und dem Güterverkehr in erheblicher Weise zu den CO₂-Emissionen bei. Diese künftigen Kosten spielen aber derzeit in den Kalkulationen der Unternehmen und den Produktpreisen keine (!) Rolle. Diese für die Wirtschaft externen Kosten verbleiben bei der Gesellschaft als Ganzes. Und in diesem Fall bei der Menschheit als Ganzes.

Die Menschheit hat erkannt, dass man diese Katastrophe vermeiden muss. Die CO₂-Emissionen müssen in allen Sektoren sehr schnell massiv gesenkt werden, um das Ziel der Erwärmung der Atmosphäre auf 1,5° zu erreichen.

Im Bereich der Wirtschaft sind hierzu einfache Mittel einzusetzen. Die Emission von CO₂ muss etwas kosten, und zwar so viel, dass dadurch Vermeidungsstrategien und Entwicklung von Alternativen initiiert werden. Die Wirtschaft ist kostensensibel, der Kunde ist preissensibel. Die Bepreisung von CO₂-Emissionen wird bei der richtigen Preishöhe Wirkung zeigen. Externe Kosten werden internalisiert.

Hierzu ist es sinnvoll, eine CO₂-Steuer oder –abgabe zu erheben (siehe hierzu auch die Ausführungen unter „Steuersystem ab Seite 83). Die Wissenschaft hat dazu auch einen anderen, gerade für Produktionsprozesse sehr praktikablen Vorschlag gemacht: Für jede freigesetzte to CO₂ benötigt man ein Zertifikat, das man auf einem Zertifikatemarkt erwerben kann. Eine supranationale Organisation bestimmt die Menge CO₂, die weltweit in die Atmosphäre freigesetzt werden darf und damit die Anzahl an Zertifikaten sowie einen Mindestpreis, der den Folgekosten entspricht. Der tatsächliche Kaufpreis pro Zertifikat ergibt sich dann aus dem begrenzten Angebot und der Nachfrage. Je höher die Nachfrage ist, desto höher wird sich der Preis entwickeln. Diese Kosten fließen dann in die jeweiligen Produktpreise ein. Auf diese Weise gibt es mehrere Wirkungen. Zum einen werden Prozesse, die kein CO₂ produzieren, relativ preiswerter. Dies gibt einen Anreiz, erneuerbare Energien statt fossiler Energien einzusetzen. Ein Kunde hat neben den sonstigen Entscheidungskriterien ein weiteres und kann damit direkt die Klimaentwicklung beeinflussen. Prozesse, die der Atmosphäre CO₂ entziehen (z.B. Aufforstung) erzeugen Zertifikate, die Firmen verkaufen und damit Erlöse erzielen können. Mit den Erlösen aus dem Verkauf der Zertifikate kann die supranationale Organisation weltweit Umstellungsprozesse weg von fossilen Brennstoffen finanzieren.

- Menschenwürdige Produktionsbedingungen, Solidarsysteme und Internalisierung externer Kosten

Marktwirtschaft funktioniert nur richtig, wenn überall nach vergleichbaren Regeln gespielt wird. Da die Waren- und Dienstleistungswelt heute eine globale Veranstaltung ist, kommt es sehr darauf an, dass – wo auch immer in der Welt – Produktions- bzw. Arbeitsbedingungen herrschen, die als menschenwürdig bezeichnet werden können, also: keine Kinderarbeit, keine Sklaverei, keine gesundheitsgefährdenden Umstände, ausreichende Erholungszeiten, Mindestlöhne, die ein materielles Auskommen in Würde ermöglichen etc.

Hinzu kommen funktionierende Sozialsysteme, die die Risiken abdecken, die ein Einzelner nicht zu tragen in der Lage ist. Dabei ist in erster Linie an eine Absicherung gegen Krankheit zu denken.

Wenn diese Bedingungen eingehalten werden, werden sich die Produktionskosten in Ländern, die heute als Schwellenländer oder gar abschätzig als „Dritte Welt“ bezeichnet werden, gegenüber heute sicherlich deutlich erhöhen, lägen aber vermutlich immer noch weit unter dem Niveau von Europa. Also hätten diese Länder nach wie vor einen sog. komparativen Vorteil, den sie im weltweiten Handel nutzen könnten.

Eine Nichtbeachtung der dargestellten Produktions- und Arbeitsbedingungen müsste aber umgekehrt Konsequenzen haben. Denn sonst hätten die Produzenten gewaltige Vorteile, indem sie eigentlich anfallende Kosten nach außen, auf den einzelnen Mitarbeiter und auf die Gesellschaft

verlagern. Sie machen diese Kosten zu externen Kosten. Möglichkeiten dem zu begegnen bestehen um einen darin, dass Auftraggeber an derartige Produzenten keine Aufträge mehr vergeben. Zum anderen könnten unwürdige, unakzeptable Verhältnisse durch die Erhebung von Zöllen sanktioniert werden (siehe hierzu das Kapitel „Ethischer Welthandel“).

- Chancengleichheit der Marktteilnehmer

Diese Bedingung ist schon ein Element der Definition von Marktwirtschaft. Warum? In einem Wirtschaftssystem, in dem der/die Stärkere, der/die Mächtigere die Regeln oder die Bedingungen bestimmt und der/die Schwächere diese nur annehmen kann oder nicht, ist von der Ausgangssituation her nicht als Marktwirtschaft zu bezeichnen.

Um Machtmissbrauch im Verhältnis Anbieter* zu Kunde* zu vermeiden, ist es deshalb eine gesellschaftliche Aufgabe, Regeln für Verbraucher*schutz aufzustellen. Dies beginnt bei der Zulässigkeit von Allg. Geschäftsbedingungen, geht über Informationspflichten bis hin zu Verboten, z.B. von Einsatzstoffen.

Gleich wichtig ist ein Kräftegleichgewicht im Verhältnis Arbeitgeber* zu Arbeitnehmer*. Hier ist ein Instrument, Vereinigungen von Arbeitnehmer*n, also Gewerkschaften generell zuzulassen und die Spielregeln zu definieren. Also beispielsweise zu Streik und Aussperrung. Oder zu Arbeitnehmer*vertretungen in Betrieben und deren Mitsprache- und Vertretungskompetenzen.

Außerdem wirkt sich in der Wirtschaft mittelbar aus, welchen Einfluss Lobbyisten auf die Gesetzgebung (Gesetzgebung) ausüben. Hier ist die Gesellschaft gefordert bereits in diesem Stadium für Chancengleichheit zwischen Unternehmens- und Verbraucher*interessen in Form von Mitwirkungsrechten im Gesetzgebungsprozess zu sorgen (siehe hierzu auch das Kapitel „Kapitalismus“). In diesen Zusammenhang gehört auch: Null Toleranz für Korruption.

Ein ebenso wichtiges Teilthema ist der Datenschutz und der Schutz des Privaten. Ist dieser nicht gewährleistet, verschieben sich Machtpositionen zugunsten der Datenbesitzer*. Sehr kritisch sind im Zeitalter des Internets die sog. Plattform-Anbieter zu sehen, deren Ziel es ist, möglichst eine marktbeherrschende Stellung zu erreichen und deren Geschäftsmodell gleichzeitig darin besteht, möglichst viele Daten über die Nutzer* zu erhalten, um diese als Basis für gezielte Werbung zu nutzen. Siehe hierzu die Ausführungen im eigenen Abschnitt „Digitalisierung“.

Soziale Marktwirtschaft

Was wir in Deutschland unter sozialer Marktwirtschaft verstehen, geht noch über die gerade beschriebenen einschränkenden Regelungen hinaus. Hier nimmt der Mensch als Leistungskraft eine starke Position ein. Von der Entwicklung her gesehen, mussten sicherlich viele Rechte der Arbeitnehmer* durch gesellschaftliche Prozesse den Arbeitgeber*n abgerungen werden. Mittlerweile – gerade unter dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel – sind viele Unternehmer im eigenen wirtschaftlichen Interesse bemüht, Arbeitsbedingungen und das gesamte betriebliche Umfeld so zu gestalten, dass die Arbeitnehmer* ihr Potenzial zur vollen Entfaltung bringen können und wollen. Wie eingangs festgestellt: der Mensch ist ein soziales Wesen. Er braucht Akzeptanz und Anerkennung, er braucht persönliche Kontakte, Einbindung in Entscheidungsprozesse, Sicherheit usw. Dies gilt eben auch auf der Ebene Arbeitgeber*/Arbeitnehmer*.

Konkret geprägt ist der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ in Deutschland dadurch, dass sich Arbeitgeber* und Arbeitnehmer* in der Regel auf Augenhöhe begegnen und Arbeitnehmer* eine ganze Reihe von Rechten haben, die man nicht als selbstverständlich ansehen muss. Beispiele:

- Solidarsysteme, die von Arbeitgeber*n mitgetragen werden (Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung)
- Aus- und Freizeiten zur Kindererziehung oder zur Pflege von Angehörigen
- Ausgewogene Arbeitszeiten
- Recht auf Privatheit und Nichtverfügbarkeit
- Inner- und außerbetriebliche Fortbildung
- Betriebliche Alterssicherung
- Weitreichender Kündigungsschutz

Außerdem hat die Gesellschaft/der Gesetzgeber Eingriffsmöglichkeiten in den Fällen, wo sich Chancengleichheit am Markt aufgrund ungleicher Machtpositionen nicht einstellt. Beispiele:

- Mindestlohn allg. und Mindestlöhne für bestimmte Branchen
- Regelungen zu Werkverträgen

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage nach einer „gerechten“ Entlohnung bzw. Vergütung für erbrachte Leistungen auf; denn das Gefühl, gerecht behandelt zu werden, ist für jeden Einzelnen eine wichtige Voraussetzung für Zufriedenheit. In einer Marktwirtschaft unterliegt die Preisbildung für geleistete Arbeit auch dem Wirken von Angebot und Nachfrage. Insofern muss der Gesetzgeber eigentlich nur darauf achten, dass sich Arbeitgeber* und Arbeitnehmer* auf Augenhöhe begegnen können und dass die Machtverhältnisse ausgeglichen sind. Wo dies nicht der Fall ist, muss die Gesellschaft eingreifen und ihre Wertvorstellungen einbringen bzw. zum Ausdruck bringen.

Aber führt dies allein schon zu „gerechten“ Löhnen, Gehältern, Honoraren? Ein paar Grundsätze sollten schon erfüllt sein:

- Das Entgelt sollte sowohl die Anforderungen an die Aufgabe/Stelle berücksichtigen als auch den Nutzen, den diese Tätigkeit für das Unternehmen/die Organisation/ das Gemeinwohl hat.
- Dabei sollte gelten: Gleiches Geld für gleiche Arbeit. Keinerlei Diskriminierung.
- Die Gesellschaft sollte eine intensive Diskussion darüber führen, welche Wertschätzung sie bestimmten Arbeiten, die vorrangig dem Gemeinwohl dienen, beimisst und danach die Vergütung bestimmen. Denn über die Löhne und Gehälter in den Bereichen Erziehung, Bildung, Gesundheitswesen, Rechtswesen, Sicherheit und öffentliche Verwaltung kann die Gesellschaft indirekt auch die Entgeltniveaus in der sog. freien Wirtschaft beeinflussen.

Ich bin jedoch kein Befürworter von Entgeltobergrenzen, solange diese nicht zu Lasten der Gesellschaft gehen. Es sollte eine freie Entscheidung der Beteiligten sein, eine Vergütung für eine/n Vorstandsvorsitzende/n eines Unternehmens, ein Honorar für eine/n Künstler/in oder Sportler/in, eine Vergütung für eine Erfindung etc. auszuhandeln. Wenn die eine Partei bereit und in der Lage ist, einen bestimmten Betrag für eine Leistung zu bezahlen - und sei er noch so hoch - geht das niemanden Dritten etwas an. Doch sofort eine Einschränkung dazu: Stargagen in den öffentlich-rechtlichen Medien unterliegen natürlich einer gesellschaftlichen Kontrolle. Eine letzte Anmerkung: Wenn durch exorbitante Vergütungen, die auf dem freien Markt vereinbart werden, gesellschaftliche Akzeptanzprobleme entstehen, sind diese durch ein entsprechendes Steuersystem auszugleichen.

Gemeinwohl-Ökonomie

Die Bewegung Gemeinwohl-Ökonomie, initiiert von Christian Felber, geht noch einen Schritt weiter. Sie stellt das Postulat auf: Jedes wirtschaftliche Handeln muss zum Ziel die Erhöhung des Gemeinwohls haben. Jegliche Einzelinteressen haben dahinter zurückzustehen. Dabei gleichen sich die gesellschaftlichen Werte, die die Gemeinwohl-Ökonomen* als erstrebenswert ansehen, weitestgehend oder sogar in Gänze den Werten, die in dieser Schrift diskutiert werden. Die Gemeinwohl-Ökonomen* gehen in einem zweiten Schritt noch weiter, als sie von jedem Unternehmen eine Gemeinwohl-Bilanz fordern und diese vor die monetäre Bilanz gestellt wissen wollen. In dieser Gemeinwohl-Bilanz werden die Ausprägungen der gesellschaftlichen Werte im Detail aufgeführt und ihr Erfüllungsgrad bewertet und am Ende in einer Farbskala nach außen kommuniziert. Dies soll auf einfache Weise eine Entscheidungsgrundlage für alle liefern, die mit einem Unternehmen in irgendeiner Beziehung stehen, ob als Kunde*, als Mitarbeiter*, als Investor* etc.

Ich persönlich bin in folgenden Punkten skeptisch. Zum einen glaube ich, dass es dem Wesen der meisten Menschen nicht entspricht, zuerst an die Anderen oder das „Große Ganze“, heißt an das Gemeinwohl zu denken und eigene Interessen und Bedürfnisse hintanzustellen. Das würde ein komplettes gesellschaftliches Umdenken erfordern. Zum zweiten halte ich die Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz - wie aus eigener Erfahrung viele andere Zertifizierungen auch - für ein aufwändiges, bürokratisches Verfahren, das sehr viel Kapazität in den Unternehmen binden würde. Außerdem handelt sich bei den einzelnen zu bewertenden Punkten um sogenannte weiche Faktoren. Allein die in den Arbeitsbüchern aufgeführten Fragestellungen und die Stufen der Erfüllungsgrade lassen aus meiner Sicht einen großen Bewertungsspielraum und laufen deshalb große Gefahr keine wirklich objektive Aussagekraft zu besitzen. Letztlich kommt es darauf an, ob die Grundsätze (Werte) tatsächlich in den Unternehmen gelebt werden. Bestes Beispiel: Umfassendes Qualitätsmanagement mit tausenden Seiten detaillierter Regelungen in der Automobilindustrie und trotzdem der Skandal betrügerischer Abgas-Steuerungs-Software. Bei jeder dieser Zertifizierungen besteht das Problem darin, dass man sich besser darstellt, als man ist, weil es als Marketinginstrument nach außen gedacht und praktiziert wird - und nicht aus eigener Überzeugung nach innen gerichtet ist. Wenn doch, bräuchte es ein gegen Missbrauch abgesichertes Zertifizierungssystem.

Das Konzept von Christian Felber und der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung ist aber ein ganzheitlich durchdachter Ansatz und dient sicher dazu, über ethische Werte im Zusammenhang mit „Wirtschaft“ nachzudenken – wie wir das in dieser Publikation auch tun – und eine Entwicklung in die richtige Richtung anzustoßen. Ob es dazu eine komplett andere Wirtschaftspolitik braucht oder ob es, wie wir es hier vorschlagen, „nur“ wirksamer Regelungen bedarf, kann sehr gut in dem von Christian Felber vorgeschlagenen Wirtschaftskonvent diskutiert werden.

Ich bin der Überzeugung, dass es auf der Basis der gesellschaftlichen Werte, einfacher grundsätzlicher Regeln bedarf, die die Gesellschaft sich gibt und die den Rahmen abstecken, innerhalb dessen jeder Einzelne sich dann frei entfalten können muss. Freiheit und Selbstbestimmtheit sind zwei wichtige Güter, ohne die ein zufriedenes, glückliches Leben nicht möglich ist.

Ethischer Welthandel

Christian Felber hat in Bezug auf die Globalisierung die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie auf den weltweiten Austausch von Gütern und Dienstleistungen übertragen. Der Grundansatz dabei ist, die

eigenen Umwelt- und Sozialstandards letztlich zu schützen vor Umwelt- und Sozial-Dumping in anderen Ländern. Tatsache ist, dass heute in vielen Ländern der Erde die Sozialcharta der UN weitestgehend nicht umgesetzt ist, dass menschenunwürdige Arbeitsbedingungen herrschen und Hungerlöhne gezahlt werden. Dazu kommen umweltzerstörende Produktionsprozesse. Dies schlägt sich in entsprechend niedrigen Preisen nieder. Dieses Umwelt- und Sozialdumping soll nun durch entsprechende Zölle ausgeglichen werden. Ich halte den Ansatz, die eigenen bzw. die UN-Werte dieser Bereiche als Bemessungsgrundlage zu nehmen für einen sehr interessanten Ansatz. Die Schwierigkeit liegt m.E. aber darin, diese Werte zu bepreisen. Jedenfalls könnte über dieses Modell besser Einfluss auf die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards überall auf der Welt genommen werden als über freiwillige Zertifizierungen, Labels oder Appelle an die Konsumenten*, bei ihren Kaufentscheidungen nicht nur den Preis zu berücksichtigen. Wie weiter oben bereits erwähnt, würden bei Umsetzung bzw. Angleichung der Standards in sog. Entwicklungsländern zwar die Kosten dort steigen, aber es bliebe voraussichtlich immer noch ein deutlicher komparativer Vorteil und damit die Möglichkeit zu exportieren. Es ist in jedem Fall angeraten, sich mit diesem Ansatz „ethischer Welthandel“ auseinanderzusetzen.

Ein vergleichbarer Ansatz müsste natürlich auch umgekehrt im Verhältnis der „Entwicklungsländer“ gegenüber den „entwickelten“ Ländern gelten. Die Industrienationen sehen die Entwicklungsländer neben ihrer Funktion als billige Produktionsländer und Rohstofflieferanten zusätzlich als Absatzmärkte für Produkte, bei denen sie einen komparativen Vorteil haben. Das würde prinzipiell dem System Marktwirtschaft entsprechen, wenn hierbei – wie grundsätzlich – Chancengleichheit gewährleistet wäre. Die Marktmacht der Industrieländer ist jedoch so groß, dass davon keine Rede sein kann. Am Beispiel Lebensmittel wird dies besonders deutlich: Die Massenproduktion in den Industrieländern (mit all ihren negativen Begleiterscheinungen) führt zu Preisen, bei denen die kleinbäuerlichen Produktionsformen in den Entwicklungsländern nicht mithalten können. Hinzu kommt, dass oft auch noch der Export von Lebensmitteln subventioniert wird. Dagegen müssen sich Entwicklungsländer schützen.

Die westlichen Industrieländer haben zusätzlich noch eine besondere Verantwortung hinsichtlich eines klimaschonenden Wirtschaftsprozesses und einer entsprechenden Lebensweise. Da sie die heutigen Belastungen des Klimas aus den eigenen Verhaltensweisen in der Vergangenheit zu verantworten haben, müssen sie die Entwicklungsländer dabei unterstützen, sich ebenfalls zunehmenden Wohlstand zu erwirtschaften, aber ausschließlich mit modernen, klimaschonenden Technologien.

Innerhalb des Wirtschaftssystems bedarf die

Finanzwirtschaft

einer gesonderten Betrachtung.

Die sog. Finanzkrise des Jahres 2008 wurde ausgelöst durch Fehlspekulationen der Finanzindustrie und hatte jahrelange äußerst negative Auswirkungen sowohl auf die Finanzwirtschaft als auch auf die Realwirtschaft weltweit. Seither bemühen sich Regierungen Vorsorge zu treffen, dass Vergleichbares nie wieder passieren kann. Wirksame Lösungen gibt es aber bis heute nicht.

Deshalb steht eingangs wieder die Frage: Welche Aufgabe hat eigentlich die Finanzwirtschaft?

Und auch hierzu lautet die einfache Antwort: Sie hat eine dienende Funktion. Die Aufgabe der Finanzwirtschaft besteht einzig und allein darin, der Realwirtschaft die benötigten Gelder zu besorgen. Dies geschieht einerseits durch Kreditvergabe und andererseits durch die Beschaffung von Eigenkapital. Das heißt sie ist Mittlerin zwischen Kapitalbesitzern und Kapitalsuchern. An dieser Stelle liegt es nahe, sich zunächst mit dem Begriff

Kapitalismus

zu beschäftigen. Und noch wichtiger: mit dessen realen Auswirkungen.

Ohne Kapital geht grundsätzlich gar nichts. Für jede Umsetzung einer Idee, eines Projekts benötigt man Geld. Selbst wenn ein einzelner Mensch in seinem stillen Kämmerlein sitzt und eine Idee entwickelt, braucht er zumindest ein paar Arbeitsmittel und er muss sein Leben finanzieren. Er braucht also entweder Ersparnisse oder jemand Dritten, der für diese Kosten aufkommt. Andererseits braucht Kapital Anlagemöglichkeiten, also Ideen, Menschen, Projekte, in die man investieren kann. Ohne Investitionsmöglichkeiten ist Kapital nutzlos. (Man könnte es nur verbrauchen, oder besser: verschenken.) Beides bedingt also einander. Per se ist damit einem freien Spiel der Kräfte der Platz bereitet. Zur Finanzierung einer großartigen Idee werden sich Kapitalgeber drängeln, da jeder dabei sein möchte. Andererseits wird eine Firma in Schwierigkeiten um Eigenkapital oder Kredite buhlen und Risikoaufschläge in Kauf nehmen müssen. Denn die erste Grundregel des Kapitalismus ist: Kapital soll sich vermehren. Ein Kapitalgeber will mit seiner Investition Gewinn machen. Und in der Regel ist davon auszugehen, dass das Ziel Gewinnmaximierung lautet. Generell sollte man nicht die Augen davor verschließen, dass die Kapitalgeber in der Regel und langfristig letztlich immer das letzte und entscheidende Wort haben werden.

Dies ist aus meiner Sicht grundsätzlich nicht verwerflich oder zu verteufeln. Allerdings unter einer Voraussetzung: Wie in den vorangegangenen Abschnitten beschrieben, darf wirtschaftliches Handeln ganz allgemein und in jedem Einzelfall keine gesellschaftlichen Schäden herbeiführen.

Entscheidend ist hingegen die Frage nach der **Macht** in einer Gesellschaft. Es gibt deutliche Hinweise, in Einzelfällen auch Beweise, dass große Kapitalbesitzer*, seien es Einzelpersonen oder Konzerne mit großem Aufwand und offensichtlich mit Erfolg, Einfluss nehmen auf Gesetz- und Regelgebung, und zwar zu ihren Gunsten und in der Regel mit Nachteilen oder gar Schaden für die Gesellschaft. Dies betrifft alle Bereiche von Umweltfragen über Sozialstandards bis hin zu Abgaben und Steuern. Diese Einflussnahme läuft über massiven Lobbyismus (siehe hierzu auch die Ausführungen unter Chancengerechtigkeit) bis hin zu konkreten Gesetzestexten, verfasst von durch Konzerne beauftragte Rechtsanwaltskanzleien. Dazu kommt das meist öffentlich provokativ eingesetzte Drohmittel Arbeitsplätze, wenn es um verlangte Vergünstigungen und Zuschüsse oder um Vermeidung von Auflagen oder Kosten geht.

In diesem Zusammenhang sollte in der Gesellschaft über alle Gruppen hinweg Einigkeit herrschen (bis wahrscheinlich auf die Großkapitalisten selbst), dass die Theorie falsch ist, wenn es in erster Linie den Unternehmer*n (Kapitalisten*) gut gehe, wirke sich das zwingend in der Folge auf das Wohlergehen der Bevölkerung aus (sog. trickle-down-Effekt). Eine Gesellschaft, in der wenige Superreiche mehr als 50 % des Gesamtvermögens besitzen und viele Menschen am unteren Ende nichts bzw. in Armut leben, eine solch gespaltene Gesellschaft ist soziologisch ein Pulverfass – und trägt mit Sicherheit nicht dazu bei, dass Menschen sich glücklich und zufrieden fühlen, sondern zum Gegenteil.

Natürlich ist eine florierende Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung für das materielle Wohlergehen der Menschen. Aber dass eine Wirtschaft floriert, sollte in erster Linie von der Kreativität, dem Ideenreichtum, der Begeisterungsfähigkeit und auch der Einsatzfreude der Menschen abhängen – womit wir wieder beim Thema Bildung und Erziehung – wären. Wirtschaft sollte nicht deshalb funktionieren und florieren können, weil Menschen ausgebeutet und die Umwelt geschädigt werden, Kosten sozialisiert und Gewinne in sogenannte Steueroasen verschoben und nur minimal besteuert werden.

Kapitalismus in seiner heutigen Form ist also nach meiner Definition, die Macht zu besitzen und auszuüben, die Regeln der Gesellschaften zu seinen Gunsten zu beeinflussen bzw. sogar zu bestimmen. Diese Form des Kapitalismus nicht zuzulassen, ist Aufgabe unserer Gesellschaften. Das Kapital hat sich den gesellschaftlichen Grundwerten unterzuordnen, die von allen Menschen für alle Menschen definiert werden.

Neben der dominierenden Machtfrage ist ein zweiter wichtiger Aspekt des Kapitalismus, dass es dem/der „typischen“ Kapitalisten/in egal ist, wie sich sein Kapital vermehrt, es sollte am liebsten mit dem geringstmöglichen Risiko den größtmöglichen Gewinn erzielen. Die Grundfunktion der Finanzwirtschaft ist – wie eingangs beschrieben – Kapital für die Realwirtschaft zu vermitteln. Diese Funktion hat die Finanzwirtschaft weit hinter sich gelassen. Die weltweiten Finanzströme haben nur mehr zum geringsten Teil mit den Bedürfnissen der Realwirtschaft zu tun. Sie dienen vielmehr in erster Linie dazu, mit Spekulationen jeglicher Art Gewinne zu machen. Dazu wurden von der Finanzwirtschaft eine Vielzahl reiner Finanzprodukte erfunden, die nichts mit der Realwirtschaft zu tun haben und die in vielen Fällen außerdem bewusst extrem komplex und undurchschaubar gestaltet wurden.

Diese Art von Wirtschaft dient keinerlei gesellschaftlichem Zweck, sondern ausschließlich der Befriedigung einer negativen menschlichen Motivation: der Gier. Man könnte es vielleicht dabei bewenden lassen, wenn die Spekulanten* ihre Risiken alleine tragen würden. Die Finanzkrise hat aber gezeigt, dass die Verflechtungen innerhalb der Finanzwelt und zur Realwirtschaft dazu führen, dass ganze Gesellschaften in Gefahr geraten können. Insofern bedarf es ganz starker und klarer Regeln, für die Tätigkeiten der Finanzwirtschaft.

Exkurs Börse

Eine der Institutionen der Finanzwirtschaft ist eine Börse, an der Aktien und die oben erwähnten Finanztitel gehandelt werden. Aktien dienen der langfristigen Finanzierung von Unternehmen mit Eigenkapital und sind vom Grundsatz her nicht als kurzfristiges Spekulationsmedium gedacht. Spekulative Kursentwicklungen können Unternehmen im Gegenteil sehr schaden. Insofern sollte es auf diesem Feld der wirtschaftlichen Betätigung keine Anreize für kurzfristiges spekulatives Handeln geben. Bei Spekulationen gibt es immer Gewinner* und Verlierer*. Und Verlieren ist per se schlecht. Verlieren macht nicht glücklich. Wirtschaftliche Handlungen sollten von der Grundanlage her immer eine win-win-Situation anstreben, genauso wie im übrigen gesellschaftlichen Leben.

Insofern sollen Instrumente entwickelt bzw. eingesetzt werden, die spekulative Handlungen erschweren bzw. einhegen. Hierzu gehört als erstes eine Finanztransaktionssteuer. Jeder Warenverkehr wird mit einer – meist sogar recht hohen – Umsatzsteuer belegt. Diese ist eine der Haupteinnahmequellen der öffentlichen Haushalte. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Kauf von Wertpapieren oder Finanztiteln (gleich welcher Art) keiner Umsatzsteuer unterliegen. Dies würde beispielsweise den Hochfrequenzhandel mit diesen Titeln erheblich einschränken, da dieser Hochfrequenzhandel auf die Nutzung minimalster Kursdifferenzen ausgerichtet ist. Die interessanten Handelsspannen würden sich um die Steuern erhöhen und damit die bisher extrem kurzfristigen Spekulationszeiten deutlich erhöhen.

Der Hochfrequenzhandel, der ja programmgesteuert automatisch abläuft, hat neben dem reinen Spekulationszweck noch einen zweiten negativen Effekt. Alle EDV-Programme sind in gleichartiger Weise programmiert. D.h. ein Trend schaukelt sich ganz schnell auf. Dies hat nichts mit rea-

len Vorgängen in den betreffenden Unternehmen zu tun. Es verfälscht den Wert eines Unternehmens in kürzester Zeit um irrealer Beträge, obwohl Auslöser nur eine minimale Kursdifferenz war. Es gibt in jedem Fall Geschädigte, meist das betroffene Unternehmen und die seriösen, langfristig orientierten Anleger*. Insofern ist zusätzlich zur Finanztransaktionssteuer auch eine Mindesthaltedauer von Finanzanlagen zu diskutieren. Hierbei denke ich aber in relativ kurzen Zeiträumen, z.B. einen Tag, sodass Aufsichtsbehörden bei außergewöhnlichen Entwicklungen vernünftig reagieren können und gleichzeitig das Risiko der Marktteilnehmer bleibt, aber begrenzt wird.

Nochmals: Die Institution Börse an sich ist nicht das Problem, sondern die grundsätzliche Zielrichtung der Aktionen und die handelnden Personen. Und diese müssen insoweit durch Regularien eingehegt werden, dass sie keinen gesellschaftlichen Schaden verursachen können.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass Kapitalbesitz und Kapitalerträge derzeit steuerlich bevorzugt behandelt werden. Dies führt dazu, dass es immer mehr Superreiche gibt und sich die Schere zwischen diesen und dem Rest der Bevölkerung immer weiter öffnet. Dies birgt – wie bereits an anderer Stelle ausgeführt – enormen sozialen Sprengstoff. (Siehe hierzu die Vorschläge im Kapitel „Steuersystem“.)

Es gibt Wissenschaftler und Bewegungen, z.B. die der Gemeinwohl-Ökonomie, die das herrschende Finanzsystem grundsätzlich in Frage stellen und insbesondere die Verzinsung von Kapital als das Grundproblem an sich ansehen, weil es zwangsläufig zu einem Fehlverhalten anreize bzw. führe: Egoismus und Gier statt Gemeinwohl und Glück. Das von der Gemeinwohl-Ökonomie vorgeschlagene Modell sieht ein völlig neues Finanz- und Geldsystem vor (siehe hierzu einen Kommentar am Ende des Kapitels).

Ein weiteres grundsätzliches Problemfeld ist der Fetischismus um das Thema

Wachstum

Von fast allen Politiker*innen und der Mehrzahl von Wirtschaftswissenschaftler*innen weltweit wird Wirtschaftswachstum als wichtigstes Ziel angesehen. Deren Begründung ist einfach: Wirtschaftswachstum ist die Voraussetzung für steigenden Wohlstand in einer Gesellschaft. Materieller Wohlstand ist gesellschaftlicher Kitt, führt zu Zufriedenheit der Menschen und damit zu stabilen politischen Verhältnissen. Je besser es den Menschen materiell geht, desto einfacher hat es eine Regierung. In Deutschland gibt es hierzu seit 1967 explizit ein Gesetz, das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“. Als wesentliche Folgen des Wirtschaftswachstums werden gesehen: Arbeitsplatzsicherheit, höhere Einkommen, größere Verteilungsspielräume, leichtere Finanzierung staatlicher Leistungen. Dies sind sicher anstrebenswerte Ziele.

Es gibt aber auch die negativen Folgen von Wachstum: immer höherer Ressourcenverbrauch; zunehmende Schädigungen der Umwelt; zunehmende Sozialisierung sog. externer, sich nicht in den Preisen abbildenden Kosten sowie Verstärkung der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen (Kapitalismus). Diese negativen Folgen gewinnen zunehmend größere Bedeutung. Sie wirken sich letztlich kontraproduktiv aus. Besonders Ressourcenverbrauch und Umweltproblematiken führen tendenziell dazu, in absehbarer Zeit an die Grenze jeglichen Wachstums (bereits 1970 gewarnt: Club of Rome) zu kommen, sowie dramatische Kostensteigerungen und Konsumeinschränkungen hinnehmen zu müssen. D.h. Wachstum frisst sich selbst auf. Aber mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Menschheit.

Es ist also dringend erforderlich, den Wachstumsfetischismus zu überwinden und zu einer nachhaltig verträglichen Wirtschaftsweise zu kommen.

Aus meiner Sicht kommt es deshalb für die Zukunft an vorderster Stelle darauf an, diese beiden elementaren Problemfelder zu lösen (siehe hierzu die Ausführungen beim Grundsatz „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ und Details in den Kapiteln „Ressourcenverbrauch“ und „Klima“). Viele Fachleute sind davon überzeugt, dass beides ohne bzw. ohne einschneidende Wohlstandsverluste in den sog. „entwickelten“ Ländern möglich ist.

Für Entwicklungsländer gilt natürlich, dass diese Menschen Anspruch und Recht auf steigenden Wohlstand haben. Insofern ist in diesen Ländern Wachstum in Form von höherer Beschäftigung und höherem Einkommen ein wichtiges Ziel. Diese Länder können und müssen aber die Fehler, die die entwickelten Länder in der Vergangenheit gemacht haben, vermeiden. Für diese Länder gelten dieselben Ansprüche in Bezug auf Ressourcenverbrauch und umweltverträgliches Leben und Wirtschaften wie für alle. Wie im Kapitel „ethischer Welthandel“ erwähnt, haben die Industrieländer sogar die Pflicht, die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen.

Kommen wir aber zu der Frage zurück, ob Wachstum per se zwingend ist, oder ob wir in den sog. „entwickelten“ Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften damit einem Denkmuster verfallen sind, das in seiner Absolutheit oder eventuell gar nicht mehr stimmt? Schauen wir uns mal kurz die Faktoren an, die zu Wachstum führen können:

- Technischer Fortschritt und Produktivitätsgewinne: können zur Verbilligung von Produkten und/oder zu Erhöhung von Löhnen führen; beides kann zu einer Erhöhung der Nachfrage und damit zu einem sich selbst tragenden Kreislauf führen: mehr Nachfrage -> mehr Produktion -> mehr Beschäftigung -> mehr Einkommen -> mehr Nachfrage (sog. rebound-Effekt)
- Innovationen, neuartige Produkte: z.B. Alles um Digitalisierung und erneuerbare Energien. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass Innovationen Auswirkungen auf bisherige Industriefelder und Dienstleistungen haben, diese sogar komplett abgelöst werden können (Beispiel Kohle). Außerdem ist es erforderlich bei tiefgreifenden Innovationen eine Technikfolgen-Bewertung durchzuführen (Beispiel Gentechnik).
- Wachsen der Ansprüche: z.B. größere Wohnungen, bessere Ausstattung, leistungsfähigere Produkte. Ein grundsätzlicher Antrieb von Menschen. In entwickelten Gesellschaften gibt es aber eine Sättigungsgrenze.
- Besitzdenken: Jeder möchte alles in seinem Eigentum haben. Es steht der Besitz im Vordergrund und nicht die Nutzungsmöglichkeit.
- Befriedigung nicht materieller Bedürfnisse: z.B. Selbstwert, Anerkennung, Zugehörigkeit zu Gruppen etc.. Derartiges Kaufverhalten wird insbesondere durch häufige Produktwechsel, Moden, Marketing provoziert.

Eine der Hauptthesen für Glück und Zufriedenheit, die wir eingangs diskutiert haben, lautete: Materielle Grundbedürfnisse müssen erfüllt sein, aber ab einem bestimmten (individuellen) Niveau trägt eine Erhöhung des Wohlstands nicht mehr zur Erhöhung des Glücks und der Zufriedenheit bei. Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass in den sog. „entwickelten“ Gesellschaften im Prinzip für viele Menschen ein ausreichendes Wohlstandsniveau bereits erreicht ist und Wachstumsimpulse aus den letzten drei Gründen entfallen könnten.

Vielmehr könnten Produktivitätsfortschritte und Innovationen dazu genutzt werden, um die sozialen Komponenten für Glück und Zufriedenheit zu stärken. Zum einen könnten Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass die Verbindung von Familie und Beruf leichter und stressfreier gestaltet oder die

Verteilung von Arbeits- und Freizeit flexibler organisiert werden kann oder schlicht für das gleiche Einkommen weniger gearbeitet werden muss. Mittel- und langfristig ist sowieso davon auszugehen, dass aufgrund der fortschreitenden Produktivitätsgewinne und Innovationen die Arbeitszeiten für alle deutlich gesenkt werden könnten. Dies bedeutet, dass Wachstum, definiert als „immer mehr“, ausgedient haben könnte und der Fokus auf einem qualitativen Wachstum, also auf einem „immer besser“ und einem „immer nachhaltiger“ liegen könnte. Auch der Fokus auf das „Besitzen“ könnte sich hin zum „Nutzen“ und damit zum „Teilen“ mit anderen wandeln.

Exkurs: Nutzen statt besitzen

Es ist schon bemerkenswert, wofür Menschen Geld ausgeben – und zwar für Dinge, die man nur gelegentlich nutzt und die überwiegend irgendwo herumliegen oder –stehen und nur Platz wegnehmen. Es ist verblüffend, wenn man mal darüber nachdenkt, was das alles für Gegenstände sind, auf die das zutrifft, die man „gedankenlos“ gekauft hat, die man aber genauso gut mit anderen teilen könnte oder bei Gelegenheit mieten könnte. Beispiele:

- Die Kreissäge, die Bohrmaschine, der Akkuschauber, die man mal gekauft hat, weil man vor ein paar Jahren ein Hochbeet selbst gebaut hat: Wie oft im Jahr braucht man diese Geräte? Und dann für ganz spontane Arbeiten? Oder mit Vorlaufzeit, so dass man sie auch organisieren könnte?
- Der Rasenmäher: Jede Woche Samstag nachmittag ist Rasenmähzeit. Alle Nachbarn möglichst kurz hintereinander, damit alle was davon haben. Also: Jeder hat einen Rasenmäher und mäht eine Stunde maximal in der Woche. Und die restliche Zeit? Stehen die 5-10 Geräte herum. Wäre es nicht überlegenswert, sich ein Gerät zu teilen?
- Die Ski, die Schneeschuhe, das Kanu, das Surfbrett – alles Gegenstände, die viele nur einmal im Jahr im Urlaub intensiv nutzen: Muss man sich diese Dinge kaufen oder könnte man sie sich, jeweils in aktueller Version und genau angepasst für den Zweck leihen?
- Der Pkw: Steht im Regelfall 90 % der Zeit irgendwo rum und nimmt Platz weg. Wie oft und wie lange wird er wirklich gebraucht und von wie vielen Menschen genutzt? Der so unverzichtbare SUV für die tägliche Fahrt in die Arbeit: 2 mal 1 Stunde Fahrtzeit für eine Person – und 22 Stunden ungenutzt geparkt, womöglich noch im öffentliche Raum. Rechnet sich das? Gibt es dazu wirklich keine vernünftigen Alternativen?
- Das Wohnmobil: Einmal im Jahr mit dem Wohnmobil in Urlaub. Wer fährt denn jedes zweite Wochenende in der Gegend herum mit Übernachtung im eigenen Heim? Ab wie viel Nutzung rechnet sich so ein Fahrzeug? Kann man sich so etwas nicht mieten?

Das sind nur ein paar Beispiele, die zum Nachdenken anregen sollen. In der Landwirtschaft gibt es sog. Maschinenringe schon seit Jahrzehnten. Man teilt sich die großen Geräte. Warum sollte das nicht in Form einer Nachbarschaftshilfe auch organisierbar sein? Car-sharing ist auch nicht gerade neu. Und Mietangebote gibt es ebenfalls schon lange für alle möglichen Geräte. Man muss nur mal darüber nachdenken, was man wirklich so häufig braucht, dass es sich lohnt zu kaufen und zu besitzen.

Exkurs: Konsumismus

Was wir heute in entwickelten Gesellschaften beobachten können, wird oft unter dem Stichwort „Konsumismus“ beschrieben: Bedürfnisbefriedigung durch Kauf von immer wieder neuen Konsumgütern, ohne dass hierfür ein echter Bedarf besteht. Dies gilt insbesondere für Bekleidung und elektronische Geräte, aber grundsätzlich für alles was Moden und Trends unterliegt. Es gibt dazu eine Vielzahl von Untersuchungen und Forschungen. Deshalb sei an dieser Stelle nur auf drei für mich sehr wichtige Aspekte eingegangen:

- Auf der materiellen Seite steht der gewaltige Ressourcenverbrauch. Dabei geht es nicht nur um Dinge, die dann ungenutzt in Schränken und Kellern herumliegen, sondern auch um die gewaltigen Abfallmengen. Ganz zu schweigen von den Umweltbelastungen, die durch Produktion, Handel, Verkehr und Entsorgung entstehen.
- Der zweite Aspekt ist die psychologische Seite. Wodurch wird ein solches Verhalten befeuert? Und wohin führt es? Für mich ist Konsumismus ein Ausdruck dafür, dass solche Menschen in ihrem Kern nicht glücklich sind, sondern ihr Glück in der Ersatzhandlung „Konsum“ suchen. Auch der Vergleich mit anderen, der Wunsch zu einer Gruppe dazu zu gehören, anerkannt zu werden - auch wenn es nur Äußerliches betrifft – ist ein wichtiger Beweggrund. Das alles wird durch subtile Werbung fast zu einem unwiderstehlichen Sog.
- Diese psychische Verfassung auf der Konsumenten*seite trifft auf den Wachstumsfetischismus auf der Anbieter*seite. Gegen echte Innovationen ist überhaupt nichts einzuwenden (s.o.). Aber Modellwechsel in schneller Folge ohne wesentlich Neues, sind nur dem wirtschaftlichen Erfolg geschuldet. Ebenso wie eine geplante Obsoleszenz oder Produktdesigns, die eine Reparatur oder einen Austausch von Teilen unmöglich machen.

Wachstum aus diesen Gründen ist aufgrund seiner Folgen für eine Gesellschaft nicht wünschenswert. Kann dagegen etwas getan werden? Ja, natürlich: Erziehung, Bildung, Aufklärung stehen an erster Stelle. Zweitens, wenn eine Reihe der anderen Faktoren erfüllt wären, die wir eingangs als wichtig für persönliche Zufriedenheit und Glück erachtet haben und die zu einem stabilen Selbstwert und einem reflektiertem Verhalten verhelfen, wäre dem inneren Drang, sich das Glück durch Konsum zu erkaufen, der Boden entzogen. Drittens: Verminderung der Folgen durch klare Umweltregeln, einschließlich einem steuernden Steuersystem.

Ein ganz wichtiger Treiber für Wachstum ist systemimmanent: das vorher besprochene Kapital. Kapital will investiert werden, es will Gewinne erzielen und es soll sich vermehren. Und genau das tut es. Es steht immer mehr Kapital zur Verfügung. Die Gewinne haben einen Zinseszins-Effekt. D.h. wir haben es mit einer exponentiellen Entwicklung zu tun. Diese „erzwingt“ geradezu Wachstum. Wie kann dem begegnet werden, ohne die Systemfrage zu stellen (was von einer Reihe Wissenschaftlern durchaus getan wird)?

Natürlich wäre ein Wertewandel in den Verbraucher*gehirnen eine der wichtigsten Einflussgrößen. Die Nachfrage ist das Entscheidende. Was nicht nachgefragt wird, wird nicht produziert, braucht kein Kapital. Gesellschaftlicher Diskurs, Bildung, reflektiertes Verhalten, etc. – wie mehrfach beschrieben - könnte viel bewirken. Hinzu kommen unbedingt gesellschaftliche Regelungen zu einer ressourcenschonenden Produktion und einer klimaverträgliche Lebensweise. Die Zentralbanken haben eine wichtige Funktion bei der Steuerung der Geldmenge. Diese darf nur in gleicher Höhe wie die Produktivitätsfortschritte mitwachsen. Und letztlich kann ein sinnvolles Steuersystem hier tatsächlich „steuernd“ mitwirken.

Wachstum zur Erhöhung des Wohlstands, war die Eingangsthese. Dabei ist allein schon die Definition von Wohlstand eine sehr umstrittene Geschichte. Das berühmt-berüchtigte BIP (Bruttoinlandsprodukt) umfasst – grob gesagt - nämlich alle produzierten Güter und Dienstleistungen eines Landes. Darunter sind auch eine ganze Reihe von Leistungen, auf die man gerne verzichten könnte, nämlich z.B. auch die Leistungen für die Behandlung von Unfällen und Krankheiten. Diese Messgröße ist also alles andere als geeignet, Wohlstand (= rein materiell) oder besser Wohlergehen (= materiell und immateriell) auszudrücken.

Wenn man zunächst nur auf das Materielle abstellt, wäre eine weitaus bessere Messgröße für Wohlstand: Durchschnittliches verfügbares Einkommen nach Steuern (vor Sozialabgaben) in Verbindung mit dem sog. Gini-Koeffizienten, der das Maß der Gleich- bzw. Ungleichverteilung in einer Gesellschaft angibt.

Damit ist aber noch nichts bekannt über unser Thema: Wie zufrieden oder gar glücklich sind die Menschen? Dies zu messen gibt es einige wissenschaftliche Ansätze, z.B. den „Happy Planet Index“ oder die Zielgröße „Bruttosozialglück“ in Bhutan. In jedem Fall geht es nicht ohne repräsentative Befragung der Bevölkerung.

Was bleibt an Freiheitsgraden?

Am Ende des Abschnitts über Wirtschaft, möchte ich nochmals kurz zusammenfassen, welchen Grundsätzen Wirtschaft zu folgen haben müsste, welchen Beschränkungen, Grenzen, Regeln sie unterworfen sein müsste und was an Freiheitsgraden bleibt.

Die wichtigsten Grundsätze sind nach meiner Meinung folgende:

- Wirtschaft ist kein Selbstzweck, Wirtschaft hat den einzelnen Menschen und der Gemeinschaft zu dienen. Sie soll die Grundlage für materiellen Wohlstand in einer Höhe bilden, der ein auskömmliches Leben für den einzelnen Menschen ermöglicht.
- Die Gesellschaft bestimmt die Spielregeln. Diese sollen insbesondere folgende Inhalte behandeln:
 - Weitestgehende Chancengleichheit zwischen den einzelnen Akteuren
 - Keine Dominanz des Kapitals dergestalt, dass das Kapital die Regeln bestimmt
 - Keine Schädigung der Gemeinschaft durch wirtschaftliche Prozesse (insbesondere Schäden für Personen und an der Umwelt)
 - Keine Sozialisierung von Kosten, die durch Wirtschaftsprozesse entstehen (insbesondere Sozialkosten, Umweltweltkosten) bzw. umgekehrt Internalisierung sog. externer Kosten

Diese Grundsätze müssen für das Gesamtsystem Wirtschaft gelten, insbesondere unter dem Aspekt der Internationalisierung bzw. Globalisierung und Digitalisierung. Es ist nicht davon auszugehen, dass jeder Marktteilnehmer freiwillig nach diesen Grundsätzen handelt. Insofern bedarf es eindeutiger Regelungen für das was gewünscht und erlaubt ist, und was vermieden werden muss. Dabei muss jede Gesellschaft das Recht haben, seine Standards und Regeln für sich zu bestimmen und dazu Sanktionen und Ausgleichsmaßnahmen für den Wirtschaftsverkehr mit Dritten, die diese Standards möglicherweise unterschreiten. Aufgrund der Globalisierung bedarf es dabei auch einiger Regelungen, die global gelten müssen, z.B. im Bereich des Klimaschutzes.

Innerhalb dieses Regelungsrahmens, der für alle Marktteilnehmer gleichermaßen gilt, soll sich jeder frei entfalten können. Der Kreativität, dem Erfindungsreichtum, dem Einsatzwillen, sozialen Fähigkeiten usw., aber auch den Wünschen und Bedürfnissen von Menschen sind nur die gemeinschaftlich definierten Grenzen gesetzt. Ansonsten kann jeder Einzelne sein individuelles Potenzial voll entfalten. Und kann so seines Glückes Schmied sein.

Wie bereits erwähnt, geht das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie offenbar nicht davon aus, dass mit einem entsprechenden Regelungsrahmen die gesellschaftlichen Ziele erreicht werden können.

Sie entwirft ein komplett anderes Wirtschaftsmodell mit Forderungen zur Begrenzung von Privatvermögen, einem neuen Geldsystem ohne Zinsen, zur Verwendung von Gewinnen, zu Mitbestimmung in Unternehmen usw., also starken Eingriffen in Freiheits- und Eigentumsrechte. Das vorgestellte Modell scheint zwar in sich schlüssig, hat aber aus meiner Sicht keine Aussicht auf Umsetzung. Denn ein derartiges Modell stellt alle bestehenden Eigentumsverhältnisse und wirtschaftlichen Rechtsverhältnisse auf den Kopf. Wie ein Übergang vom bisherigen Wirtschaftssystem auf das vorgeschlagene Finanz- und Geldsystem gestaltet werden könnte, ist nicht ersichtlich. Außerdem könnte es aufgrund der internationalen Verflechtungen nicht nur in einer Volkswirtschaft umgesetzt werden, selbst wenn dort ein gesellschaftlicher Konsens herzustellen wäre.

Wenn man sich ansieht, wie langwierig es ist und wie viele Widerstände überwunden werden müssen, um ein paar relativ einfacher Regelungen zu Steueroasen, Mindestbesteuerung global tätiger Unternehmen, Eigenkapitalausstattung von Banken oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer international zu vereinbaren und durchzusetzen, dann liegt die Schlussfolgerung sehr nahe, dass die Chancen auf eine Umstellung auf das vorgeschlagene neue Finanz- und Geldsystem gegen Null gehen. Der erste und ursprüngliche Teil der Gemeinwohl-Ökonomie des wertebasierten Wirtschaftens ist hingegen ein Ansatz, den jede Volkswirtschaft oder jedes Unternehmen oder jede Gemeinde für sich umsetzen kann.

Steuersystem

Eng mit dem Thema Wirtschaft hängt das Thema Steuern zusammen. Denn Wirtschaft bildet die materielle Seite des Zusammenlebens ab. Hierin bringen Menschen ihr Potenzial und ihre Arbeitskraft ein und erzielen damit Einkommen. Gleichzeitig gibt es eine Fülle von Gemeinschaftsaufgaben, die ebenfalls erfüllt werden sollen. Nur ein Teil davon ist durch Menschen neben der Berufstätigkeit, ob entgeltlich oder unentgeltlich/ehrenamtlich leistbar. Die großen Gemeinschaftsaufgaben (siehe gesonderter Abschnitt ab Seite 41) werden staatlich organisiert und müssen durch Steuern und Abgaben finanziert werden.

Wie dort beschrieben, ist eine der wichtigen politischen Aufgaben, dass die Gesellschaft bestimmt, welche Aufgaben staatlicher Strukturen und Organisation unterworfen sein sollen. Denn der Umfang dieser Aufgaben und deren Kosten legen den Rahmen, das Budget fest, das finanziert werden muss.

In einem zweiten Schritt folgen die Überlegungen und Festlegungen, welche Dinge, welche wirtschaftlichen Handlungen, welche Verhaltensweisen etc. als Grundlagen für eine Besteuerung herangezogen werden sollen. Und in einem dritten Schritt folgt die konkrete Ausgestaltung.

Hierbei wäre nach meiner Auffassung zunächst wieder nach Grundsätzen vorzugehen. Diese bergen, wie wir gleich sehen werden, ein enormes Konfliktpotenzial in Bezug auf das aktuell bevorzugte Steuersystem:

- Von der Gesellschaft als nicht wünschenswert angesehene Inhalte und Verhaltensweisen sind in einem höheren Maße heranzuziehen als solche, die als wünschenswert und wertvoll angesehen werden. Beispiele:
- Prozesse, die Ressourcen verbrauchen und das Potenzial zur Umweltgefährdung oder –schädigung haben, müssen hoch besteuert oder mit Abgaben belegt werden.
- Im Gegensatz dazu sollte das Ergebnis von Arbeit als besonders wünschenswerter Beitrag geringstmöglich besteuert werden. Wenn diese Steuerquelle – im Gegensatz zu heute - bewusst geschont würde, müsste folgende Quelle entsprechend stärker angezapft werden, nämlich
- das weite Feld des wirtschaftlichen Handelns und des Konsums.

Eine Steuersystem, das Arbeit nur gering oder gar nicht besteuert und dafür den Konsum höher, hätte aus meiner Sicht erhebliche Lenkungswirkung bei gleichzeitiger Erhöhung der persönlichen Freiheitsgrade. Jeder einzelne hätte ein nicht besteuertes, also deutlich höheres Arbeitseinkommen zur Verfügung als heute und könnte frei entscheiden, welche Bedürfnisse er damit erfüllen will, für welche Produkte er bereit ist sein Geld auszugeben.

Dazu noch zwei weitere Anmerkungen:

Bei Umsetzung der dargestellten Bodenrechtsreform würde sich das Wohnen deutlich verbilligen und damit ebenfalls zu einem höheren verfügbaren Einkommen für andere Zwecke beitragen.

Im Gegenzug könnte man (oder jede/r Einzelne) Vorsorgeaufwendungen für die Alterssicherung spürbar erhöhen und damit auf sicherere Beine stellen.

Ein reformiertes Steuersystem, wie ich es vorschlage, würde sich in der Konsequenz auf vier Säulen stützen:

- Ökologische Steuern und Abgaben (als Steuerungsinstrument für den Grundwert „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“)

- Verbrauchssteuern (Lenkungsmöglichkeiten durch unterschiedliche Steuersätze; einfaches Prinzip;)
- Umsatzsteuer auf Finanztransaktionen (reine Finanztransaktionen zu Spekulationszwecken bringen keinerlei Mehrwert für die Gesellschaft; einfaches Prinzip)
- Einkommenssteuer (zur Umsetzung des Prinzips „Gerechtigkeit“; Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen wird zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben herangezogen; einfaches Prinzip); dabei wird reines Arbeitseinkommen durch hohe Freibeträge von der Besteuerung verschont.

Bevor wir auf die einzelnen Steuern eingehen, noch ein Grundsatz vorweg: Steuern zahlen sollen die Menschen, die staatliche Leistungen (z.B. Rechtssystem, Bildungssystem, Infrastruktur, öffentl. Verwaltung etc.) in Anspruch nehmen bzw. nehmen können. Das sind also alle Bürger*, die in einem Staat leben und alle Menschen, die an Unternehmen, die im Inland tätig werden, beteiligt sind.

Zu den einzelnen Steuern:

CO₂-Emissionsrechtehandel und/oder CO₂-Steuer

Grundlage einer Steuerreform, die zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt, könnte ein weltweites Handelssystem mit CO₂-Zertifikaten sein. Ausgangspunkt für eine Zuweisung von Zertifikaten muss die wissenschaftlich fundierte Größe von CO₂ sein, die die Atmosphäre „verträgt“, um das 2016 in Paris gemeinsam festgelegte Ziel einer Erderwärmung von max. 1,5 ° zu erreichen. Diese Gesamtmenge wird entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl zum Zeitpunkt des Starts des Zertifikatehandels auf die einzelnen Länder aufgeteilt und zugeteilt. Schwierig erscheint mir bei diesem Verfahren allerdings die Einigung auf die schrittweise Verringerung der jährlichen Emissionsmengen bis zur erhofften Klimaneutralität im Jahr 2050. Wichtig dabei ist aus meiner Sicht, dass den noch nicht entwickelten Ländern keine Sonder- bzw. Aufhol-Verschmutzungsrechte eingeräumt werden. Diese Länder dürfen die Fehler der „entwickelten“ Industriestaaten nicht wiederholen, sondern sollten gleich in neue ökologisch verträgliche Strukturen investieren. Dabei bedürfen sie der Unterstützung der Industriestaaten, da diese für den derzeitigen Zustand der Erde die Verantwortung tragen. Sie haben meiner Ansicht nach sogar ein Anrecht auf diese Unterstützung.

Jedes einzelne Land kann über die zugewiesenen Zertifikate nach jeweils eigenen Verteilungsmechanismen verfügen (Energieerzeugung, Verkehr, Wohnen, Industrie, Handel etc.) Vermutlich am wirkungsvollsten wäre, wenn die Hälfte der Zertifikate kostenlos unter Berücksichtigung aktueller Strukturen zugeteilt werden würde, damit übergroße Härten vermieden werden. Die zweite Hälfte könnte in Form einer Versteigerung veräußert werden. Hierbei ergäbe sich einerseits eine Lenkungswirkung hin zu Nutzungen, die eine CO₂-Einsparung auf relativ effiziente Weise erzielen und zum anderen würde der Staat Einnahmen generieren, die dann gezielt zur Förderung ökologischer Maßnahmen eingesetzt werden könnten. Die Schwierigkeit bei einem Zertifikate-Handelssystem ist aber die Ermittlung der „angemessenen“ Menge an Verschmutzungsrechten und deren Zuteilung an die Emittenten. Eine Verrechnung bis auf Verbraucherebene scheint mir aber unmöglich. Aus meiner Sicht eignet sich ein Zertifikatesystem, verbunden mit einem Emissionshandel gut für industrielle Produktionsprozesse, eventuell auch zur Steuerung von landwirtschaftlichen Produktionsmethoden. Ein weiterer Vorteil läge auch darin, dass man CO₂-Senken aus Aufforstung bzw. CO₂-Emissionen aus dem Abholzen von Wäldern einbeziehen könnte. Der größte Vorteil liegt aber darin, dass ein solches System weltweit wirkt – wenn man sich einigen kann. (Anmerkung: Im Emissionshandelssystem der EU, genannt EU-EHS werden noch weitere Gase wie Stickoxyde und FKW erfasst und gehandelt.)

Um den Verbrauch unmittelbar zu beeinflussen scheint eine Steuer oder Abgabe besser geeignet. Sie ist auch organisatorisch einfach zu handhaben. Welches Ausgangsmaterial bei seiner Verbrennung

wieviel CO₂ freisetzt, ist bekannt. Entweder auf Erzeuger- oder auf Großhandelsebene wird für jede Tonne Brennstoff die äquivalente Menge CO₂ berechnet und darauf die festgesetzte Steuer oder Abgabe erhoben. Vermutlich ließe sich eine solche Rechnung auch für die Methanemissionen aus der Nutztierproduktion machen. Die CO₂-Steuer wirkt sich unmittelbar auf den Preis aus und hat somit eine entsprechende Lenkungswirkung auf den Verbrauch. Eine CO₂-Steuer hätte im Gegensatz zum Emissionshandel auch den Vorteil, dass eine Anpassung (Erhöhung oder Verminderung) relativ leicht erfolgen könnte; denn die größte Schwierigkeit liegt in der Wahl der „richtigen“, wirksamen Höhe der Steuerbeträge. Hierzu ein Beispiel:

Benzin emittiert pro Liter 2,35 kg CO₂

Eine CO₂-Steuer von 20 € pro Tonne würde zu Mehrkosten von 4 ct. pro Liter Benzin führen.

Dieser CO₂-Preis hätte also keinerlei Lenkungswirkung!

Aber an diesem Beispiel kann sich jeder – auch jede/r Politiker/in – selbst ausrechnen, wie hoch eine wirksame CO₂-Steuer sein müsste. Auch die Erträge die eine CO₂-Steuer generieren könnte, sind leicht auszurechnen:

Im Jahr 2018 wurden in Deutschland rund 800 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente emittiert.

Eine Steuer in Höhe von 100 €/to (entspricht 20 ct./Liter Benzin) brächte 80 Mrd. €

Eine CO₂-Steuer scheint mir als Instrument zum Einsatz innerhalb eines einheitlichen Wirtschaftsraums, also eines Landes oder z.B. der EU, gut geeignet.

Vermutlich ist eine Kombination aus einem global wirksamen Zertifikatesystem und einem national wirksamen Steuersystem am erfolgversprechendsten. Hier ist die Wissenschaft gefragt.

Verbrauchssteuern

Steuern auf den Verbrauch von Gütern und den Gebrauch von Dienstleistungen werden am einfachsten in Form der gängigen Besteuerung der Umsätze erhoben. Zur Steuerung nach gesellschaftlich wünschenswerten Leistungen und weniger wünschenswerten bzw. nach lebensnotwendigen oder Luxus-Gütern bieten sich differenzierte Steuersätze an. Ein paar Beispiele:

- Die Bereiche Wohnen, Bildung und Gesundheit als elementare Grundbedürfnisse könnten komplett umsatzsteuerfrei sein. Lebensmittel sollen dem niedersten Steuersatz unterworfen sein, wobei das heutige System der Differenzierung nach 7% und 19% dringend einer Überarbeitung bedarf.
- Ökologisch wünschenswerte Produkte oder Handlungen wie Nutzung ÖPNV und Bahn, erneuerbare Energien oder Produkte aus Recycling könnten einem niedrigeren Steuersatz unterworfen sein als der große Bereich aller anderen Produkte.
- Dem höchsten Steuersatz oder gar einer Sondersteuer könnten die Produkte unterworfen sein, die wie Rauchen oder Alkohol nachweislich schädlich für den Einzelnen und die Gesellschaft sind.
- Es sei an dieser Stelle dahingestellt, ob es künftig noch so vieler gesonderter Steuern mit eigenen Steuersätzen auf Versicherungen, Kaffee, Alkohol, Schaumwein, Bier, Energie, Strom, Lotterien etc. braucht. Alle betreffen Verbräuche und könnten in ein einheitliches System subsumiert werden. Auch die heutige Grunderwerbsteuer fällt in diese Kategorie, muss aber unter dem Gesichtspunkt eines künftig veränderten Bodenrechts gesondert betrachtet werden.
- Steuern, die bisher auf einen Bestand erhoben werden, z.B. Kfz.-Steuer, sollten künftig aber in das System der Verbrauchssteuern einbezogen werden.

Exkurs Grundsteuer

Die bisherige Grundsteuer ist eine Steuer, die nicht auf den Verbrauch abzielt, sondern auf das Vermögen (siehe Grundsätzliches dazu unter Vermögenssteuer). Da sie aber auf Mieter abgewälzt werden kann, belastet sie letztlich den jeweiligen Nutzer eines Grundstücks (und Gebäudes). Insofern könnte man die Grundsteuer als eine Art besondere Nutzungssteuer steuersystematisch unter Verbrauchssteuern subsumieren. Ob gewollt sein kann, dass damit das Grundrecht auf Wohnen entsprechend verteuert wird, ist eine andere Frage.

Exkurs Erbbaurechte und -zinsen

Wenn man sich allerdings die vorgeschlagene Bodenrechtsreform zu eigen macht, nach der Grund und Boden Gemeinschaftseigentum sein sollen und von der Gesellschaft nur Nutzungsrechte in Form von Erbbaurechten vergeben werden, ergibt sich eine völlig andere Situation. Wie dargestellt, würde den Bürgern Grund zum Wohnen in gewissem Umfang kostenlos zur Verfügung gestellt. Für darüber hinausgehende Ansprüche und für alle anderen privaten oder wirtschaftlichen Nutzungen würden Grundstücke im Erbbaurecht vergeben werden, verbunden mit einem Erbbauzins. Diese Erbbauzinsen würden eine wichtige Einnahmequelle für die Gemeinden darstellen.

Finanztransaktionssteuer

Wie im Abschnitt Finanzwirtschaft beschrieben, haben die weltweiten, täglich Billionen € umfassenden reinen Finanztransaktionen zu Spekulationszwecken keinen positiven Zweck für die Gesellschaften. Sie dienen ausschließlich dem Ziel der Bereicherung der Akteure*. Wie die Finanzkrise 2008/2009 gezeigt hat, können sich gewisse Finanztransaktionen sogar äußerst schädlich auf die Realwirtschaft und auf ganze Gesellschaften auswirken. Viele dieser Transaktionen gehen auch völlig unkontrolliert über die Bühne.

Es gibt keine Begründung dafür, warum dieser Handel mit Finanztiteln nicht wie der reale Warenverkehr mit einer Umsatzsteuer belegt wird. Ganz im Gegenteil. Durch eine Steuer werden Handlungen, die einer Gesellschaft Schaden zufügen können, erschwert, wenn nicht gar verhindert. Dies gilt insbesondere für Spekulationsgeschäfte mit minimalen Kursdifferenzen. Eine mittel- und langfristige Anlage-, Investitions- und Handelsstrategie wird von einer maßvollen Steuer kaum behindert. Auch Finanzumsätze mit einer Umsatzsteuer zu belegen ist also sehr sinnvoll und aus Gerechtigkeitsaspekten sogar zwingend.

Mit Erhebung der Steuer gewinnt der Staat auch Informationen über die Art und die Volumina der Finanztransaktionen, was eventuelle Eingriffe bei gefährlichen Entwicklungen überhaupt erst ermöglicht. Aufgrund des (derzeit) gewaltigen Volumens ergibt sich auch bereits bei einem geringen Steuersatz ein erhebliches Potenzial für den Staat und damit für die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben. Der wichtigere Aspekt ist aber meiner Ansicht nach, dass die beabsichtigte Lenkungswirkung erzielt wird und unnötige und gefährliche Finanztransaktionen möglichst unterbleiben.

Einkommenssteuer

Während bei den o.a. Steuern unmittelbar der reale Verbrauch besteuert und somit jeder Mensch als Verbraucher* gleich behandelt wird, stehen bei der Gestaltung der Einkommenssteuer in erster Linie die Aspekte der Leistungsfähigkeit und Leistungsgerechtigkeit im Mittelpunkt. In einer solidarischen Gesellschaft sollte es Bereiche geben, in denen festgelegt wird, dass jemand mit einem größeren Einkommen mehr zur Finanzierung von gemeinschaftlichen Aufgaben beiträgt als jemand mit einem geringen Einkommen. Und das nicht nur absolut, sondern auch relativ, also einen höheren Prozentan-

teil entrichtet. Dies kann durch einen progressiv gestalteten Steuertarif geschehen. Meiner persönlichen Meinung nach ist jedoch eine Obergrenze von unter 50 % vorzusehen. Mehr als die Hälfte des Einkommens sollte im Verfügungsbereich des Einzelnen verbleiben, auch bei sehr hohen Einkünften. Im Gegensatz zur derzeitigen Gestaltung der Einkommenssteuer, sollte aber das Einkommen aus Arbeit durch sehr hohe Freibeträge besonders geschützt werden. (Ich denke dabei daran, dass der Facharbeiter, der mittlere Angestellte praktisch steuerfrei gestellt wird. Hinzu kämen Freibeträge für Kinder.)

Gleichzeitig sollten alle derzeit unterschiedlich behandelten Einkunftsarten künftig gleich behandelt werden. Es gibt keine vernünftige Begründung dafür, warum Kapitalbesitzer privilegiert behandelt werden sollten, ganz gleich wie und wo sie ihr Kapital angelegt haben und daraus Einkommen erzielen. Es muss dann auch nicht mehr zwischen verschiedenen Einkunftsarten differenziert werden. Darüber hinaus scheinen mir noch folgende wesentliche Änderungen wichtig:

- Bei jeder Form von Beteiligungen an Unternehmen sollten ausschließlich die Ausschüttung als Bemessungsgrundlage herangezogen werden. Denn solange Gewinne im Unternehmen verbleiben stellen sie nur Buchgewinne dar. Realisiert werden diese zum einen durch die Ausschüttungen und zum anderen beim Verkauf der Unternehmensbeteiligungen. Gleiches gilt natürlich für Verluste. Dieses Prinzip sollte sowohl bei Personengesellschaften als auch Kapitalgesellschaften möglich sein, bei denen normalerweise der einzelne Beteiligte anonym bleibt. Hier ist die Ausschüttung pro Anteil bekannt und kann den Kapitalsammelstellen mitgeteilt werden. Bei den Kapitalsammelstellen (Depotbanken) werden die Anteilseigner geführt und entsprechende Jahres-Ergebnis-Mitteilungen erstellt. Wenn gewünscht kann dort ein unmittelbarer Datenaustausch mit den Finanzbehörden eingerichtet werden. Problematisch ist die Ausgangslage bei ausländischen Unternehmen, wenn deren letztliche Kapitaleigner nicht bekannt sind und wenn Gewinne dieser Unternehmen ins Ausland abfließen (siehe hierzu den Abschnitt „Unternehmenssteuern“).
- Für Immobilien im Privatvermögen dürfte es keine Frist geben, nach deren Ablauf ein Verkauf steuerfrei erfolgen kann. Ausnahmslos ist jeder Gewinn zu versteuern.
- In diesem Zusammenhang müsste auch die Möglichkeit abgeschafft werden, Gewinne aus stillen Reserven aus dem Verkauf von Immobilien oder Firmenbeteiligungen in Form von Rückstellungen für neue Investitionen zunächst und bei Neuinvestitionen ganz unbesteuerter zu belassen. Ein Verkauf mit Gewinn ist die eine Sache, eine neue Investition eine ganz andere: Wenn sie lukrativ erscheint wird sie gemacht werden, auch ohne Steuergeschenk.

Bei der Ermittlung der zu versteuernden Einkommen sollte andererseits der Grundsatz gelten, dass sämtliche Kosten, die dazu dienen, Einkommen zu erzielen, einkommensmindernd angesetzt werden können. Außerdem sind grundsätzlich Abschreibungssätze zugrunde zu legen, die der sog. betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Über Sonderabschreibungen kann der Staat besonders gewünschte Bereiche, Produkte, Handlungsweisen fördern.

Ein letzter Grundsatz: Alle Einkommen sollten nur einmal besteuert werden – und zwar in dem Jahr, in dem das jeweilige Einkommen zufließt.

Das bringt uns zu Steuern, die immer wieder diskutiert werden, Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer. Bei beiden Steuern würde es sich um eine Besteuerung der Substanz handeln, ohne dass ein Vorgang zugrunde liegt, der zu einer Einkommenswirkung und damit zu einer Einkommensbesteuerung führt. Wenn man den o.a. Grundsatz ernst nimmt, dass es keine Doppelbesteuerung geben soll, ist eine

Vermögenssteuer

abzulehnen. Eine Substanzbesteuerung wäre nur dann gerecht, wenn es zu leistungslosen Vermögenszuwächsen ohne Einkommenswirkung kommt. Das aber ist qua Definition nicht möglich, wenn jeder Gewinn aus Veräußerung von Vermögen ausnahmslos der Einkommenssteuer unterliegt. Solange ein Vermögenszuwachs nur aus Buchgewinnen besteht, sind diese nur fiktiv und sollten keiner Besteuerung unterliegen. Unabhängig davon ist eine regelmäßige Wertermittlung von Vermögen schwierig bzw. extrem bürokratisch.

Im Übrigen wäre eine Vermögenssteuer sehr leistungsfeindlich. Es gäbe keinen Anreiz, Vermögen aufzubauen. Vermögen ist aber auch Grundlage dafür, für sich selbst Verantwortung zu tragen und der Gesellschaft nicht beim ersten „Notfall“ zur Last zu fallen. Vermögen (aus versteuerten Einnahmen) aufzubauen ist also gesellschaftlich wertvoll.

Ähnliches gilt für eine Erbschaftssteuer.

Die Erblasser-Generation hat entsprechend dem jeweiligen Steuersystem sämtliche Einkommen versteuert, das vorhandene Vermögen ist das Ergebnis der verbliebenen Überschüsse. Der Übergang des Vermögens auf einen Erben in der direkten Generationenfolge (Kinder, Enkel) oder den Ehegatten/Partner sollte deshalb steuerfrei bleiben. Künftig werden beim Erben alle Einkommen aus dem ererbten Vermögen oder Verkäufe daraus entsprechend versteuert.

Wie bereits an früherer Stelle ausgeführt, ist für den Fortbestand einer Gesellschaft von enormer Bedeutung, dass Kinder geboren werden, geschützt heranwachsen, sich bilden und wertvoller Teil der Gesellschaft werden können. Insofern ist die Abfolge von Generationen Wesenskern einer Gesellschaft. Dabei übergibt eine Generation an die nächste nicht nur Werte und Wissen, sondern auch Vermögen. Wenn man dazu die extreme Gegenposition einnimmt, hätte der Erbe überhaupt keinen Anspruch. Jeder müsste sich alles selbst erwirtschaften; keiner könnte für die Folgegeneration(en) vorsorgen. Das ist zutiefst inhuman, da die Abfolge und die Verbindung der Generationen Kernstück menschlichen Gemeinwesens ist.

Anders handzuhaben sind jedoch Erbvorgänge außerhalb der direkten Generationenabfolge. Da es sich bei einer Erbschaft grundsätzlich um einen leistungslosen Vermögenszuwachs ohne unmittelbare Einkommenswirkung handelt, kann man durchaus den Standpunkt vertreten, dass dieser einer Steuer zu unterwerfen ist.

Folgendes wesentliches Argument müsste man jedoch berücksichtigen: Im bisherigen Steuersystem wurden Immobilien- und Kapitalvermögen erheblich begünstigt. Insofern konnten gerade auf diesen Feldern enorme Vermögen aufgebaut werden. Diese ungerechtfertigte Ungleichbehandlung müsste beim Umstieg auf ein neues Steuersystem korrigiert werden. Dies geschieht am einfachsten über die Erbschaftssteuer (siehe dazu auch die Ausführungen zur Bodenreform).

Unternehmenssteuern

Alle bisher genannten Steuern setzen an der einzelnen Person an. Diese ist das Steuersubjekt. Es sind ja auch die einzelnen Menschen, die in ihrer Gesamtheit die Gesellschaft ausmachen, die in der Gesellschaft ihr Zusammenleben organisieren und die bestimmte Aufgaben an die Gemeinschaft übertragen. Und für deren Erledigung es einer gemeinschaftlichen Organisation und Finanzierung bedarf. Auch Unternehmen sind nur ein Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens, in denen wirtschaftliches Handeln gebündelt wird. Insofern nehmen Unternehmen keine besondere Stellung als Organisationen ein, sondern repräsentieren nur eine Form der Zusammenarbeit von einzelnen Menschen zu bestimmten Zwecken. **Wenn und soweit Ergebnisse des Zusammenarbeitens dann bei den einzelnen Menschen zu Einkommen führen und durch den Einzelnen versteuert werden, gibt es keine Begründung für eine gesonderte Unternehmensbesteuerung.** Eine Besteuerung von Unternehmen

würde insofern nur eine Verlagerung der Steuerzahlung auf eine andere Ebene bedeuten. Gezahlte Unternehmenssteuern würden die Gewinne der Kapitaleigner und damit deren persönliche Einkommenssteuer vermindern.

Steuersystematisch bedeutet das, dass nicht das Unternehmen an sich besteuert wird, da es per se ja wichtig und gewünscht ist, da es elementarer Bestandteil des Wirtschaftsprozesses ist. Sondern seine Produktionsprozesse via Ökosteuern und seine Produkte durch Öko- und Verbrauchssteuern sowie die Gewinne über die Kapitaleigner.

Auch die Überlegung, dass die Gemeinschaft die Grundlagen für wirtschaftliches Handeln (Rechtssystem, Infrastruktur etc.) zur Verfügung stellt, ist aus meiner Sicht nicht stichhaltig, weil dieses Argument für jeden einzelnen Menschen und sein gesamtes Handeln, nicht nur für Unternehmen, gilt.

Exkurs: Ausländische Unternehmen mit Tätigkeit im Inland

Eine einzige Ausnahme von diesem Prinzip könnte notwendig werden, wenn es um ausländische Unternehmen geht, die im Inland tätig werden – und damit natürlich die staatlichen Leistungen in Anspruch nehmen. In der Regel handelt es sich nämlich um Tochtergesellschaften, deren Gewinne an hierarchisch höhere Gesellschaften abgeführt werden und die keine natürlichen Personen als Kapitaleigner ausweisen. Insofern würde es ein komplexes internationales Zurechnungsverfahren für die oft global agierenden Unternehmen erfordern, die Gewinne der regionalen Untergesellschaften den eigentlichen Kapitalgebern der Muttergesellschaften zurechnen zu können und damit eine Besteuerung der letztlichen Kapitalgeber im jeweiligen Land zu ermöglichen. Als Lösung bleibt wohl nur ein internationales Abkommen, das die Besteuerung ausländischer Firmen in allen Ländern gleich regelt. Die Höhe des Prozentsatzes, mit dem die Unternehmensgewinne besteuert werden, sollte sich am durchschnittlichen Prozentsatz der Einkommenssteuer von Personen mit Einkünften aus Unternehmensbeteiligungen ausrichten. Mit dieser Regelung wäre auch das Problem beseitigt, dass es sog. Steueroasen gibt, die Unternehmen extrem niedrig besteuern, mit der Folge, dass Gewinne in diese Länder verschoben werden – und Ländern, in denen die eigentliche wirtschaftliche Betätigung der Unternehmen stattfindet, keine angemessenen Steuerbeiträge dieser Unternehmen zufließen.

Wenn inländische Unternehmen generell nicht mehr besteuert werden, bedeutet das auch, dass die für Gemeinden bisher so wichtige Gewerbesteuer aus steuersystematischen Gründen entfallen würde (siehe hierzu auch das Kapitel über Flächennutzung). Natürlich ist es vorstellbar, dass eine Gewerbesteuer als vorgezogene Gewinnbesteuerung mit direktem Zugriff der Gemeinden erhalten bleibt. Das bedeutet letztlich aber nur, dass ein Teil des Steueraufkommens vorab aus dem Verteilungssystem herausgenommen wird.

Was ist Ihre Meinung zu diesen Thesen?

Wäre das ein denkbares und umsetzbares Steuersystem?

Steuersystem - Organisation

Es stellt sich zusammengefasst nur die Frage, wie die einzelnen Steuern ausgestaltet werden, damit das Steueraufkommen aus Ökosteuern, Verbrauchssteuern, Finanztransaktionssteuer und Einkommenssteuer ausreicht, um alle gemeinschaftlichen Aufgaben zu finanzieren. Und wie das gesamte Steuersystem so organisiert werden kann, dass die einzelnen Entscheidungsebenen (Kommune,

Kreis, Land, Bund) die Finanzmittel, die sie auf ihrer Ebene benötigen, auf möglichst einfache und direkte Weise zur Verfügung gestellt bekommen können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wenn z.B. die Ökosteuern die beabsichtigte Lenkungswirkung erzielen, deren Beitrag immer geringer wird.

Das bisher dargestellte System an Steuern tendiert zu einer starken Zentralisierung und einem damit verbundenen Umverteilungsmechanismus. Es würde aber dem Prinzip „einfach und nachvollziehbar“ in vollem Umfang entsprechen. Jeder einzelne Bürger* und Steuerzahler* hätte nur zwei Arten von Steuern im Auge zu behalten: einerseits seine persönliche Einkommenssteuer, wobei sein Arbeitseinkommen weitgehend freigestellt wäre und Verbrauchssteuern. Über diese Verbrauchssteuern (einschließlich der Ökosteuern) könnte eine große Lenkungswirkung erzielt werden.

Die Verteilung der Steuereinnahmen auf die einzelnen Ebenen ist natürlich eine durchaus diffizile Angelegenheit und wird zu intensiven Diskussionen führen. Das Prinzip ist jedoch klar: Jede Ebene muss in die Lage versetzt werden, die ihr obliegenden Aufgaben im Sinne ihrer Bürger* bestmöglich zu erfüllen. Dabei sind zwei unterschiedliche Herangehensweisen vorstellbar. Die erste Möglichkeit: Man beginnt mit einer Modellrechnung und definiert am Ende bestimmte Prozentsätze oder Euro/Bürger* für die einzelnen Ebenen. Der sich ergebende Betrag wird dann der jeweiligen Verwaltungsebene zugewiesen und diese kann dann den Betrag in eigener Planungs- und Budgethoheit ausgeben. Die zweite Möglichkeit: Jede Ebene stellt sein Budget auf. Alle Budgets fließen letztlich in ein Gesamtbudget ein, das mit den Steuereinnahmen in Einklang gebracht werden muss. Da davon auszugehen ist, dass jede Ebene sein Budget so großzügig wie möglich plant, führt diese Vorgehensweise zu enormen Abstimmungs- und Rückkopplungsprozessen. Denn es kann auch nicht sein, dass eine „neutrale“ Institution, wie beispielsweise ein Rechnungshof über die Angemessenheit einer Budgetplanung entscheidet. Denn letztlich ist es ein politischer Prozess, in dem festgelegt werden muss, wer welche Aufgabe zu erfüllen hat. Dass dann bei der Erfüllung eindeutig definierte Regeln zu beachten sind und die Einhaltung auch überprüft wird, steht auf einem anderen Blatt.

Ein umgekehrtes Vorgehen, dass jede Entscheidungsebene seine eigenen Finanzierungsquellen in Form unmittelbarer Steuern bekommt, würde vermutlich zu einem komplexen Durcheinander führen und für den einzelnen Steuerzahler letztlich undurchschaubar und hinsichtlich seiner persönlichen Steuerbelastung nicht mehr nachvollziehbar sein.

Da viele staatlichen Aufgaben nicht von allen Menschen gleichermaßen in Anspruch genommen werden, ist es sinnvoll, dass ergänzend zu den Steuern die staatlichen Institutionen noch Abgaben und Gebühren für konkrete Dienste, die ein Einzelner in Anspruch nimmt, erheben. Diese sollten sich an den konkreten Kosten im Einzelfall orientieren. Das beginnt bei Gebühren für An-/Abmeldungen, Ausweise, Bescheinigungen bis hin zu Gerichtsgebühren, beinhaltet aber auch Essenskosten in Kitas oder Leihgebühren für Medien aus öffentl. Büchereien, Entsorgungskosten, Parkgebühren etc.

Das bedeutet, dass man bei der Planung von Budgets für die verschiedenen staatlichen Aufgaben differenziert vorgehen kann. Das wichtigste ist aus meiner Sicht tatsächlich die genaue Definition der Aufgabe und eine modellhafte Budgetplanung, die sich natürlich an den bisherigen Erfahrungen orientiert. Dies ergibt einen Finanzbedarf pro Bürger*, der potenziell die jeweilige staatliche Leistung in Anspruch nehmen kann, damit insgesamt ein Finanzbedarf je Bürger* für jede Entscheidungsebene und damit ein Gesamtbudget für jede politische Entscheidungsebene. Über die Verwendung dieses Gesamtbudgets entscheidet jede Ebene in eigener Hoheit und Verantwortung gegenüber ihren Bürger*en.

Diese gleichmäßige Ausstattung mit Finanzmitteln ist eine Voraussetzung dafür, dass sich vergleichbare Lebensverhältnisse im ganzen Land gestalten lassen. Die bisher so strittigen Themen wie Finanzausgleich zwischen prosperierenden und darbenenden Ländern bzw. Gebietskörperschaften oder Umlagesysteme von Gemeinden für Landkreisaufgaben würden sich erübrigen. Ein gesunder Wettbewerb zwischen den einzelnen Gemeinden, Landkreisen und Bundesländern wäre aber nach wie vor gegeben, weil die konkrete Verwendung der einzelnen Budgets kreative Lösungen und unterschiedliche Prioritäten zulässt. Wenn dann noch die Menschen in die Entscheidungsprozesse besser eingebunden werden, kann dieses neue System durchaus zu einem besseren Verständnis gemeinschaftlichen Handelns, zu höherer Akzeptanz und damit zu mehr Zufriedenheit beitragen.

Digitalisierung

Diesem Thema ist ein eigenes Kapitel gewidmet, da die Digitalisierung nicht nur wirtschaftliche und verwaltungstechnische Prozesse, sondern die gesamte Lebenswelt von Menschen betrifft. Was bedeutet eigentlich Digitalisierung? Und welche Auswirkungen wird sie auf den einzelnen Menschen und möglicherweise die gesamte Menschheit haben?

Zunächst ist ganz einfach festzuhalten, was technisch passiert. Erstens: Alles, was derzeit analog und real existiert, kann und wird in Datenformate übersetzt und übertragen werden. Diese Daten werden in riesigen Dateien digital gespeichert. Im Grunde genommen, können die Speicher beliebig groß werden. Zweitens: Von Menschen geschriebene Programme können die vorhandenen Daten in jedweder Form verarbeiten. Sie können Daten analysieren, miteinander verknüpfen, Berechnungen ausführen, Anwendungen anstoßen usw. Drittens: Eine Steigerung im Umgang mit Daten wird künftig noch darin bestehen, dass Anwendungen so programmiert sind, dass die Programme selbständig permanent weiterlernen und das Gelernte in neue Handlungen umsetzen. Dies nennt man sog. Künstliche Intelligenz (KI). Viertens: Die Ausführung bestimmter Handlungen kann unmittelbar auf Maschinen (Roboter) übertragen werden. Dieses System nennt man Elektronische Datenverarbeitung (EDV) bzw. international Informationstechnologie (IT).

Seit den ersten Anfängen (um das Jahr 1900) ging es immer um die Vereinfachung und Automatisierung von aufwändigen manuellen Handlungen. Dies ist bis heute so. Dazu ein paar eigene Erfahrungen: In der Schule lernte ich noch auf einer mechanischen Schreibmaschine, meine Diplomarbeit gab ich noch in ein spezielles Schreibbüro, denn jede einzelne Seite musste fehlerfrei sein und jede manuelle Korrektur war zu sehen. Erst später gab es elektrische Schreibmaschinen mit Korrekturmöglichkeit. Der große Fortschritt kam in den 1980er Jahren mit den ersten Schreibautomaten. In diesen wurden die geschriebenen Texte erstmals gespeichert und konnten nachträglich korrigiert oder geändert werden. Eine ähnliche Entwicklung gab es beim Diktat. Zuerst musste die Sekretärin (- es gab keine Sekretäre-) einem gegenüber sitzen und das Diktat aufnehmen. Mit den elektrischen, später elektronischen Diktiergeräten konnte der Prozess entzerrt werden: Das Diktierte konnte zu einem späteren Zeitpunkt geschrieben werden. Der nächste Schritt, das Diktat direkt in den Computer, war lange Zeit eher ein Rückschritt und ein Anlass zu Belustigung oder Ärger, da die Spracherkennungsprogramme den Schwierigkeiten lange nicht gewachsen waren. Spracherkennung ist auch bisher nicht zu 100 % zuverlässig gelöst. Bei Rechenprogrammen lief es ähnlich. Kalkulationen mussten bis in die 1980er Jahre mit jeder Veränderung einer Variablen mühsam jeweils manuell neu gerechnet werden. Dann gab es erste Taschenrechner, in die man Formeln eingeben konnte. Erst Mitte der 1980er Jahre gab es mit den ersten Personal Computern auch Programme, bei denen man Variable mit Rechenoperationen verknüpfen konnte. Welch ein Fortschritt! Ein sehr frühes Feld maschineller Verarbeitung waren Buchhaltungssysteme und die Felder Auftragsbearbeitung und Erstellen von Rechnungen.

Elektronische Datenverarbeitung gibt es nun schon seit einigen Jahrzehnten und ist aus dem geschäftlichen Alltag überhaupt nicht mehr wegzudenken. Sie brachte durch die Automatisierung, Korrekturfähigkeit und Wiederholbarkeit von Prozessen einen unglaublichen Rationalisierungsschub. Eine Vielzahl von Menschen konnten höher qualifizierte Tätigkeiten ergreifen. Diese Rationalisierungsgewinne führten zu Wachstum und Wohlstand. Die weitere Digitalisierung von geschäftlichen und verwaltungstechnischen Prozessen wird auch in Zukunft positive Rationalisierungseffekte bringen.

Chancen der Digitalisierung

Für die Digitalisierung bieten sich in erster Linie folgende Aufgaben an:

- Alles, was mit rechnen im weitesten Sinne zu tun hat
- Alle Aufgaben, die mit Systematik und mit Wiederholung zu tun haben
- Alle routinemäßigen Aufgaben
- Alle Aufgaben, bei denen große Mengen (physische und Daten) erzeugt oder bewegt werden
- Alle Aufgaben, bei denen Bewegungsdaten benötigt, erzeugt oder analysiert werden
- Alle Prozesse, die in irgendeiner Weise überwacht oder überprüft werden
- Alle Prozesse, deren Ablauf gesteuert werden muss
- Bereitstellung von Informationen jeglicher Art
- Kommunikation im weitesten Sinn

Wie beschrieben, konzentrierte sich der Einsatz von EDV auf wirtschaftliche Prozesse, sowohl in der Produktion als auch in der Verwaltung. Die neue bzw. künftige Entwicklung wird weit darüber hinausgehen und alle Lebensbereiche umfassen. Nur ein paar Beispiele:

- **Kommunikation:** Die digitalen Plattformen haben bereits zu völlig neuen Formen der Kommunikation unter Menschen geführt. Im Prinzip kann jeder mit jedem jederzeit kommunizieren - und das weltweit. Es können sich problemlos Menschen mit gleichartigen Interessen zusammenfinden, ohne sich real treffen zu müssen.
- **Medien:** Die digitale Speicherung und Abrufbarkeit von medialen Ereignissen bzw. Inhalten ermöglicht eine Entkoppelung von Ort und Zeit und ermöglicht eine völlig freie Auswahl ohne vorgegebene Programmstruktur bzw. Inhaltszusammenstellung eines analogen Mediums. Dies wird sowohl auf Nutzerseite zu völlig neuen Nutzungsformen als auch auf Anbieterseite zu völlig neuen Bereitstellungsformen führen.
- **Bildung:** Zwei Aspekte scheinen mir besonders interessant. Zum einen bietet das Internet jedem fast unbegrenzte Recherchemöglichkeiten. Zum anderen können Unterrichte ganz anders aufgebaut werden: Eigenständige Erarbeitung eines Stoffs mithilfe von spezialisierten Lernvideos oder Arbeitsanleitungen und anschließende Vertiefung und Wiederholung im Lerninstitut. D.h. die Lehrperson kann sich auf den persönlichen Kontakt und die individuelle Hilfestellung konzentrieren. Eine Umkehrung des bisherigen Unterrichtskonzepts.
- **Gesundheitswesen:** In digitalen Patienten*akten werden sämtliche Details zu allen Krankheiten eines/r Patienten/in und deren Behandlungen gespeichert sein. Dies ermöglicht jederzeitigen Arztwechsel, Einholen von Zweitmeinungen und Hinzuziehung von Spezialisten, vermeidet Doppeluntersuchungen, ermöglicht vergleichende Analysen und vieles mehr. Zusammen mit Videokonferenz ermöglichen sie auch Ferndiagnosen und ersparen reale Arzt*besuche (z.B. bei geringer Arzt*dichte auf dem Land).
- **Mobilität:** Bisher hat jedes Verkehrsmittel seinen eigenen Träger, sein eigenes Netz, seinen eigenen Fahrplan, seine eigene Tarifstruktur und seine eigenen Kommunikationsmittel. Schon heute, aber noch mehr in der Zukunft, wird es darum gehen, alle Verkehrsmittel und alle Tarife digital miteinander zu vernetzen, um einem Nutzer ein optimiertes Angebot für seinen Weg von A nach B zur Verfügung zu stellen, optimiert nach Wegstrecke oder Zeit oder Kosten oder CO₂-Verbrauch. Eine noch größere Aufgabe, die nur durch Digitalisierung gelöst werden kann, ist das Thema „autonomes, also automatisiertes, digital gesteuertes Fahren“: Bahnen, Lkws, Sammeltaxis Pkws ohne (aktiven) Fahrer*. Ich persönlich sehe den größten Nutzen in der Automatisierung des ÖPNV einschließlich der Sammeltaxis (siehe dazu S. 61).

- Big data: Mit diesem Stichwort ist gemeint, dass die Verfügbarkeit von großen Datenmengen völlig neuartige Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten bietet, die zu bisher unerkannten Schlussfolgerungen führen können- und das auf allen Gebieten.
- Forschung: Durch die immer größere Rechenpower von Computern werden heute und in Zukunft Forschungsergebnisse auf ganz neuen Feldern oder in weitaus größerer Genauigkeit zur Verfügung stehen als bisher. Beispiele: Klima, Weltraum, Materialwirtschaft, Bionik (= Übertragung natürlicher Phänomene auf technische Lösungen), Kybernetik (Rückkopplung und Wechselwirkungen in Prozessen)
- Künstliche Intelligenz (KI): Von Programmen, basierend auf künstlicher Intelligenz, erwartet man zum einen die Übernahme von Aufgaben und das Treffen von Entscheidungen, die bisher als nur durch Mensch erledigbar angesehen wurden. Bzw. noch bessere, sachlichere, rationalere Entscheidungen, da sie keinen persönlichen Wertungen, Launen und dgl. unterliegen. Zum anderen könnte KI zu völlig neuen Erkenntnissen und Handlungsweisen führen.

Diese Beispiele machen deutlich, welch enormes Potenzial in der Digitalisierung liegt. Es ist wirklich jeder Bereich des Lebens auf dieser Erde (und womöglich darüber hinaus) betroffen. Weder die konkreten Anwendungen noch ihre Wirkungen sind derzeit absehbar. Insofern ist es ganz wichtig, neben den Chancen auch die möglichen Risiken – zumindest aus heutiger Sicht – so genau wie möglich zu erkennen, zu beurteilen und die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Risiken der Digitalisierung

Da man, wie gesagt, weder die künftigen Anwendungen genau kennt, noch deren Auswirkungen, aber an heutigen Anwendungen schon bestimmte Auswirkungen beobachten kann, ist es sinnvoll, auch bei diesem Thema bestimmte Grundsätze zu beachten, zu betrachten und diese in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Aus Grundsätzen lasse sich dann im konkreten Fall künftige Handlungsweisen ableiten.

Zunächst: Im Mittelpunkt allen Handelns stehen der einzelne Mensch und der gesellschaftliche Wertekanon. Aus diesem Wertekanon ergeben sich grundsätzliche Verhaltensweisen des Umgangs von Menschen untereinander und andererseits Regelungen und Gesetze. Diese sind auch in dem Umfeld „Digitalisierung“ unabdingbar einzuhalten. D.h. die Regeln der Digitalisierung bestimmt die Gesellschaft, der Gesetzgeber und nicht der Anbieter digitaler Anwendungen.

Der zweite elementare Punkt lautet Sicherheit. In einer digitalisierten Welt hängt alles von einer permanenten Verfügbarkeit und einem störungsfreien Funktionieren der digitalen Prozesse ab. Dazu gehört Strom. Ohne Strom ist die moderne (digitale) Welt gelähmt. Dazu gibt es unglaublich viele Abhängigkeiten. Durch böswillige Angriffe auf Datennetze, Programme und Daten könnten unberechenbare Gefahren entstehen. Dies muss mit allen Mitteln verhindert werden. Das bedeutet einerseits, dass lebenswichtige Institutionen (z.B. Krankenhäuser) nach wie vor auch völlig unabhängig von externen Datennetzen funktionieren können müssen (wie bisher auch bei Stromausfall durch Notstromaggregate). Zweitens müssen alle Daten, insbesondere personenbezogene Daten so sicher wie nur möglich gespeichert und vor unberechtigten Zugriffen Dritter geschützt werden. D.h. sichere hardware und sichere software. Drittens müssen Daten vor Manipulation und Missbrauch geschützt werden. Viertens muss sichergestellt werden, dass insbesondere personenbezogene Daten nach Ablauf des eigentlichen Verwendungszwecks automatisch oder nach einer definierten Frist oder auf Antrag des/r Betroffenen gelöscht werden.

Unternehmen und andere Organisationen, z.B. öffentliche Verwaltungen, werden aus eigenem Interesse alles für die Sicherheit und der Vermeidung fremder Zugriffe unternehmen. Problematisch ist der Umgang mit den Daten von Nutzern*, insbesondere von Privatpersonen, die darauf praktisch keinen Einfluss haben und sich auf den jeweiligen Anbieter* verlassen können müssen.

Hierzu nur ein Beispiel: Bewegungsdaten. Die permanente Erfassung des momentanen Standorts von Verkehrsteilnehmer*in ist Grundlage für ein funktionierendes Navigationssystem. Dies kann und soll aber erstens anonym erfolgen. Und zweitens können und sollen diese Daten unmittelbar nach digitaler Auswertung und Wegempfehlung wieder gelöscht werden. Es darf keinesfalls ein Bewegungsprofil einer bestimmten Person (identifiziert durch sein smartphone o.ä.) erstellt und gespeichert werden. Gleiches gilt für Bewegungsdaten, die allein dadurch entstehen, dass ein smartphone oder ähnliches Gerät mit GPS-Funktion eingeschaltet ist, weil der/die Nutzer/in auf Apps zugreift, die ihm/ihr Empfehlungen für ein Restaurant, ein Geschäft, ein Filmtheater oder zur Sportausübung etc. geben.

Aus Fachartikeln ist zu entnehmen, dass es für den Einzelnen nicht durchschaubar und nachvollziehbar ist, welche Datenspuren er wo hinterlässt, an wen diese Datenspuren gehen – sie bleiben nämlich nicht nur beim eigentlichen Anbieter – und was wer aus diesen Datenspuren macht. Personalisierte Werbung ist dabei eher noch das kleinste Problem. Wenn aber Profile von Menschen aufgrund ihrer Suchanfragen im Internet, ihres Kommunikationsverhaltens und ihrer Kommunikationsinhalte in den sozialen Medien sowie ihres Bewegungsverhaltens erstellt werden, ist der Manipulation von Menschen Tür und Tor geöffnet. Interessierte Kreise jeglicher Art könnten damit Einfluss auf die Entwicklung einer Gesellschaft nehmen. Dies ist nach dem Thema Sicherheit das wichtigste Thema. Wie weit dies gehen kann, zeigt sich in China, wo seit geraumer Zeit ein kompletter Überwachungsstaat installiert wird, der zum Wohlergehen gegenüber der kommunistischen Partei zwingt, weil es ansonsten zu entsprechenden Sanktionen bis hin zu Festnahmen kommt. Dies verändert die gesamte chinesische Gesellschaft. In Europa (und natürlich möglichst weltweit) ist also oberstes Gebot, dass die Privatsphäre jedes/r Einzelnen auch im Rahmen der Digitalisierung geschützt bleibt. Es braucht entsprechende gesetzliche Regelungen.

Zusätzlich kann aber auch der einzelne Mensch zu seiner eigenen Sicherheit beitragen, nämlich mit seinem Verhalten in Bezug auf die Nutzung der digitalen Werkzeuge und Angebote. Dazu ist allerdings Voraussetzung, dass er die Mechanismen der Digitalisierung und ihre Gefahren erkennt sowie Nutzen und Risiken abzuwägen erlernt. Für junge Menschen sollten diese Themen in den Schulen behandelt werden. Zum Thema Sicherheit nur drei Stichworte: Sichere Passwörter; nur Anwendungen nutzen, bei denen die Datenübertragung komplett verschlüsselt ist; GPS-Funktion nur ein, wenn notwendig. Aber wer nimmt die Senioren an die Hand?

Unabhängig von den Sicherheitsrisiken birgt die Digitalisierung noch weitere Gefahren. Auf der privaten, persönlichen Ebene werden bisher nicht gewohnte Verhaltensweisen sichtbar, die der besonderen Aufmerksamkeit des Einzelnen, aber auch der Gesellschaft als Ganzes bedürfen. Das technische Vehikel zum Eintritt in die digitale Welt, das smartphone, beansprucht bei sehr vielen Menschen mehr Aufmerksamkeit als die reale Umwelt. Nicht wenige versinken geradezu in der digitalen Welt. Dies kann zu einer grassierenden Vereinsamung führen, wenn die digitalen Kontakte nicht zu realen Begegnungen mit echten Freunden führen. Die ständige Befeuerung mit push-Nachrichten aller Art lässt einen nicht mehr zur Ruhe kommen. Der ständige Vergleich und die Bewertung von anderen, von Meinungen, von Handlungen verhindert, bei sich zu bleiben, seine Mitte zu finden. In den sozialen Medien ist die Gefahr von Mobbing groß. In schweren Fällen kommt es zu Suchtverhalten und psychischen Störungen. Hierzu gibt es bereits eine Reihe von Untersuchungen, deren Ergebnisse sehr

bedenklich stimmen. Ob es hinsichtlich der permanenten Befeuern durch Werbung schon Untersuchungen zur Werbewirkung und anderer Folgeerscheinungen gibt, ist mir nicht bekannt. Hier hilft nur Aufklärung und Hilfe beim Erlernen des richtigen Umgangs mit dem Smartphone und den digitalen Medien und Angeboten. Es ist jedenfalls möglich, die Möglichkeiten der digitalen Welt zu nutzen, deren Risiken zu vermeiden und in der realen Welt ein normales Leben zu leben.

Chancen durch Digitalisierung in der Arbeitswelt

Zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsplätze gibt es – wie immer – unterschiedliche Sichtweisen: ein Horrorszenario mit Verlust von Millionen Arbeitsplätzen und eine optimistische Sicht, die davon ausgeht, dass sich im Prinzip jede technische Evolution letztlich positiv für die Menschen ausgewirkt hat und dass eine Anpassung möglich ist. Sicher ist, dass viele routinemäßige Arbeiten digitalisiert und automatisiert werden können. Dies betrifft nicht nur manuelle Tätigkeiten in der Industrie, die ja schon im Laufe der letzten Jahrzehnte schon mehr und mehr durch Roboter erledigt werden. Auch in Buchhaltung, Rechnungswesen, Verwaltung ist die Entwicklung zur Digitalisierung schon seit langem im Gange. Gleiches gilt für den gesamten Bereich Logistik. Ohne Digitalisierung und entsprechende Produktivitätsgewinne wären das Wirtschaftswachstum und die Wohlstandsgewinne gar nicht möglich gewesen. Was nun Befürchtungen für die Zukunft wachsen lässt, ist der Umstand, dass Digitalisierung nun auf Tätigkeitsfelder sich ausdehnen kann und vermutlich wird, die bisher eine höhere Qualifikation oder auch die pure Anwesenheit von Menschen vorausgesetzt haben. Beispielsweise könnten digitale Systeme die Bewertung und Abwicklung von Versicherungsfällen vornehmen oder die Bearbeitung einfacher, wiederkehrender Rechtsfälle. Online-Banken und online-Versicherungen brauchen deutlich weniger Personal. Durch den online-Handel werden im stationären Handel ebenfalls weniger Leute gebraucht (dafür bei den online-Händlern mehr, aber mit geringeren Qualifikationen). Digitalisierte Mobilität in den Städten hätte sicher große Auswirkungen auf die Automobilbranche. Usw. Ja es wird sicherlich viele Veränderungen geben. Aber erstens geschehen diese nicht abrupt, sondern in einem fließenden Prozess. Zweitens wird es neue Berufsbilder und Arbeitsplätze geben, nicht zuletzt in der IT. Durch Ausbildung, Fortbildung und Umschulung werden Menschen auf andere, neue Arbeitsplätze vorbereitet.

Als letzter Punkt scheint mir der Hinweis gerechtfertigt, dass technische Fortschritte in der Vergangenheit immer den Menschen genutzt haben, ihm die Arbeit erleichtert haben, zu höherem Wohlstand, zu mehr Gesundheit und zu einem längeren Leben geführt haben. Dabei ist die Arbeitszeit dramatisch gesunken. So war 1875 noch eine 6-Tage-Woche mit über 70 Wochenstunden die Regel. Und das ohne Urlaubsanspruch. Aktuell ist eine Wochenarbeitszeit von 35 bis 40 Stunden die Regel bei einem Urlaubsanspruch von meistens 6 Wochen. Die Arbeitszeit hat sich also in diesem Zeitraum der Industrialisierung und Technisierung mehr als halbiert. Es spricht nichts dagegen, dass diese Entwicklung durch die Digitalisierung weiter geht. Wenn also die Produktivitätsgewinne durch Digitalisierung nicht in zunehmende Produktion (immer mehr Wachstum) fließen würden, sondern in höhere Entlohnung (oder Gewinnbeteiligung), könnte die Arbeitszeit der Menschen ohne Wohlstandsverluste weiter sinken. Das heißt Digitalisierung nützt den Menschen und kann zur Zufriedenheit beitragen.

Medien

Information, Manipulation, Unabhängigkeit, Meinungsfreiheit

Freie, unabhängige Medien sind Wesensmerkmal einer Demokratie, in der Meinungsfreiheit als hohes gesellschaftliches Gut gilt und in der Verfassung gesichert ist. Gleichzeitig sind Medien als Kontrollinstanz gegenüber den „Herrschenden“ als vierte Kraft nach Legislative, Exekutive und Jurisdiktion unabdingbar. Dem (investigativen) Journalismus sind deshalb alle notwendigen Freiheiten einzuräumen, die er zur Ausübung seiner Tätigkeit braucht. Hierzu gehört z.B. der Informantenschutz. Dieser muss sogar so weit gehen, dass eine Quelle, die unrechtmäßiges oder gar gesetzwidriges Handeln aufdeckt und öffentlich macht, geschützt wird, wenn sie als Quelle bekannt wird. Ein sog. „whistleblower“ erfüllt wie ein Journalist eine wichtige gesellschaftliche Funktion.

Unabhängigkeit meint in diesem Zusammenhang, unabhängig von irgendwelchen staatlichen Institutionen und ohne Angst vor Zensur oder gar staatlicher Verfolgung. Wahre Unabhängigkeit wird es in den seltensten Fällen geben. Jede Person oder jedes Unternehmen, das ein Medium herausgibt, gibt diesem Medium eine Prägung oder verfolgt sogar individuelle Interessen. Insofern ist neben der Meinungsfreiheit auch darauf zu achten, dass es eine Meinungsvielfalt geben kann. Übermächtige Meinungsmacht ist unter allen Umständen zu vermeiden. In den nun herrschenden Zeiten der digitalen Medien ist die Gefahr von Missbrauch eine ganz andere als zu analogen Zeiten. Dazu später mehr.

Nach wie vor bzw. gerade jetzt und in Zukunft kommt den

öffentlich-rechtlichen Medien (ÖRM)

eine große Bedeutung zu. Diese haben zu allererst einen Informationsauftrag und zum zweiten einen Bildungsauftrag. Dabei ist in bester journalistischer Profession zwischen Information/Nachricht und Meinung zu trennen und dies deutlich zu machen. Und dabei muss bei der Information Wahrheit und Neutralität an oberster Stelle stehen und von keinerlei Interesse gesteuert werden. Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen ausschließlich auf den gesamtgesellschaftlichen Wertekanon verpflichtet werden. Der Bildungsauftrag besteht genau darin, diesen Wertekanon auf bestmögliche Weise zu vermitteln. Dies geschieht auch durch investigative Recherche und Berichterstattung. Die öffentlich-rechtlichen Medien sind also ein wesentliches gesellschaftliches Instrument, auch ein Kontrollinstrument gegenüber den anderen drei gesellschaftlichen Mächten (s.o.). Die ÖRM müssen ein Hort der Seriosität und Glaubwürdigkeit sein. Zum Bildungsauftrag gehört aber auch, kulturelle Inhalte auf vielfältige Weise den Bürger*innen zur Verfügung zu stellen.

Aus diesem Grund ist es umgekehrt auch wichtig, dass die öffentlich-rechtlichen Medien einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Zunächst ist es Aufgabe des Parlaments die Grundstruktur der ÖRM festzulegen, d.h. Art und Anzahl der Medienhäuser sowie die Festlegung der Rechtsform und der Aufgaben sowie die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien. Die Aufsichtsgremien wählen die/den jeweilige/n Intendanten/in und ggfls. noch den/die Chefredakteur/in und üben die gesellschaftliche Kontrollfunktion aus. Bei der Zusammensetzung der Aufsichtsgremien ist neben fachlicher Qualifikation auch darauf zu achten, dass die Gesellschaft als Ganzes repräsentiert ist. Neben Verbandsvertretern*, die durchaus unterschiedliche gesellschaftliche Interessen vertreten (z.B. Wirtschaft, Verbraucher*, Kirchen, Sozialverbände, Umweltverbände etc.), können Vertreter von Berufsgruppen fachlich unterschiedliche Sichtweisen einbringen (Wirtschafts-, Personalfachleute, Soziologen*, Lehrer*, Biologen*, Ingenieure*, Künstler*, Medien- und Werbefachleute etc.). Dazu können noch per Los ausgewählte Bürger* kommen, die ihre Alltagssicht und persönlichen Erfahrungen beitragen, ähnlich wie bei den Bürger*räten.

Um ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nachkommen zu können, bedürfen die ÖRM einer transparenten, öffentlich legitimierten Finanzierung. Hierbei gilt es zwei Fragen zu beantworten. Erstens: Ist diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch von allen Bürgern* gemeinsam zu finanzieren (Zwangsbeitrag) oder nur von den Nutzern* (Nutzungsgebühr)? Und im Zusammenhang damit: Sollen Werbeerlöse zur Finanzierung beitragen, in welchem Umfang, oder nicht? Zweitens: Wer legt das jeweilige Budget fest?

So einfach die Fragen klingen, so komplex sind die impliziten Wirkungen, die dabei zu beachten sind. Dazu ein paar Gedanken: Private Medien finanzieren sich in erster Linie durch Werbung, teilweise auch durch Abo- oder Einzelnutzungskosten. Werbeerträge hängen in erster Linie von der jeweiligen Reichweite, also von den erreichten Nutzern* ab. Das bedeutet, jedes Medium versucht, mit seinen Inhalten so viele Nutzer* wie möglich an sich zu binden. Dies kann zu Inhalten auf hohem Qualitätsniveau führen, aber auch genau zum Gegenteil. Private Medien haben keinen Bildungs- und Informationsauftrag, sondern arbeiten ausschließlich gewinnorientiert. Da die ÖRM diese gesellschaftlich relevanten Aufträge haben, müssen sie auch Inhalte vermitteln, die möglicherweise nur eine kleinere Zielgruppe ansprechen, trotzdem aber einen entsprechenden Recherche- und Produktionsaufwand verursachen. Andererseits bringen attraktive Sportereignisse hohe Nutzer*zahlen. Hier könnten private Medien mit ihren Werbeerlösen bei der Ersteigerung von Lizenzen die ÖRM spielend überbieten, mit der Folge, dass Sportereignisse, die für breite Bevölkerungsschichten höchst interessant sind, in den ÖRM nicht zur Verfügung gestellt werden könnten.

Wenn die ÖRM Finanzierungssicherheit durch einen Zwangsbeitrag bekommen, muss man dann nicht den privaten Medien den Werbemarkt als Finanzierungsquelle überlassen? Dürfen die ÖRM unter diesen Umständen dann für z.B. attraktive Sportveranstaltungen oder auch für besondere Kulturveranstaltungen hohe Lizenzgebühren aus ihrem öffentlich-rechtlichen Budget bezahlen, um diese einem breiten Publikum zu präsentieren?

Wie wird Reichweite, also die Höhe der Nutzer*zahlen, bei der Bemessung des Budgets der ÖRM berücksichtigt? Ist die Erfüllung eines weitgefächerten Informations- und Bildungsauftrags wichtiger als Reichweite? Wie wird Erfolg bei den ÖRM definiert und gemessen? Werden Institutionen der ÖRM möglicherweise träge oder kostenunbewusst, wenn Reichweite nur als ein nachgeordnetes Indiz für Erfolg in Frage kommt?

Diese Fragen bedürfen einer gesellschaftlichen, heißt politischen Diskussion. Wenn man den Informations- und Bildungsauftrag ernst nimmt und das Angebot der ÖRM als Basisangebot für die gesamte Gesellschaft sieht, könnten die ÖRM genauso gut auch aus Steuermitteln finanziert werden. Allerdings trägt eine gesonderte Finanzierung über Beiträge zu einer höheren Transparenz bei. In beiden Fällen sollte in einer Demokratie das Parlament die Aufgabe und das Recht haben, die Budgets der ÖRM festzulegen. Das Parlament kann sich – wie in allen anderen Fällen auch – dabei von Experten beraten lassen bzw. kann ein Expertengremium beauftragen, konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Hierbei sollten nur die Eckpunkte festgelegt werden: Struktur der Medienhäuser, Art der Medien, Gesamtbudgets.

Die Umsetzung des Informations- und Bildungsauftrags auf der Grundlage des jeweiligen Budgets eines Medienhauses obliegt dann dem/der jeweiligen Intendanten/in. Diese/r ist seinem/ihrer Kontrollorgan gegenüber verantwortlich und unterliegt zusätzlich den üblichen Regeln bezüglich wirtschaftlichen Handelns und der Überprüfung durch öffentlich-rechtliche Prüfeinrichtungen (Rechnungshöfe).

Abschließend eine Anmerkung zur derzeitigen Struktur der ÖRM in Deutschland:

Die Struktur der ARD ist aus der föderalen Struktur Deutschlands mit seinen Landes-Rundfunkanstalten entstanden. Die derzeit neun Mitglieder der ARD stellen aus meiner Sicht jedoch keine zeitgemäße Organisation mehr dar. Die jeweiligen Anstalten mit ihren Führungsgremien verursachen unnötige Kosten. Die Abstimmung zwischen den Anstalten zu Programmstruktur und -inhalten ist sicher ein aufwändiger Prozess und vermutlich von einigen Egoisten geprägt. Das ZDF zeigt, dass es auch mit einer zentralen Führungs- und Entscheidungsebene geht, ein attraktives und vielfältiges Programm zu gestalten. Eine Konzentration der ARD auf möglicherweise zwei bis vier Anstalten – aber natürlich mit regionalen Studios – wäre meines Erachtens denkbar, zumindest diskussionswürdig. Außerdem scheint auch die Vielfalt der Programme überarbeitungsbedürftig. Ich denke dabei eher an eine zielgruppenspezifische als eine regional zersplitterte Programmstruktur. Es wäre aus meiner Sicht also möglich, ein noch besseres Programmangebot bei verminderten Kosten zu machen.

Private Medien

Private Medien unterliegen all diesen Kontrollmechanismen der ÖRM nicht. Deren Grenzen definieren sich ausschließlich aus den allgemeinen Zivil- und Strafgesetzen. Darüber hinaus gibt es noch Institutionen auf gesellschaftlicher bzw. Verbandsebene, wie beispielsweise den deutschen Presskodex mit dem Presserat und den deutschen Werberat, der bestimmte Arbeitsweisen und Verhaltensregeln der Medien definiert und das Überschreiten dieser selbst definierten Grenzen einhegt.

Pressefreiheit und freie Meinungsäußerungen von jedermann bzw. jederfrau sind also wesentlicher Bestandteil einer freien Gesellschaft. Es darf also alles gesagt und veröffentlicht werden, was nicht explizit verboten ist, selbst der größte Unsinn und auch bewusste Falschinformationen. Es liegt in der Verantwortung der Nutzer*, Wahrheitsgehalt und Relevanz von Informationen in einem Medium durch Abgleich mit anderen Medien zu bewerten. Durch die Medienvielfalt sollte eine gegenseitige Kontrolle gewährleistet sein. Es liegt im Interesse der Medien, durch nachvollziehbaren Qualitätsjournalismus das Vertrauen von Nutzern zu gewinnen. Im Bereich der Unterhaltung entscheidet am Ende der Erfolg beim Publikum. Was gefällt wird gehört und angesehen. Da die Menschen nicht alle nur positive Antriebe und Seiten haben, sondern auch grenzwertige und negative, können durchaus hinterfragenswerte Inhalte großen Zuspruch haben. Nicht umsonst ist Pornografie weltweit stark nachgefragt und ein großes Geschäft. Dass dabei auch nicht akzeptable Gewalt- und Unterdrückungsformen von Sex eine entsprechende Rolle spielen, ist allgemein bekannt. Ist dies gesellschaftlich wertvoll? Unter dem Gesichtspunkt Gemeinwohl wäre wohl die eine oder andere Grenze zu setzen.

Internet und digitale Plattformen

Mit dem Internet und dem Entstehen digitaler Plattformen haben sich völlig neue Möglichkeiten zur Beschaffung und Verbreitung von Informationen und der Meinungsäußerung aufgetan, die allerdings auch zu ganz neuen Problemen geführt haben.

Grundsätzlich ist das Internet als große Chance anzusehen. Es erhöht zunächst die Freiheitsgrade aller Nutzer. Betrachten wir als erstes den Themenbereich Informationen. Jeder kann auf einfachste Weise Informationen über sich, seine Interessen, sein wirtschaftliches Betätigungsfeld, allgemeine Themen, spezielle wissenschaftliche Erkenntnisse, über Ereignisse – einfach über alles – ins Internet stellen und damit allen Menschen als Information zur Verfügung stellen. Wirtschaftsunternehmen, Interessengruppen, Behörden – jegliche Organisationen – können ihren Geschäftsverkehr und Informationsaustausch mit ihren Kunden*, Interessenten*, Mitgliedern über das Internet abwickeln und damit vereinfachen und beschleunigen. Jeder, der Zugang zum Internet hat, kann all diese Informationen und Austauschmöglichkeiten nutzen. Weltweit und praktisch in Echtzeit. Also eine Welt ohne

Grenzen. Ein unglaublicher Fortschritt, der Chancen für alle Menschen eröffnet und Freiheitsgrade und Bildungsmöglichkeiten schafft, die bis dahin undenkbar waren.

Insofern gehört der technische Zugang zum Internet in einer freiheitlichen Gesellschaft zur Grundversorgung seiner Bürger*. Damit verbunden ist auch grundsätzlich ein uneingeschränkter Zugang zu den Inhalten, also keinerlei Zensur.

Dies gilt aber nicht für Inhalte, die gegen bestehende Gesetze verstoßen. Und damit kommen wir zu den Problemen, die mit dem Internet neu entstanden sind. Erstes Problem: Anonymität. Anonym eine Meinung oder eine Information zu verbreiten, ist in analogen Medien praktisch unmöglich. Laut Presserecht muss für jedes Medium ein presserechtlich Verantwortlicher genannt werden. Einziges Medium, bei dem ein Erzeuger* anonym auftreten konnte/kann waren/sind selbst erzeugte und verteilte Drucksachen. Im Internet ist das bedeutend einfacher, da es bei einer Vielzahl an Plattformen möglich ist, ohne Klarnamen zu agieren. Zweites Problem: Verbreitungsgeschwindigkeit. In dem Augenblick, in dem ein Inhalt ins Internet eingestellt ist, ist er weltweit verfügbar und kann durch bzw. auf bestimmte/n Verteilungsplattformen in Sekunden millionenfach verteilt werden. Manche Plattformen sind genauso bzw. genau dafür konstruiert. Aufgrund dieser beiden Konstruktionsmerkmale des Internets, zeigt sich in der Realität die extreme Gefahr, dass anonym Inhalte in die Welt gesetzt werden, die gesellschaftliche Normen und bestehende Gesetze verletzen. In erster Linie sind dies ehrverletzende Äußerungen wie Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, aber auch diskriminierende Ausdrücke, Aufrufe zu Hass und Gewalt, Drohungen usw., die in massiver Weise das gesellschaftliche Klima bedrohen. Hinzu kommen bewusst in die Welt gesetzte Falschinformationen.

Aus meiner Sicht gibt es nur zwei Möglichkeiten damit umzugehen. Wenn eine Plattform anbietet, dass Inhalte anonym verbreitet werden können, trägt diese Plattform auch die Verantwortung dafür, dass keine Inhalte verbreitet werden, die durch gesetzliche Regelungen verboten sind. Damit liegt aber auch die Verantwortung für die richtige Beurteilung bei der Plattform. Wenn man in Betracht zieht, wie komplex und interpretationsfähig bestimmte Begriffe und Regelungen in der bisherigen Rechtsprechung behandelt werden müssen bis es zu einem höchstrichterlichen Urteil kommt, wird unmittelbar klar, dass die Plattformen damit restlos überfordert sind, in Sekundenschnelle einen Inhalt auf seine Gesetzmäßigkeit zu bewerten und eine Veröffentlichung zu verhindern. Dies könnte aus meiner Sicht nur durch ein automatisiertes System künstlicher Intelligenz möglich sein. Sollte dies nicht mit hinreichender Sicherheit gewährleistet sein – was derzeit der Fall ist –, darf es meiner Meinung nach keine anonymen Veröffentlichungsmöglichkeiten im Internet geben. Denn hier kommt ein drittes Problem des Internets ins Spiel: Unlösbarkeit. Was einmal veröffentlicht und nur einmal außerhalb des ersten Veröffentlichungsplatzes weiter verbreitet wurde, ist nie wieder zurückholbar. Denn selbst wenn es auf dem ersten Platz gelöscht wird, die weiteren Plätze können mit großer Wahrscheinlichkeit nicht alle nachvollzogen werden. Wenn es technisch möglich wäre, einen Inhalt eindeutig zu markieren und ihn damit immer und überall auffindbar zu machen, könnte das Problem reduziert werden. Bei Milliarden täglich neuer Inhalte scheint mir das aber als nicht realistisch.

Neben diesen unmittelbaren Gefahren in Bezug auf Gesetzesverstöße gibt es auch mittelbare Gefahren durch das Internet. Jede Plattform strebt an, die größtmögliche Zahl an Nutzern* zu gewinnen, weil erst mit einer großen Reichweite die Funktionen von Plattformen die besten Ergebnisse für die Nutzer* bringen. „big data“ ist das Ziel jeder Plattform. Denn erst mit einer großen Zahl von Nutzern* ist die jeweilige Plattform ein entsprechend interessanter Partner für die Werbewirtschaft. Und die Plattformen finanzieren sich in der Regel überwiegend oder ausschließlich durch Werbeerlöse. In

dieser Wechselwirkung liegt die Gefahr der Entstehung von monopolartigen Strukturen: eine dominante Suchmaschine, ein dominanter Messenger, ein dominanter Speicherplatz für Videos etc. Hier trifft der Spruch wirklich zu: „The winner takes it all!“ Die eigentlichen Probleme dabei sind nach außen gar nicht so offensichtlich, sie lauern im Verborgenen. Zum einen stellen die Plattformen Informationen nach nicht offengelegten, nicht überprüfbareren Kriterien (Algorithmen) den Nutzern* zur Verfügung. Es ist dabei davon auszugehen, dass sie eigene Interessen verfolgen. Objektivität und Vielfalt gehen dabei verloren. Außerdem versuchen Plattformen, durch interne Steuerungsinstrumente den Nutzer* so lange wie möglich auf der eigenen Plattform zu halten (Werbeerlöse). Hierdurch entstehen klare Abhängigkeiten. Zum dritten werden durch die permanente Erfassung der Nutzer-Aktivitäten die Nutzer* zu gläsernen Objekten. Niemand hat mehr die Kontrolle über seine Daten.

Dies ist aber eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen, die gesetzlich geregelt werden muss: Die Daten gehören jedem/r einzelnen Nutzer/in und jede/r muss die Möglichkeit haben, erstens zu erfahren, welche Daten von einem erfasst, gespeichert und für welche Zwecke verwendet werden. Und zweitens das Recht erhalten, zu verlangen, dass seine/ihre Daten unwiederbringlich gelöscht werden. Dass am Anfang jeder Geschäftsbeziehung stehen muss, dass ein/e Nutzer/in aktiv der Nutzung seiner/ihrer Daten zustimmen muss, und dies nicht stillschweigend geschieht, sollte dabei schon eine Selbstverständlichkeit sein. Zum Thema „Wem gehören die Daten?“ gehört auch die Sicherung des copyrights für die Inhalte. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen müssen auf das Internet übertragen werden.

Bleibt eine letzte Frage: Müssen zur Einhegung der Gefahren des Internets weltweit geltende einheitliche Regelungen getroffen werden? Oder können solche Regelungen auch beispielsweise auch „nur“ auf EU-Ebene oder gar auf Landesebene wirksam vorgegeben werden? Meine Meinung dazu ist klar: Es gilt der Raum für den die jeweiligen Gesetze gelten. Denn jede Gesellschaft hat ihre Werte in ihrer Verfassung und in ihren Gesetzen definiert. Und jede Gesellschaft hat das Recht, dass sein Wertesystem von Außenstehenden respektiert wird. Das sind auch die Grenzen für global operierende Unternehmen.

Zusammengefasst: Meinungsfreiheit und Informationsvielfalt sind wesentliche Teile des Empfindens von Freiheit und Unabhängigkeit und erfüllen damit wichtige Grundbedürfnisse von Menschen. Die Digitalisierung und das Internet erhöhen prinzipiell diese Möglichkeiten. Wie bei allen Dingen kann und muss man die Gefahren im Auge haben und die Gesellschaft Grenzen setzen, wenn es um elementare Verstöße gegen die Grundwerte geht.

Freiheit, Selbstbestimmtheit, Gemeinschaft, Glück

Ganz am Anfang dieser Schrift habe ich geschrieben: Es geht um den einzelnen Menschen. Um sein Glück; darum, dass der Einzelne zufrieden mit seinem Leben ist. Aber auch, dass der Mensch ein soziales Wesen und der Einzelne Teil einer Gemeinschaft ist. Wenn es dem Einzelnen gut geht, wirkt sich das auf das Zusammenleben in der Gemeinschaft aus. Und es ist Aufgabe der Gemeinschaft, einen Rahmen zu schaffen, in dem der Einzelne sich entfalten kann und seines Glückes Schmied sein kann.

Ich habe versucht darzustellen, dass dieser Rahmen auf einem Wertesystem aufbauen muss, auf das sich die Gesellschaft verständigt. Dies ist der erste Schritt, der getan werden muss. Diese Diskussion ist zu führen, besonnen und engagiert, unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und unter Nutzung aller Beteiligungsformen. Es wäre schön und ein großer Erfolg, wenn man sich am Ende auf eine Reihe von Grundwerten (am besten nicht mehr als 10, also die neuen „10 Gebote“) einigen könnte, die von einer breiten Mehrheit getragen werden. Meine Vorschlagsliste steht auf Seite 17.

Der nächste Schritt wäre dann, diese Grundwerte in die ganze Gesellschaft hinein zu tragen und zu vermitteln, dass diese Werte die Grundlage für alles künftige Handeln darstellen: das Handeln der Politik auf allen Ebenen, aber auch das Handeln jedes Einzelnen.

Als wichtigstes Element der Umsetzung ist dabei das Bildungssystem ins Auge zu fassen. Wenn die nächsten Generationen schon mit diesem Wertesystem aufwachsen, fallen weitere Transformationen, die einfach Zeit brauchen, leichter. Einiges muss aber sofort in Angriff genommen werden, z.B. alles zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Beim Thema Klima und Artenschutz läuft uns die Zeit davon.

Die Gesellschaft definiert also den Rahmen, in dem jede/r Einzelne selbstbestimmt agieren kann. Wie im Kapitel „Bildung und Erziehung“ ausführlich dargelegt, ist meine Vorstellung, dass am Ende ein Mensch vor uns steht, der sein Potenzial möglichst voll zur Entfaltung bringen kann und ein selbstverantwortliches Leben führt und der gelernt hat seine Mitmenschen zu respektieren und Probleme in konstruktiver Weise allein und mit anderen zu lösen. Die Grenzen für die das eigene freiheitliche Handeln liegen nur in den gemeinsam vereinbarten Grundwerten und den sich daraus ergebenden Regelungen.

Das alles zusammen sollte eine hinreichende Grundlage sein, auf der jede/r Einzelne sein Leben so gestalten kann, dass sich ein Grundgefühl von Zufriedenheit und Glück einstellt.

Das ist das Ziel: eine Gesellschaft von glücklichen Menschen.

Anhang:

Literaturhinweis und Dank

Wie in der Einführung erwähnt, beruht diese Publikation darauf, dass ich mir zu den einzelnen Themen und letztlich zu diesem ganzheitlichen Modell im Laufe der Jahre eine persönliche Meinung gebildet habe. Sie ist inspiriert von vielen Artikeln und Büchern, die mir irgendwann über den Weg gelaufen sind sowie interessanten Gesprächen mit interessanten Menschen. Sie ist aber keine wissenschaftliche Arbeit. Da manche Anregung schon lange zurückliegt und keines der Bücher bzw. kein Artikel in der Absicht gelesen wurde, dieses/diesen einmal zu verwerten, war und ist es mir deshalb nicht möglich, im Nachhinein eine Autorenschaft für den einen oder anderen Gedanken zu ermitteln und zu benennen. Nur in Einzelfällen. Diese sind in einem Literaturverzeichnis innerhalb der i-map aufgeführt. Insofern kann ich nur allen danken, die mich inspiriert haben und sagen: Sie alle haben beigetragen, ein Gemeinschaftswerk entstehen zu lassen. Und es soll ja noch weiter gehen. Ich spreche deshalb hiermit die ausdrückliche Einladung aus, mit beizutragen, das i-mapping-Modell weiter zu füllen. Zu den einzelnen Thesen gibt es vermutlich eine Fülle von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Oder auch Gegenpositionen. Diskussionsstoff. Her damit. Ich freue mich über jede Unterfütterung oder auch kontroverse Haltung. Nur eine breite Diskussion bringt uns am Ende zu einem Ergebnis, das viele glücklich macht. Und genau darum geht es doch.

Wie können Sie zur weiteren Entwicklung dieses Gesellschaftsmodells beitragen?

Wie ebenfalls in der Einführung erwähnt, habe ich für dieses Modell eine internet-basierte Form gewählt. Diese Publikation dient lediglich zur Einführung und zur Darstellung des Aufbaus des Modells sowie der ausformulierten Gedanken hinter den Stichworten. Das Modell an sich steht ausschließlich als „imap“ unter www.glueckliche-gesellschaft.de zur Verfügung. Hierzu benötigt man das „imapping tool“, kostenlos herunterzuladen unter <https://www.imapping.info/download>. Herr Dr. Haller erklärt dort und auf youtube auch die genaue Funktionsweise.

Dieses Programm habe ich gewählt, weil es in einzigartiger Weise ermöglicht, ein Modell darzustellen, das einerseits „unendlich“ und andererseits in sich vollständig und geschlossen ist. Das heißt, das Modell kann beliebig viele Bestandteile umfassen, die permanent ergänzt, fortgeschrieben, erweitert werden können und gleichzeitig ist es möglich, Beziehungen zwischen jedem einzelnen Bestandteil und einem anderen darzustellen (z.B. Wirkt sich A positiv oder negativ auf B aus? Was ist die Voraussetzung für ein gewünschtes Ergebnis Z? etc.), also Zusammenhänge, Hierarchien, Widersprüche etc. auf einfache Weise deutlich zu machen. Darüber hinaus ist es möglich, Verknüpfungen zu externen Dokumenten aufzunehmen, z.B. zu wissenschaftlichen Untersuchungen, Zeitungsartikeln, Gesetzen etc. Schließlich beinhaltet das Programm eine intuitive Suchfunktion, nicht nur nach Schlagworten, sondern nach Zusammenhängen. Zusammengefasst: das ideale Instrument für komplexe Themen.

Wenn Sie sich also das Modell im Detail ansehen und feststellen, es bedarf an einer bestimmten Stelle einer Ergänzung oder Änderung oder hierzu gibt es eine wissenschaftliche Arbeit etc., bitte ich Sie, mir unter beitrag@glueckliche-gesellschaft.de zu schreiben. Ich werde jede Anregung prüfen und in das Modell aufnehmen, selbstverständlich auch kontroverse Meinungen.

Ich habe vor, in der imap ein Verzeichnis aller Mitautoren* und Hinweisgeber* zu erstellen. Jeder, der also zum Gesamtwerk beiträgt, wird seinen Platz dort finden (wenn er es wünscht). Außerdem sollte auf diesem Weg ein Literaturverzeichnis entstehen, mit Hilfe dessen Interessierte den Dingen

auf den Grund gehen können. Denn so ein gesellschaftlicher Prozess, den wir mit diesem Modell anstoßen wollen, sollte eine wissenschaftliche Basis haben. Ich allein war und bin dazu nicht in der Lage. Und hoffe deshalb auf die Mithilfe von vielen. Auf ein gutes Gelingen.

Gerhard Altschäffl